SEIT 40 JAHREN BÜRGERMEISTER: TREFFEN MIT EINEM CSU-MANN IN BAYERN
SEITEN 2/3

DIE WELT

DEY, XIER, THEY: WELCHE NEUEN PRONOMEN SIE KENNEN SOLLTEN
SEITEN 14/15

KUNDENSERVICE 0800/935 85 37 DIENSTAG, 16. JULI 2024 * D 2,70 EURO B | Nr. 136

Grüne gegen höhere Preise für das Deutschlandticket

Bundestagsfraktion will an 49 Euro festhalten. Länder debattieren über eine Tarifanhebung auf bis zu 69 Euro

Für die einen ist es ein „Täuschungsticket“, für die anderen so etwas wie der größte politische Erfolg der Ampel-Koalition. Das Deutschlandticket, die erste bundesweit gültige ÖPNV-Fahrkarte, wird in diesem Herbst wieder einmal für Schlagzeilen sorgen. Bund und Länder ringen bereits jetzt um die weitere Finanzierung der Monatskarte. Es geht um den Preis, den die Kunden ab 2025 bezahlen sollen, um die Frage, wie teuer das Ticket sein darf, ohne dass die Nutzer ihr Abo wieder abbestellen.

VON ULRICH EXNER

Die Grünen im Bundestag sind bisher die einzige Partei, die ihren Kurs in dieser Frage bereits klar abgesteckt hat: Sie wollen, dass es auch im kommenden Jahr bei 49 Euro, also dem bisherigen Preis bleibt. „Wir Grüne werden in den Verhandlungen zum Haushalt dafür streiten, dass es zu keiner Preiserhöhung kommt“, sagte Fraktionschefin Katharina Dröge WELT. Gleichzeitig müsse die Politik das Ticket „noch attraktiver“ machen. „Denn je mehr Menschen das Deutschlandticket kaufen, desto geringer fällt der staatliche Zuschuss aus.“ Eine Möglichkeit sehen die Grünen darin, „auch Kindern eine günstige Ticketoption zur Verfügung zu stellen“ und das Deutschlandticket damit noch attraktiver für Familien zu machen.

Die beiden anderen Ampel-Parteien formulieren zurückhaltender. Zwar sagt auch Detlef Müller, für den Verkehrsbereich zuständiger Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, dass es Ziel seiner Partei sei, „den Preis des Deutschlandtickets stabil zu halten“. Zugleich betont der Sozialdemokrat aber, „dass es sich bei dem Preis von 49 Euro für das Deutschlandticket um einen Einführungspreis handelt, der bei eventuellen Kostensteigerungen steigen kann, etwa aufgrund höherer Energiekosten oder besserer Lohnabschlüsse. Das muss allerdings in einem moderaten Rahmen geschehen, um keine Abbruchkante im Ticketverkauf zu erzeugen.“ Derzeit haben etwa elf Millionen ÖPNV-Kunden ein Deutschlandticket abonniert.

> DEUTSCHLANDTICKET WAR VON ANFANG AN EIN TÄUSCHUNGSTICKET
>
> **ULRICH LANGE (CSU)**
> Vize-Vorsitzender der Unions-Bundestagsfraktion

Konkrete Zahlen nennt Müller genauso wenig wie Carina Konrad, stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Bundestag, für die Preiserhöhungen „aber natürlich notwendig sein können, um zum Beispiel steigende Betriebskosten“ aufzufangen. Im Übrigen, so Conrad, liege die Verantwortung für den ÖPNV und damit auch für die Preisgestaltung bei den Ländern. Das ist bedingt richtig, allerdings sind die Länder gleichzeitig darauf angewiesen, dass der Bund ihnen dabei finanziell unter die Arme greift. Zur Finanzierung des Deutschlandtickets zum Beispiel überweist der Bund den Ländern derzeit 1,5 Milliarden Euro jährlich.

Ein Betrag, auch darauf weist SPD-Politiker Müller hin, der in den kommenden Jahren aus Sicht seiner Fraktion nicht steigen wird. Genau das, eine Erhöhung der Bundesmittel, wäre allerdings absehbar die Bedingung dafür, dass der grüne Koalitionspartner sein Ziel erreichen könnte, den Deutschlandticket-Preis auch im Bundestagswahljahr 2025 stabil bei 49 Euro zu halten. Andernfalls, darüber waren sich die Verkehrsminister der 16 Bundesländer bei einer Videokonferenz in der vergangenen Woche einig, werde der Preis für das Deutschlandticket im kommenden Jahr steigen. Eine Entscheidung über den künftigen Tarif, so der Vorsitzende der Verkehrsministerkonferenz, NRW-Ressortchef Oliver Krischer (Grüne), solle im Oktober fallen. Allerdings, so Krischer, werde man alles dafür tun, dass diese Erhöhung „so moderat wie möglich“ ausfalle. Im Norden der Republik wird man dabei bereits etwas konkreter.

59, besser 69 Euro monatlich müssten es nach Ansicht des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther (CDU) schon sein. „Das ist die Größenordnung, über die wir sprechen sollten“, so Günther. Er verweist darauf, dass das Deutschlandticket die schleswig-holsteinische Landeskasse derzeit 52 Millionen Euro jährlich koste. „Wir haben schon ein Interesse daran, dass der Preis so gestaltet wird, dass wir den ÖPNV in einem Flächenland wie Schleswig-Holstein in der bisherigen Frequenz und Taktung auch aufrechterhalten können.“ Insofern plädiere auch er dafür, dass „der Preis nicht so bleibt, wie er ist“, sagte Günther nach einer Kabinettssitzung seiner Landesregierung mit dem Hamburger Senat. Auch dessen Chef, Bürgermeister Peter Tschentscher (SPD), geht davon aus, dass es „Erhöhungen geben wird“. 59 bis 69 Euro pro Monat seien „die Größenordnung, über die wir sprechen sollten“.

Mit einem „deutlichen Preisanstieg“ für das Deutschlandticket im kommenden Jahr rechnet auch Bayerns Verkehrsminister Christian Bernreiter (CSU). Er weist wie seine Kollegen in Baden-Württemberg und Berlin darauf hin, dass ein Teil der vom Bund zur Finanzierung für die Jahre 2023 und 2024 zugesagten Gelder noch nicht bei den Ländern angekommen sei. Seit acht Monaten, so Bernreiter, drängten die Länder, dass der Bund die zugesagten Mittel zur Verfügung stelle. „Jetzt soll es eine Sondersitzung des Bundeskabinetts im Juli richten. Das ist keine solide Regierungsarbeit und verunsichert die Fahrgäste und Verkehrsbetriebe im ganzen Land“, so Bernreiter.

Auch die Opposition im Bundestag nimmt die Ampel-Koalition ins Visier. Die AfD bezeichnet das Deutschlandticket als „Lockvogel-Angebot ohne auskömmliche Finanzierung“. Für den stellvertretenden Unions-Fraktionschef Ulrich Lange (CSU) war die bundesweit geltende Monatskarte „von Anfang an ein Täuschungsticket“. „Jetzt tritt ein, was wir immer vorhergesagt haben: Wir bekommen nach kurzer Zeit ein teureres Ticket, nachdem Verkehrsminister Wissing seine Selfies mit dem 49-Euro-Preisschild im Kasten hat. Dass er die Länder finanziell hängen- und das Ticket seinem Schicksal überlässt, ist bodenlos.“ Wissing, so Lange zu WELT, habe die Länder zur Umsetzung des Tickets gezwungen, obwohl der ÖPNV in deren Zuständigkeit liege.

Allerdings gibt es auch unter den 16 Landesverkehrsministern viele Befürworter des Deutschlandtickets. So lobt es Niedersachsens Ressortchef Olaf Lies (SPD) als „absolutes Erfolgsmodell“. Er wirbt dafür, dass „wir bei einer Preisdebatte sehr moderat bleiben“. Es werde in den kommenden Wochen darauf ankommen, „einen Mechanismus zu entwickeln, der auf der einen Seite die allgemeine Kostensteigerung abfedert. Auf der anderen Seite muss eine Preisanpassung so ausfallen, dass die Kundinnen und Kunden nicht abspringen“, sagte Lies. Eine Einschätzung, die auch Hessens sozialdemokratischer Wirtschaftsminister Kaweh Mansoori teilt. Das Deutschlandticket, so Mansoori, müsse „auch nach einer möglichen Preisanpassung ein äußerst attraktives Angebot“ bleiben. „Nicht alle Kostensteigerungen können an die Fahrgäste weitergegeben werden.“

ZIPPERT ZAPPT

Der EU-Ratspräsident Viktor Orbán verblüfft alle. Erst reist er ohne Mandat nach Kiew, dann lädt er sich nach Moskau ein und führt dort Friedensverhandlungen. Der Erfolg gibt ihm recht, Putin ließ umgehend ein Kinderkrankenhaus in Kiew bombardieren, um zu zeigen: So etwas würden wir in Zukunft nicht mehr machen, wenn nur der Westen auf Orbán hören würde. Aus Peking reiste der Ungar dann zum Nato-Gipfel nach Washington und von dort weiter nach Florida zu Donald Trump, um mit ihm die Grundzüge der neuen Weltordnung zu besprechen. Warum tut sich Orbán das an? Geht es ihm nur um die üppigen kostenlosen Mahlzeiten, die seine unfreiwilligen Gastgeber auftischen müssen, oder steckt mehr dahinter? Man sollte den Einfluss von Putins treuestem Gaskunden nicht kleinreden. Er ist der Einzige, der wirklich mit jedem sprechen will – egal, wie sehr sich sein Gegenüber wehrt. Orbáns Erfolgsbilanz kann sich jedenfalls sehen lassen: Anscheinend ist es ihm bei seinem kurzen Aufenthalt in Washington sogar gelungen, Annalena Baerbock zum Verzicht auf die Kanzlerkandidatur zu überreden.

GETTY IMAGES VIA AFP/ANDREW HARNIK

Scharfe Sicherheitsvorkehrungen: Polizisten überprüfen die Halle in Wisconsin, in der Donald Trump zum Präsidentschaftskandidaten erklärt werden soll

Attentat verändert den Wahlkampf in den USA

Biden und Trump schlagen vor dem Parteitag der Republikaner gemäßigtere Töne an

Nach dem Anschlag auf Präsidentschaftsbewerber Donald Trump rufen sowohl der Republikaner als auch der demokratische Amtsinhaber Joe Biden zur Einheit auf und werben für einen gemäßigteren Ton im Wahlkampf. Die politische Debatte im Land sei sehr hitzig geworden, sagte Biden. „Es ist Zeit, sie abzukühlen. Wir alle haben die Verantwortung, das zu tun.“ Gewalt sei nie eine Lösung. „Wir lösen unsere Meinungsverschiedenheiten an der Wahlurne. So machen wir es – an der Wahlurne, nicht mit Kugeln“, sagte Biden nach dem Attentat, bei dem Trump am Samstag verletzt worden war. Trump warb vor Beginn des Parteitags der Republikaner für eine Überwindung der politischen Spaltung im Land. Er habe seine ursprünglich geplante und sehr angriffslustige Rede verworfen, sagte er in einem Interview mit der Boulevardzeitung „New York Post“. „Ich will versuchen, das Land zu einen“, so Trump demnach. „Aber ich weiß nicht, ob es möglich ist. Die Menschen sind sehr gespalten.“

Die Sicherheitsmaßnahmen für den Parteitag der Republikaner und für den Ex-Präsidenten sind nochmals erweitert worden. Die Direktorin des zuständigen Secret Service, Kimberly Cheatle, erklärte am Montag, ihre Organisation habe nach dem Anschlag die Pläne für den Schutz des Republikaner-Parteitags in Milwaukee im US-Bundesstaat Wisconsin überarbeitet und gestärkt. Sie sei nun zuversichtlich, für alle Fälle gewappnet zu sein. Der Parteitag sollte am Montagnachmittag beginnen und ist bis zum Donnerstag terminiert. Bei dem Treffen soll der 78-jährige Trump offiziell zum Kandidaten der Republikaner für die Präsidentschaftswahl im November erklärt werden. Der Secret Service kam nach dem Attentat, bei dem ein Schütze während einer Wahlkampfveranstaltung in Pennsylvania von einem nahen Dach aus auf Trump schoss, in die Kritik. Präsident Biden ordnete eine unabhängige Aufarbeitung des Geschehens an. Zudem wollen mehrere Republikaner im Repräsentantenhaus eine detaillierte parlamentarische Untersuchung anstoßen.

Mit Beginn des Parteitags erreichte Trump eine für ihn gute Nachricht aus der Justiz: Eine US-Bundesrichterin stellte ein Verfahren gegen ihn zu seiner Dokumentenaffäre ein. In einem Gerichtsdokument begründete sie ihre Entscheidung damit, dass die Ernennung eines Sonderermittlers zur Untersuchung des Falls unrechtmäßig gewesen sei. Trump war in dem Fall strafrechtlich im US-Bundesstaat Florida wegen der Mitnahme geheimer Regierungsakten in sein Privatanwesen angeklagt gewesen, der Prozess hatte aber noch nicht begonnen.

In Deutschland werden vor allem aus der Union Forderungen laut, sich auf eine Rückkehr Trumps ins Präsidentenamt nach den Wahlen im November einzustellen. Unions-Fraktionsvize Jens Spahn (CDU) rief die Bundesregierung auf, „vom ersten Tag an“ mit Trump „Gemeinsamkeiten zu suchen und eine vertiefte Zusammenarbeit in diesen Fragen anzubieten“. Es sei „sehr wahrscheinlich, dass der ehemalige Präsident Trump auch der nächste Präsident der Vereinigten Staaten wird“, sagte Spahn „Politico“. „Umso wichtiger ist, dass wir Kontakte haben, dass wir wissen, was er vorhat.“ SPD-Chefin Saskia Esken sagte mit Blick auf einen möglichen Wahlsieg Trumps, die europäischen Regierungen müssten dann „enger zusammenrücken“, um „ein Gegengewicht“ zu schaffen. Sie warnte in den Sendern RTL und ntv, dass das Attentat auf Trump die ohnehin angespannte Stimmung in den USA noch weiter aufheizen könnte.

Der deutsche Regierungssprecher Steffen Hebestreit wies darauf hin, dass die Regierung und auch Kanzler Olaf Scholz (SPD) über „intakte Gesprächsfäden in beide Parteien“ in den USA verfügten. Zudem beziehe die Bundesregierung „natürlich beide Varianten“ des Ausgangs der US-Präsidentschaftswahlen in ihre Kalkulationen ein. Generell sei die Möglichkeit eines Machtwechsels etwas in Demokratien Normales. Die Beziehungen zu den USA blieben „über einzelne Kandidaten hinaus tragfähig“. dpa/rtr/AFP **Seiten 6 und 10**

KOMMENTAR

Die Eigenart des politischen Momentums

KLAUS GEIGER

Fast vier Monate sind es noch bis zur Wahl des US-Präsidenten. Das ist schon in normalen Zeiten eine lange Wegstrecke, auf der erfahrungsgemäß noch sehr viel passieren kann. Allein die letzten beiden Urnengänge haben das gezeigt. Der Sieg von Hillary Clinton über Donald Trump galt noch Wochen vor der Wahl 2016 nur als Formsache. 2020 war Trump als Favorit ins Wahljahr gestartet – bevor sein katastrophales Management der Corona-Pandemie zu seiner Niederlage führte. Aber sogar diese turbulenten Wahljahre verblassen gegenüber 2024, das nun binnen gut zwei Wochen zwei historische politische Beben sah, Joe Bidens Debatten-Desaster und das Attentat auf Trump.

Die beiden singulären Ereignisse beeinflussen sich dabei gegenseitig. Vor der TV-Debatte des 27. Juni war die politische Situation so: Donald Trump hatte die Republikaner gespalten – in den Flügel der Trumpisten und den Flügel all jener, die Trump ablehnten. Die Demokraten hingegen standen hinter Joe Biden – geeint durch das gemeinsame Ziel, einen Präsidenten Donald Trump zu verhindern. Heute ist die Situation umgekehrt: Die Republikaner stehen nach dem Attentat geeint hinter Trump. Sogar seine schärfste Gegnerin Nikki Haley, die den Nominierungsparteitag schwänzen wollte, reist nun doch nach Milwaukee.

Seit der Debatte vom 27. Juni sind die Demokraten die gespaltene Partei – in jene, die Biden weiter als Kandidaten sehen, und jene, die ihn dazu bewegen wollen, sich aus dem Rennen zu verabschieden. Bis zum Wochenende war hinter den Kulissen eine mächtige Dynamik im Gange. Immer mehr von Bidens Parteifreunden drängten ihn zum Rückzug. Es schien nur eine Frage der Zeit. Aber dann kamen die Schüsse von Pennsylvania – und durchkreuzten in einer paradoxen Pointe die Pläne mächtiger Demokraten für einen Rückzug Bidens. Das Momentum ist, zunächst, verloren. Biden konnte sich nach dem Attentat staatsmännisch auf den Bildschirmen präsentieren. Die politische Debatte im Land sei sehr hitzig geworden, sagte er. „Es ist Zeit, sie abzukühlen.“ Eine Botschaft, auch an seine eigene Partei. Aber mit einer Beruhigung ist kaum zu rechnen. Sondern mit Überraschungen, mehr denn je.

klaus.geiger@welt.de

DIE WELT, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin, Redaktion: Brieffach 2410
Täglich weltweit in über 130 Ländern verbreitet. Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen.
Tel. 030 / 2 59 10 **E-Mail** kontakt@welt.de
Anzeigen 030 / 58 58 90 **E-Mail** anzeigen@welt.de
Kundenservice DIE WELT, Brieffach 2440, 10867 Berlin
Tel. 0800 / 9 35 85 37 (Mo–Sa: 7 bis 19 Uhr) **E-Mail** kundenservice@welt.de

TÜVNORD TÜV NORD CERT GmbH Klimaneutrales Produkt Zertifizierung gem. TN-Standard TN-CC 020 tuev-nord.de

Mehr Informationen unter welt.de/verantwortung

ISSN 0173-8437 136-29 ZKZ 7109

A 3,50 € • B 3,90 € • CH 4,80 CHF • DK 30,50 DKK • E/I.C. 4,10 € • GR 4,10 € • I 4,10 € • L 3,50 € • PL 17 PLN

PLATZ DER REPUBLIK

FELIX KÜHN

Das verpflichtende Mathematik-Abitur muss weg

In einigen Bundesländern wie Bayern, Sachsen und Hessen ist das Mathematik-Abitur an Gymnasien obligatorisch. An dem Schülerschreck mit unendlich langen Formeln, komplizierten Rechenwegen und jeder Menge Verwirrung kommt man dort nicht vorbei. Das muss sich ändern!

Manche Dinge kann man gut, andere nicht – Mathematik gehört bei vielen Schülern zu den Schwächen. In Sachsen hatte vergangenes Jahr rund jeder vierte Schüler an den allgemeinbildenden Gymnasien beim Mathe-Abitur auf grundlegendem Niveau lediglich zwischen einem und drei Punkten. Das entspricht der Note fünf. Natürlich kann man sagen, sie müssten mehr lernen. Das ist oft sicherlich auch richtig. Von nichts kommt nichts. Aber vielen Jugendlichen fällt es einfach schwer, komplexere mathematische Zusammenhänge zu begreifen oder das Erlernte in diesem Gebiet anzuwenden. Das macht sie nicht dumm, lediglich in einem Fach unbegabt.

Und das ist auch in Ordnung. Denn: Vieles von dem, was man für das Mathe-Abitur lernt, werden viele Abituierenten im späteren Leben nicht mehr brauchen. Jungen Menschen kurz vor dem Schulabschluss kann man durchaus zutrauen, Ziele zu haben; zu wissen, was sie aus ihrem Leben machen möchten. Oder zumindest, was sie nicht wollen. Wer beispielsweise Germanistik studieren oder Englischlehrer werden möchte, muss sich nicht mit Vektorrechnung herumschlagen. Mathematiklehrer sagen zwar gerne: „Heute zeige ich euch, wie oft Mathe im Alltag vorkommt.“ Dabei haben sie aber manchmal eine seltsame Vorstellung von „Alltag“…

Klar: Mathematik soll als Fach nicht entfallen. Und die Schüler in Deutschland müssen hier besser werden, wie die Pisa-Ergebnisse zeigen. Wenn 15-Jährige es nicht schaffen, Preise in eine andere Währung umzurechnen, dann ist das ein Problem. Aber Jugendliche, die wissen, Mathematik in ihrer beruflichen Zukunft nicht in der entsprechenden Tiefe zu benötigen, müssen die Möglichkeit haben, ihre Prüfung in einem anderen Fach zu absolvieren, das für ihren beruflichen Werdegang von Nutzen sein kann. Das Büffeln soll sich doch lohnen.

Bayern macht einen Schritt in die richtige Richtung: Ab 2026 kann man dort das Mathematik-Abitur umgehen. Diese Möglichkeit müssen alle Schüler haben – deutschlandweit! Es gibt Mathematiker, Germanisten, Historiker, Bäcker, Metzger und viele mehr. Ein Bäcker muss keine Wurst machen, ein Metzger kein Brot und ein Germanist keine natürlichen Exponential- und Logarithmusfunktionen beherrschen.

IMPRESSUM Verleger AXEL SPRINGER (1985†)

Herausgeber: Stefan Aust
Chefredakteur: Dr. Ulf Poschardt
Stellvertreter des Chefredakteurs: Oliver Michalsky
Chefredakteure in der Welt-Gruppe: Dr. Jan Philipp Burgard, Dagmar Rosenfeld, Jennifer Wilton; Dr. Jacques Schuster (Mitglied der Chefredaktion)
Stv. Chefredakteur: Robin Alexander
Geschäftsführender Redakteur: Thomas Exner
Redaktionsleiter Digital: Stefan Frommann
Leitung Editionsteam: Christian Gaertner
Creative Director: Cornelius Tittel
Artdirektion: Juliane Schwarzenberg

Politik: Claudia Kade **Forum:** Eva Marie Kogel **Investigation/Reportage:** Tim Röhn **Außenpolitik:** Klaus Geiger, Caroline Turzer **Wirtschaft und Geld:** Jan Dams, Olaf Gersemann, Thomas Exner (Senior Editor) **Feuilleton:** Dr. Mara Delius, Andreas Rosenfelder **Stil/Reise/Leben:** Heiko Zwirner **Sport:** Matthias Brügelmann **Wissen:** Edda Grabar, Sonja Kastilan **Nachrichten/Gesellschaft:** Leonhard Landes, Robert-Christian Tannenberg **Community/Social:** Franziska Zimmerer **CvD/Produktion:** Patricia Plate **Foto:** Stefan A. Runne **Infografik:** Karin Sturm **Chefökonomin:** Dr. Dorothea Siems

Auslandskorrespondenten: Athen: Carolina Drüten **Brüssel:** Dr. Christoph Schiltz **Kapstadt:** Christian Putsch **London:** Mandoline Rutkowski **Marrakesch:** Alfred Hackensberger **Moskau:** Pavel Lokshin **New York:** Hannes Stein **Paris:** Martina Meister **Tel Aviv:** Christine Kensche **Warschau:** Philipp Fritz **Washington:** Stefanie Bolzen **Ständige Mitarbeit:** Prof. Michael Stürmer **Autoren:** Henryk M. Broder, Peter Huth, Alan Posener, Hans Zippert

WELT kooperiert mit „El País“ (Spanien), „Gazeta Wyborcza“ (Polen), „La Repubblica“ (Italien), „Le Figaro“ (Frankreich), „Le Soir“ (Belgien), „Tages-Anzeiger“ und „Tribune de Genève“ (beide Schweiz)

Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Seite 1/Auf einen Blick: Christian Gaertner **Deutschland:** Claudia Kade **Ausland:** Klaus Geiger **Forum:** Eva Marie Kogel **Wissen:** Edda Grabar **Wirtschaft und Geld:** Felix Eick **Sport:** Matthias Brügelmann **Feuilleton:** Dr. Mara Delius **Alle:** c/o Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Straße 65, 10888 Berlin. **Anzeigen:** Judith Umlauf, Media Impact GmbH & Co. KG, 10888 Berlin

Verlag: Axel Springer Deutschland GmbH: Geschäftsführung: Claudius Senst, Christoph Eck-Schmidt, Carolin Hulshoff Pol
COO WELT: Bettina Formen
Stv. Verlagsleiter Print WELT: Heiko Rudat **Anzeigen:** Judith Umlauf
Vertriebsleitung: Ludger Seggewies
WELT Editorial Studio: Matthias Leonhard

Druck: Axel Springer SE, Berlin. Axel Springer Offsetdruckerei Ahrensburg GmbH & Co.KG, Kornkamp 11, 22926 Ahrensburg; Axel Springer Druckhaus Spandau GmbH & Co. KG, Brunsbütteler Damm 156-172, 13581 Berlin; Axel Springer Offsetdruckerei Kettwig GmbH & Co. KG, Im Teelbruch 100, 45219 Essen/Kettwig; Süddeutscher Verlag GmbH, Zamdorfer Straße 40, 81677 München
Vertrieb: Sales Impact GmbH; alle 10888 Berlin, Axel-Springer-Str. 65. Tel.: 030 / 259 10.

DIE WELT wird als Zeitung und digital vertrieben. Informationen zum Datenschutz finden Sie unter www.welt.de/datenschutz. Sie können diese auch schriftlich unter Axel Springer Deutschland GmbH, Datenschutz, Axel-Springer-Straße 65, 10969 Berlin anfordern. Alle Rechte vorbehalten (einschließlich Text und Data Mining gem. §44bUrhG). Die Rechte für die Nutzung von Artikeln für elektr. Pressespiegel erhalten Sie über PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG, www.pressemonitor.de, E-Mail: info@pressemonitor.de. Für SyndicationRechte wenden Sie sich an nachdrucke@welt.de. Copyright 2023 Axel Springer Deutschland GmbH

Abonnementpreis: www.welt.de/produktinfo. Abo-Bestellmöglichkeit auf www.lesershop24.de/die-welt oder unter Kundenservice Tel. 0800 9 358537 (Mo.-Sa.: 7-19 Uhr, kostenfrei), E-Mail: kundenservice@welt.de. ISSN 0173-8437. DIE WELT, USPS No. 0603-590. Es gilt die WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab 1.1.2024, sowie die Preisliste Märkte, Ergänzung zur WELT-Preisliste Nr. 102, gültig ab 1.1.2024. E-Mail: anzeigen@welt.de. Tel: 030 / 58 58 90. Amtliches Publikationsorgan aller deutschen Wertpapierbörsen. Keine Gewähr für unveröffentlichte Kursnotierungen. Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Sie erreichen die Redaktion unter: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin **Tel.** 030/25 910 **E-Mail** kontakt@welt.de

THEMA DES TAGES

„Habeck redet nur über Windkraft“

Friedolin Link aus Hausen in Bayern ist seit vier Jahrzehnten Bürgermeister. Der CSU-Mann rügt die Entwicklung des Meinungsklimas und ist überzeugt: Einen wie Franz Josef Strauß „würden sie heute einsperren“

Für seine Pause geht Friedolin Link immer vors Rathaus. Dann raucht er eine Stuyvesant. So wie jetzt. Es ist Mittag. Die Sonne knallt auf ihn herunter. Dann verdunkeln sich seine Brillengläser. Er zeigt auf die adrett sanierten Häuser des 671-Einwohner-Dorfs Hausen und atmet Rauch aus. Mit tiefer und bauchiger Stimme sagt er: „Deswegen mach ich das. Ich liebe meine Heimat. Und ich konnte 40 Jahre lang für meine Heimat und die Bevölkerung etwas tun.“

VON FRÉDÉRIC SCHWILDEN

1984 wurde Link zum ersten Mal zum ehrenamtlichen Bürgermeister von Hausen gewählt. Seitdem regiert er ohne Pause. Bei der nächsten Wahl in eineinhalb Jahren will er aber nicht mehr antreten.

Hausen in der Rhön in Unterfranken liegt weit weg von allem. 371 Kilometer von der Landeshauptstadt München. 419 Kilometer von der Bundeshauptstadt Berlin. Hausen ist einer der nördlichsten Punkte Bayerns. Nicht weit entfernt sind die Landesgrenzen zu Thüringen und Hessen.

1984 wird Link hier Bürgermeister. Er hat damals eine Ausbildung zum Autoschlosser hinter sich, zwölf Jahre Bundeswehr und eine Ausbildung im Verwaltungsdienst. Hauptberuflich arbeitet er damals bei der Stadt Schweinfurt. 1984 liegt das benachbarte Thüringen noch in einem anderen Staat. Er erinnert sich an die Grenzanlage. An die Zäune. An die Wachposten. 1984 wird in Liechtenstein das Wahlrecht für Frauen, in Deutschland die Gurtpflicht eingeführt. Vor dem Beinhaus von Douaumont bei Verdun gedenken Helmut Kohl und François Mitterrand Hand in Hand der Gefallenen der beiden Weltkriege. Atomkraftwerke werden eingeweiht.

Martin Kippenberger malt „Ich kann beim besten Wille kein Hakenkreuz entdecken“ – eines der wichtigsten Bilder des postmodernen Deutschlands. Franz Josef Strauß ist Ministerpräsident von Bayern.

Eigentlich, so erzählt es Link in seinem Bürgermeister-Büro im ersten Stock des Rathauses, sei er „aus Jux und Dollerei in die CSU eingetreten“. 1972 war das. „Mir war der Franz Josef Strauß sympathisch. Das war ein Politiker mit Format.“ Und ähnlich sei er auch Bürgermeister geworden. Da hätten sie ihn 1984 in der Wirtschaft in Hausen gefragt, ob er kandidieren wolle. Er wollte. Und gewann die Wahl. Die Wirtschaft gibt es seit einigen Jahren nicht mehr. Über Strauß sagt Link noch: „Heute würden sie einen wie ihn einsperren. Wer heute einen klaren Satz wie ‚Wer zu uns kommt, muss arbeiten wollen‘ sagt, kriegt gleich eins mitgegeben.“ Er erzählt von der Diskussion um den Zahnersatz von Asylbewerbern, die CDU-Chef Friedrich Merz angefangen hatte und die von vielen als rassistisch empfunden wurde. Fälle von Menschen, die neue Zähne wollten, habe es auch hier gegeben.

Link aber ist Realist und kein Zündler. Als Praktiker vor Ort weiß er, wie die Dinge sind, die in Berlin und München beschlossen werden. Als 2015 die Migrationskrise losging und die ersten Syrer nach Hausen kamen – am Ende würden es 28 sein –, wollte er sie sofort in der Gemeinde integrieren. Am besten durch Arbeit „beim Bauhof, aber auch beim Bäcker. Aber ich durfte nicht. Und die durften auch nicht. Die hatten ja keine Arbeitsgenehmigung. Aber die wollten arbeiten. Und dann sitzen sie in Orten wie Bad Neustadt in Gruppen am Marktplatz rum. Das führt natürlich zu Unruhe in der Bevölkerung.“

Genau diese Probleme anzusprechen, galt in den „alternativlosen Jahren“ Angela Merkels (CDU) als unschick. Inzwischen haben sich auch grüne Landräte, Bürgermeister und andere getraut, sich zu Wort zu melden. Aber das Verhältnis von denen, die über die Realität und Gesetze entscheiden, und jenen, die sie vor Ort erleben und umsetzen müssen, hat sich verändert.

Link erzählt vom neuen Feuerwehrhaus, das sie in Hausen bauen. „Mit Planung kostet das heute 1,3 Millionen Euro. Wer kann sich das noch leisten? Die Vorschriften für den Bau eines Feuerwehrhauses haben in den 80er-Jahren auf eine DIN-A4-Seite gepasst. Heute sind es 20. Wir müssen Bürokratie abbauen.“ Das verspricht ja auch die Ampel-Koalition. Die Realität sei aber, so Link, dass selbst die Körnungsgröße der Körner im Bodenbelag eines Feuerwehrhauses festgelegt sei. So bleibe kaum Spielraum, weder bei der Planung noch bei der Budgetierung.

Über Wirtschaftsminister Robert Habeck von den Grünen sagt Link: „Der geht zu Wirtschaftsvertretern und redet nur über Windkraft. Das geht doch nicht! Aber ich darf mich nicht aufregen. Ich bin ja schon älter.“ Und dann fügt er hinzu: „Ich bin ja kein Grüner, aber wir müssen mehr im Umweltschutz tun. Landwirtschaft bedeutet auch Landschaftspflege. Ich freue mich, wenn ich auf stillgelegten Flächen wieder Rebhühner sehe.“ Das Gespräch kommt auf das Heizungsgesetz, auf die Energiewende. Link sagt: „Willig ist jeder hier im Hinblick auf die Energiewende. Aber es funktioniert einfach nicht immer. Wir brauchen die Förderung. Aber wenn du zig Seiten ausfüllen musst, um die zu bekommen, und beim kleinsten Fehler musst du einen neuen Antrag stellen, dann klappt’s halt nicht.“ Wieder ist die Bürokratie ein Fortschrittskiller.

Links Büro in Hausen ist derweil eine Art Zeitkapsel geworden. Die Decke ist holzvertäfelt, der Boden altes Fischgrät-

INNENPOLITIK

EHEGATTENSPLITTING

Ministerin Paus erwartet Ende

Mit der geplanten Reform der Steuerklassen ebnet die Bundesregierung aus Sicht von Familienministerin Lisa Paus (Grüne) den Weg hin zu einer Abschaffung des Ehegattensplittings. „Der Abschied vom veralteten Instrument des Ehegattensplittings ist überfällig“, bekräftigte Paus in der „Bild“. Sie argumentierte: „Es ist ein Instrument, das allein die klassische Ehe steuerlich begünstigt. Und das, obwohl vielfältige Familienmodelle längst Teil unserer Gesellschaftsrealität sind.“ Um das Ehegattensplitting gibt es seit Jahren immer wieder Diskussionen. Mehr dazu lesen Sie auf **Seite 4**, einen Kommentar auf **Seite 7.**

REDUZIERTES ANGEBOT DER BAHN

Grüne widersprechen Merz

Die Grünen haben sich klar gegen ein reduziertes Angebot der Deutschen Bahn ausgesprochen. Zwar sorge die Bahn mit vielen Verspätungen und Zugausfällen jeden Tag eher für Frust als Glückshormone, sagte Grünen-Co-Chef Omid Nouripour. Hier brauche es Abhilfe, und die Ampel-Koalition aus SPD, Grünen und FDP habe bereits Beschlüsse gefasst, damit die Bahn das nötige Geld dafür bekomme. „Was es aber nicht braucht, ist eine Ausdünnung des Netzes oder der Frequenz, wie die Bahnen fahren.“ Dies würde sonst vor allem den ländlichen Raum treffen. „Das haben die Leute nicht verdient.“ CDU-Chef Friedrich Merz hatte am Sonntag in einem Interview gefordert, dass der Erlös aus einem Verkauf der Logistiktochter Schenker in die Infrastruktur der Bahn gesteckt werden müsste und nicht in den Bundeshaushalt. Die Politik müsse aufhören, der Bahn immer zusätzliche Aufgaben, Verbindungen und Angebote aufzuerlegen: „Die Bahn muss ihr Angebot reduzieren, damit das reduzierte Angebot wieder zuverlässig erbracht werden kann.“

GRENZKONTROLLEN

Djir-Sarai fordert Beibehaltung

FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai hat im Koalitionsstreit um die Verlängerung von Grenzkontrollen gefordert, die Kontrollen so lange aufrechtzuerhalten, bis die Außengrenzen der EU vollständig geschützt sind. So weit sei man noch nicht. Im Fernsehsender WELT sagte Djir-Sarai: „Wir sind der Meinung, dass das ein Instrument ist, um illegale Migration nach Deutschland zu bekämpfen, einzuschränken. Und Grenzkontrollen brauchen wir aus meiner Sicht, solange die EU-Außengrenzen noch nicht vollständig geschützt sind. Wenn wir – das ist ein Prozess – die Außengrenzen Europas, die Grenzschutzfähigkeit der Europäische Union verbessern, dann können wir auf diese Instrumente verzichten – aber noch sind wir nicht so weit. Deswegen sind Grenzkontrollen aus meiner Sicht in der jetzigen konkreten Situation, in der wir uns befinden, ein Instrument, das sehr wichtig ist.“

KLIMASCHUTZGESETZ

Steinmeier unterschreibt Novelle

Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) kann aufatmen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat das von Umweltverbänden scharf kritisierte neue Klimaschutzgesetz unterschrieben. Es kann damit nach seiner Veröffentlichung in Kraft treten. Für Wissing kommt die Ausfertigung der Gesetzesnovelle in letzter Minute. Wäre sie nicht erfolgt, hätte er noch am Montag ein Sofortprogramm für mehr Klimaschutz im Verkehrsbereich vorlegen müssen. Nach der Novelle soll es künftig eine mehrjährige und sektorenübergreifende Gesamtbetrachtung des Treibhausgasausstoßes geben. Dieser soll dort gemindert werden, wo die größten Einsparpotenziale liegen. Damit entfällt die bisherige sektorale Betrachtungsweise. Davon profitiert vor allem Wissing, weil der Verkehrssektor seine Klimaziele bisher nie erreicht hat.

AUSSENPOLITIK

UKRAINE

Deserteur erschossen

Der ukrainische Grenzschutz hat nach eigenen Angaben einen Deserteur unweit der moldauischen Grenze erschossen. Dieser habe zuvor einen Grenzschutzbeamten angegriffen, sagte der Sprecher der Behörde, Andrij Demtschenko, dem Internetportal „Ukrajinska Prawda“. Demnach wurde am Sonntagabend eine Gruppe von vier Deserteuren in einem Auto an einem Kontrollpunkt etwa 15 Kilometer vor der Grenze angehalten. Zwei sollen versucht haben, zu fliehen. Später habe einer der beiden bei seiner Entdeckung Widerstand geleistet und sei nach einem Warnschuss an den Folgen eines zweiten direkten Schusses gestorben. Angaben der staatlichen Ermittler zufolge ist die Gruppe von einem Übungsplatz per Taxi im Gebiet Odessa geflohen und war auf dem Weg in Richtung des von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebiets Transnistrien in der Republik Moldau. Der Rest der Gruppe sei festgenommen worden. Mehr zum russischen Angriffskrieg in der Ukraine lesen Sie auf **Seite 5.**

ESTLAND

Regierungschefin Kallas tritt zurück

Estlands Ministerpräsidentin Kaja Kallas hat nach ihrer Nominierung als neue EU-Außenbeauftragte ihren Rücktritt eingereicht. Die 47-jährige Liberale überreichte in Tallinn ihr Demissionsgesuch an Staatspräsident Alar Karis. Kallas‘ Schritt führt gemäß estnischer Verfassung automatisch zum Rücktritt der gesamten Regierung des baltischen EU- und Nato-Landes. Bis zur Bestätigung eines neuen Ministerkabinetts bleibt sie aber weiter geschäftsführend im Amt. Kallas war Ende Juni beim EU-Gipfel in Brüssel als Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik auserkoren worden. Endgültig bestätigt ist ihr neues Amt, wenn das EU-Parlament der gesamten neu zusammengestellten Europäischen Kommission zugestimmt hat, weil die Außenbeauftragte auch Teil dieser Behörde ist.

MINISTERRÄTE IN UNGARN

EU-Länder prüfen Boykott

Nach dem Eklat um die Reisen des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán nach Moskau und Peking prüfen die anderen EU-Länder einen Boykott von Ministertreffen unter ungarischem Ratsvorsitz. Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) sagte bei einem Agrarrat in Brüssel, er schaue sich „sehr genau an“, ob er zu einem informellen Agrarministertreffen Anfang September in Ungarn fahre. Er verwies auf die Absage anderer Länder. Orbán hatte die

DIE GUTE NACHRICHT

SICHERHEIT BEI DER FUSSBALL-EM

Positive Bilanz

„Die sehr hohe Polizeipräsenz überall im Land war entscheidend“: Die Sicherheitsbehörden ziehen nach dem Ende der Fußball-Europameisterschaft in Deutschland eine positive Bilanz. Die starken Sicherheitsmaßnahmen hätten in allen Bereichen gewirkt, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). „Es gab deutlich weniger Sicherheitsvorfälle und Straftaten, als unsere Sicherheitsbehörden bei einem Ereignis mit vielen Millionen Menschen vorher erwartet hatten.“ „Unsere Polizei hat geliefert“, sagte Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Reul (CDU). Er sprach von einer guten Teamleistung aller Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern und aus dem Ausland. Zu den befürchteten größeren Auseinandersetzungen mit Hooligans sei es nicht gekommen.

FREDERIC SCHWILDEN (3)

Sein Bürgermeister-Büro mit Kreuz in der Ecke: „Ich habe noch eineinhalb Jahre. Die müssen noch ordentlich zu Ende gehen“, sagt Friedolin Link über seine letzte Amtszeit

parkett. Gerüschte Gardinen hängen vor den Fenstern. Schwere, cognacfarbene Vorhänge gerafft daneben. Eine elektrische Schreibmaschine steht unter durchsichtigem Tuch auf einem Tisch. Ein Faxgerät steht in der einen Ecke. In der anderen hängt ein hölzernes Kreuz über einer Mitgliedsurkunde des Deutschen Kinderhilfswerks. Ein Stapel mit Geburtstagsurkunden muss noch unterschrieben werden. Ganz oben drauf liegt eine anlässlich des 90. Geburtstags eines Hausener Bürgers.

Links Schreibtisch ist computerfrei. Dabei war 1984 seine erste Amtshandlung der Kauf eines Computers – und die Sanierung des Rathauses. Das war in einem katastrophalen Zustand. Seitdem hat Link mithilfe von europäischen und bayerischen Dorferneuerungsprogrammen Mittel eingeworben und ausgegeben. „Früher gab es da gutes Geld“, sagt er, für Straßen, für Häuser, für Fassaden, für Brunnen.

In den 90er-Jahren hat er Hausen an die Kanalisation anschließen lassen. 1996 wurde die Gemeinde zur Modellgemeinde im Biosphärenreservat Rhön ernannt. 1999 wurde der Streuobst-Lehrpfad eingeweiht. Nach der Grenzöffnung hat man in und um Hausen wieder alte Obstsorten angebaut, die es in der DDR noch gab, die in Westdeutschland aber vergessen wurden. Am dritten Sonntag im Oktober findet seit Jahren in Hausen der über die Dorfgrenzen bekannte Apfelmarkt statt, auf dem man alte Sorten kaufen und eigene Äpfel bestimmen lassen kann. Link ist stolz auf sein Dorf, auf die Menschen und auf die Feste hier.

„Das Schöne bei uns ist das Miteinander“, sagt er. „Wir können Feste feiern, aber frag net wie“, sagt er vielsagend. Und dann: „Natürlich muss man nicht trinken auf den Dorffesten. Aber in der Meute da drin, da bringt dir einer ein Bier, dann holt der Nächste Schnäpse. Da sind drei, vier Stunden rum, da hast du schon einen Hagel.“ Früher sei er bei den Dorffesten nicht heimgegangen. Heute sei das anders. Im April wurde Friedolin Link 75 Jahre alt.

Die „Mainpost“ schrieb anlässlich der Veranstaltung zu seinem 40. Dienstjubiläum Ende Juni, Link „hat ein Herz wie ein Bergwerk, hat eine Aufbruchstimmung verursacht, hat die Gemeinde Hausen aus dem Dornröschenschlaf geholt und ist fitter als Joe Biden“. Die Bundestagsabgeordnete Dorothee Bär (CSU) hat ihm gratuliert, und auch Friedrich Merz sendete ein Grußwort. Nur Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) sagte trotz Ankündigung eines Besuchs schließlich ab. Die Enttäuschung merkt man Link noch an.

Aber es muss weitergehen. Noch eineinhalb Jahre geht die Amtszeit Links. Der will einen guten Haushalt übergeben. An wen, ist noch ungewiss. In 40 Jahren gab es nur einmal einen Gegenkandidaten.

EU-Partner direkt zu Beginn des ungarischen Ratsvorsitzes ab dem 1. Juli mit einer selbst ernannten „Friedensmission“ im Ukraine-Krieg stark verärgert. Orbán besuchte in der vergangenen Woche den russischen Präsidenten Wladimir Putin, den chinesischen Staatschef Xi Jinping sowie den US-Präsidentschaftsanwärter Donald Trump.

REGIERUNGSBILDUNG IN FRANKREICH

Linkspartei stoppt Beratung

Das bei der Parlamentswahl in Frankreich siegreiche neue Linksbündnis steht wegen der Frage, wer bei einer Regierungsübernahme Premierminister werden könnte, vor einer Zerreißprobe. Im Kräftemessen mit den Sozialisten über das Bestimmen eines Kandidaten setzte die Linkspartei die Beratungen über die Bildung einer Regierung aus. Solange die Sozialisten auf ihren eigenen Kandidaten bestünden und ein Veto gegen Bewerber der Linkspartei einlegten, blieben die Beratungen ausgesetzt, teilte die Linkspartei La France insoumise mit. Sie warf den Sozialisten „politische Blockade“ vor. „Genug der Manipulationen“, erklärte Linksparteigründer und Anführer Jean-Luc Mélenchon.

WISSEN

WHO

Kinder-Impfraten niedriger

UN-Organisationen schlagen wegen mangelnder Fortschritte bei Kinderimpfungen Alarm. Weltweit gingen die Impfraten während der Pandemie zurück und lagen voriges Jahr noch immer unter Vor-Corona-Niveau, wie die Weltgesundheitsorganisation (WHO) und das Kinderhilfswerk Unicef berichten. Während der Pandemie hatte es vielerorts Verzögerungen bei Schutzimpfungen und Unterbrechungen bei Impfprogrammen gegeben. Als Gradmesser für Impfraten unter Kindern gilt das Vakzin gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten. 2023 hatten 84 Prozent den vollen Impfschutz, etwas weniger als 2019. Die Zahl der Kinder ohne eine einzige Dosis dieser Dreifachimpfung stieg im vergangenen Jahr auf 14,5 Millionen. Vor Beginn der Pandemie waren es 12,8 Millionen. In bestimmten Ländern sei die Zahl der Impfskeptiker gestiegen, erklärte WHO-Expertin Katherine O’Brien: „Das führt zu Todesfällen bei Kindern.“

BIS 80 METER LANG

Die Höhlen auf dem Mond

Mehr als 200 tiefe, schachtartige Gruben auf der Mondoberfläche haben Forscher bislang auf Bildern von Mondsonden entdeckt. Nun ist einem Team aus Italien und den USA erstmals der Nachweis gelungen, dass solche – Pits genannten – Einbrüche Zugang zu größeren Höhlen bieten können. Radarbilder zeigen eine 30 bis 80 Meter lange und 45 Meter breite Höhle, sie geht vom sogenannten Mare Tranquillitatis Pit aus, der größten bekannten Grube. Solche Höhlen wären ideal für die Errichtung bemannter Mondstationen, da sie Schutz vor Strahlung und gemäßigte Temperaturen bieten, schreiben die Wissenschaftler im Fachblatt „Nature Astronomy“. Welche Vorstellungen von den Höhlen auf dem Mond und auf dem Mars bisher vorherrschten, lesen Sie auf **Seite 8.**

WIRTSCHAFT UND GELD

HAUSHALTSPLÄNE

Nur fünf Ministerien sparen

Der neue Entwurf des Bundeshaushalts der Ampel-Regierung für 2025 sieht entgegen der Erwartungen der vergangenen Wochen nur wenige Einsparungen in den Ministerien vor. Laut Finanzministerium sollen lediglich das Auswärtige Amt, das Wirtschaftsministerium, das Gesundheitsministerium, das Landwirtschaftsministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung im Vergleich zum Soll 2024 Ausgaben reduzieren. Für elf andere Stellen ist ein weiterer Anstieg eingeplant. Die neue Kostenstruktur im Detail sehen Sie auf **Seite 9.**

TANKSTELLEN-VERGLEICH

Autobahn-Benzin 41 Cent teurer

Wer an der Autobahn tankt, zahlt im Schnitt rund 41 Cent pro Liter Benzin mehr. Das ist das Ergebnis einer Untersuchung im Auftrag des Bundeskartellamts. Die Preisdifferenz erreichte im Juni damit ein Jahreshoch, zu Beginn des Jahres lag der Wert für Normalbenzin bei 36 Cent. Pro Tankfüllung zahlen Kunden demnach einen um 24 Euro höheren Preis, wenn sie den Kraftstoff direkt an der Autobahn beziehen. Wer die hohen Preise trägt und wie es zu diesem großen Unterschied kommen kann, lesen Sie auf **Seite 11.**

BETRUG BEI KLIMASCHUTZPROJEKTEN?

Razzia bei drei Firmen

Nach Hinweisen auf mögliche Betrugsfälle bei Klimaschutzprojekten, mit denen Mineralölkonzerne ihre Klimabilanz verbessern wollen, haben Polizisten Firmen in Nordrhein-Westfalen und Bayern durchsucht. In Räumen von Unternehmen in Kerpen, Köln und Langenbach seien am Freitag zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt worden, meldete die Berliner Staatsanwaltschaft. Die Behörde ermittelt nach Angaben eines Sprechers gegen 17 Beschäftigte wegen des Verdachts des gemeinschaftlichen gewerbsmäßigen Betruges. Im Visier sind die Geschäftsführer der Unternehmen sowie Mitarbeiter von Prüfstellen. Laut Staatsanwaltschaft besteht der Verdacht, dass bei Angaben gegenüber der Deutschen Emissionshandelsstelle (DEHSt) falsche Angaben gemacht wurden. Nach derzeitigem Stand seien fünf Projekte betroffen. Es soll ein Schaden von mehr als 1,12 Millionen Euro entstanden sein. Mit Projekten zur Minderung von Emissionen will die Mineralölindustrie gesetzliche Klimaschutzauflagen erfüllen. Sie werden von deutschen Prüfinstituten zertifiziert und vom Umweltbundesamt genehmigt. Eine Fälschung der Projekte könnte etwa bedeuten, dass die Klimabilanz des deutschen Verkehrssektors schlechter ist als bislang angenommen.

ÖKOSTROM

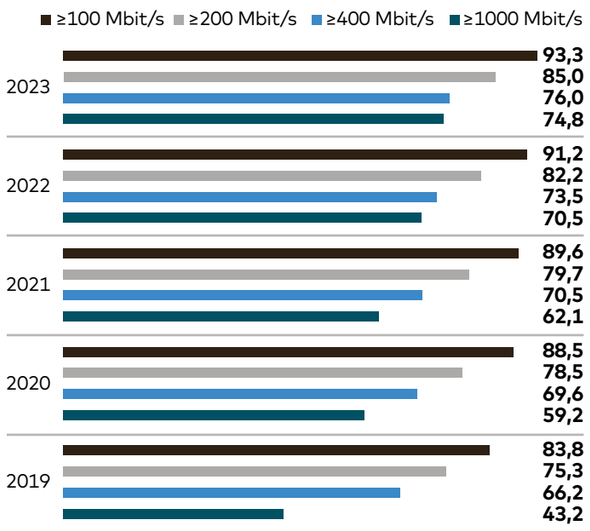
Maßnahmen gegen Überschuss

Das Angebot an Ökostrom übertrifft in Deutschland inzwischen immer häufiger die Nachfrage. Ein Grund: Im vergangenen Jahr wurden Photovoltaik-Anlagen mit 14.000 Megawatt Leistung auf deutsche Dächer und Felder gesetzt. Diese Anlagen und auch die Windräder produzieren munter Strom und speisen ihn ein, egal, wie hoch der Bedarf ist. Die Überschüsse im Netz drücken immer öfter den Börsenpreis für Elektrizität auf null oder sogar in den negativen Bereich. Der Verbraucher hat davon jedoch nichts. Die wertlosen Kilowattstunden werden eher zu einem kostenträchtigen Problem für den Strommarkt insgesamt. Jetzt versucht die Bundesregierung, dieses Problems Herr zu werden. In Regionen, in denen besonders viel Ökostrom produziert wird, sollen neue Verbrauchsanlagen einen Rabatt auf das Netzentgelt erhalten. Eine Pilotanlage dafür weihte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) in Berlin ein. Mehr dazu auf **Seite 9.**

SCHNELLES INTERNET

Deutschland macht Fortschritte

Verfügbarkeit von Breitbandinternet für Haushalte in Deutschland nach Downstreamgeschwindigkeit (in Prozent)*



* alle Werte Jahresende außer 2021 (Jahresmitte)
Quelle: Statista; Breitbandatlas

WELT

BURBERRY

Vorstandschef wird gefeuert

Der unter einer Nachfrageflaute leidende Luxusmodekonzern Burberry trennt sich von seinem Vorstandschef und kappt die Dividende. Neuer Chef werde Joshua Schulman, erklärte das britische Unternehmen. Der Ex-Chef der US-Modefirma Michael Kors werde Jonathan Akeroyd ersetzen, der zwei Jahre an der Spitze des 167 Jahre alten Traditionskonzerns stand. Sein Vorgänger Riccardo Tisci hatte das Unternehmen im Jahr 2022 nach weniger als fünf Jahren verlassen. Die schwindende Kauflust nach Luxusgütern hat Burberry stärker getroffen als einige Konkurrenten, etwa Hermes oder Prada. Im abgelaufenen Quartal brachen die Umsätze um ein Fünftel ein, die Dividende wurde gestrichen. Das für seine Karomuster und Trenchcoats bekannte Unternehmen versucht seit einiger Zeit, seine Marke neu zu positionieren.

TAG AN DER BÖRSE

Der Dax gerät in die Minuszone

Nach zuletzt drei Gewinntagen in Folge haben die Anleger bei deutschen Aktien zum Wochenstart auf die Bremse getreten. Der Dax weitete seine Anfangsverluste am Montagnachmittag noch aus, obwohl die US-Börsen mit klaren Gewinnen eröffneten. Letztlich verlor der Leitindex fast auf seinem Tagestief 0,84 Prozent auf 18.590,89 Zähler, nachdem er in der Vorwoche um rund anderthalb Prozent gestiegen war. Der MDax schloss am Montag 0,83 Prozent tiefer bei 25.688,25 Punkten. Kurse finden Sie auf **Seite 9.**

SPORT

SPANIENS TRAINER

„Diese Generation setzt ein Beispiel“

Spaniens Nationaltrainer Luis de la Fuente hofft auf einen Einfluss seiner Europameister weit über den Fußball hinaus. „Es ist Fußball, aber hier geht es auch um Werte, Sport verkörpert Werte“, sagte der 63-Jährige nach dem 2:1 im EM-Finale gegen England. „Diese Generation setzt ein Beispiel, es sind junge Spieler, die den Willen haben, die Mentalität, hart zu arbeiten.“ Es sei nicht allein das Endergebnis, das zähle, „sondern der gesamte Prozess. Diese Spieler sind ein Beispiel für die Gesellschaft, weil sie diese Werte prägen.“ Er wisse nicht, inwieweit der Fußball die Gesellschaft beeinflussen könne, sagte der Nationaltrainer. Die Menschen sähen aber „nicht einfach nur verwöhnte Jungs, sondern die, die alles geben“. Mehr über Spanien nach dem EM-Titelgewinn lesen Sie auf **Seite 13.**

FREE THEM NOW

Die Geiseln der Hamas

283 Tage *werden die beim Angriff der islamistischen Terroristen am 7. Oktober 2023 verschleppten Menschen schon gefangen gehalten.*

JETZT OFFIZIELL

Müller verlässt das DFB-Team

Weltmeister und Fan-Liebling Thomas Müller macht Schluss im deutschen Fußball-Nationalteam. Diese Entscheidung teilte der 34-Jährige in einem Video in den sozialen Netzwerken mit. „Nach 131 Länderspielen und 45 Toren sage ich dem Bundesadler heute Servus“, sagte Müller in dem Video. Bereits nach dem Viertelfinal-Aus bei der Heim-EM am 5. Juli gegen Spanien hatte Müller ein Gespräch mit Bundestrainer Julian Nagelsmann angekündigt. Zuletzt hatte „Bild“ über Müllers Entscheidung berichtet.

KULTUR UND GESELLSCHAFT

DEUTSCHES DISNEY

Vom Vergnügungspark zum Trickfilm

Eine außerordentlich erfolgreiche Filmfirma aus Hollywood kam eines Tages auf die Idee, ihre weltbekannten Comic- und Trickfilmfiguren von der zweidimensionalen Leinwand in eine dreidimensionale Realität zu verpflanzen. Und gründete einen Themenpark. „Disneyland“ wurde ein Welterfolg. Nun macht sich eine hocherfolgreiche Freizeitparkfirma in Deutschland daran, diese Idee umzukehren: der Europapark in Rust im baden-württembergischen Ortenaukreis. Der erste große Animationsfilm kommt nächstes Jahr in die Kinos, und er soll nicht der letzte bleiben. Plötzlich ist da ein neuer Player, und das (fast) ohne Filmförderung. Die ganze (Familien-)Geschichte lesen Sie auf **Seite 16.**

ADAC-EMPFEHLUNG ZU CANNABIS

Bei Konsum 24 Stunden nicht fahren

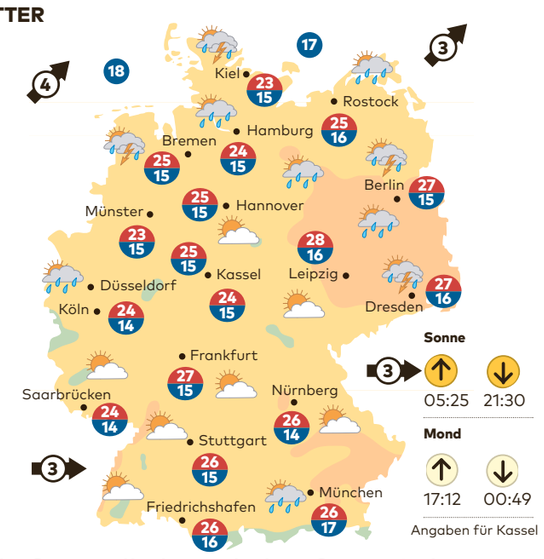
Der ADAC rät Menschen, die gelegentlich Cannabis konsumieren, für 24 Stunden vom Fahren eines Autos ab. Vorher sei keine sichere Teilnahme am Straßenverkehr möglich, erklärte der Automobilklub zu den Ergebnissen eigener Tests mit drei Cannabiskonsumenten. Seit dem 1. April gilt eine Teillegalisierung für Cannabis in Deutschland. Dem Test zufolge waren die Probanden erst rund 20 Stunden nach dem Konsum wieder im Stande gewesen, am Straßenverkehr teilzunehmen. Dies hätten sowohl Bluttests als auch Experteneinschätzungen ergeben.

UMFRAGE

Schulklos in schlechtem Zustand

Mal fehlen Seife und Toilettenpapier, mal ist etwas kaputt oder es stinkt: Viele Schüler berichten von schlechter Hygiene in Schultoiletten. Den Befund stützt jetzt eine Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks unter 3218 Kindern und Jugendlichen. Nur 44 Prozent der befragten Schüler befinden demnach den Zustand der Sanitäranlagen ihrer Schule für gut. Aber es gibt Unterschiede. In Nordrhein-Westfalen berichten 67 Prozent der befragten Schüler von schlechten Toiletten, in Hamburg 65 Prozent – in Sachsen mit 32 Prozent aber deutlich weniger. Laut Kinderhilfswerk bewerten die Kinder ihre Schultoiletten in Großstädten deutlich schlechter als in kleinen Kommunen.

WETTER



Teils freundlich, teils kräftige Schauer

Heute: Im Westen und Südwesten gibt es einen Mix aus Sonne und vielen Wolken, und es bleibt weitgehend trocken. Im Nordosten, Osten und Südosten gehen Regengüsse nieder. Örtlich entladen sich auch Gewitter, die mit Starkregen, Hagel und Sturmböen einhergehen. Später gibt es vor allem im Norden, Nordwesten und an den Alpen noch Schauer und einzelne Gewitter.

Biowetter: Personen mit Erkrankungen der Atemwege müssen sich heute auf Beschwerden einstellen. Anfangs kommt es bei Bluthochdruckpatienten zu Kreislaufproblemen, sie lassen aber im Laufe des Tages allmählich nach. Auch Rheumaschmerzen nehmen ab.

Paus erwartet Ende des Ehegattensplittings

Streit über Folgen der Reform der Steuerklassen

Mit der geplanten Reform der Steuerklassen ebnet die Bundesregierung aus Sicht von Familienministerin Lisa Paus den Weg zu einer Abschaffung des Ehegattensplittings. „Der Abschied vom veralteten Instrument des Ehegattensplittings ist überfällig“, bekräftigte die Grünen-Politikerin in der „Bild“. „Es ist ein Instrument, das allein die klassische Ehe steuerlich begünstigt. Und das, obwohl vielfältige Familienmodelle längst Teil unserer Gesellschaftsrealität sind.“ Das FDP-geführte Finanzministerium wies Paus' Aussagen direkt zurück: Das Splittingverfahren bleibe erhalten.

Um das Ehegattensplitting gibt es seit Jahren immer wieder Diskussionen. Bei dem Verfahren wird das gemeinsame Einkommen eines Paares rechnerisch halbiert, die darauf entfallende Einkommensteuer berechnet und die Steuerschuld anschließend verdoppelt. Davon profitieren bei der Steuer vor allem Paare, bei denen einer viel und der andere wenig verdient. Begründet wird dies mit dem besonderen Schutz von Ehe und Familie.

Mit dem Entwurf eines zweiten Jahressteuergesetzes 2024 hatte Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) eine Reform bei den Steuerklassen auf den Weg gebracht. In ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP vereinbart, dass statt der Steuerklassen 3 und 5 künftig das sogenannte Faktorverfahren in Steuerklasse 4 genutzt werden soll. Damit werde die Lohnsteuerbelastung gerechter auf die Eheleute, Lebenspartnerinnen und Lebenspartner verteilt, heißt es im Gesetzentwurf.

Paus sagte, dies sei „gleichzeitig der Startpunkt in Richtung Abschaffung des Ehegattensplittings.“ Im Finanzministerium sieht man das allerdings anders. „Das Gegenteil der Einschätzung von Ministerin Paus ist der Fall“, hieß es. „Es gibt keinerlei Pläne oder auch nur politischen Willen zur Abschaffung. Ministerin Paus spricht nicht für die Bundesregierung, sondern nur für die Grünen.“

Auch FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai widersprach der Familienministerin vehement. „Die Abschaffung des Ehegattensplittings käme einer massiven Steuererhöhung für die Mitte der Gesellschaft gleich – das ist mit der FDP nicht zu machen“, sagte er der Deutschen Presse-Agentur. Djir-Sarai wies Paus' Einschätzung zurück, die Reform der Steuerklassen sei die Vorbereitung eines solchen Schrittes. „Schließlich haben wir eine Abschaffung des Ehegattensplittings im Koalitionsvertrag auch nicht vereinbart.“ DPA

Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne)

DPA/KAY NIETFELD

MORITZ FRANKENBERG/DPA/PICTURE ALLIANCE

In Deutschland gibt es keine flächendeckende Kita-Pflicht, deshalb landet das Sprachproblem oft in der Grundschule

Wenn Kinder nicht ein einziges Wort DEUTSCH können

Die Kleinsten fallen durchs Raster: Der Spracherwerb wird bei vielen Mädchen und Jungen im Kindergartenalter, die aus Migrantenfamilien kommen, dem Zufall überlassen

Vor kurzem sei ein vietnamesischer Junge zu ihr gekommen, erzählt Logopädin Sabine B. Überweisung vom Kinderarzt: Eine logopädische Behandlung sei nötig. Der Fünfjährige sei sehr schüchtern gewesen, sagt Sabine B. Sie erlebe das oft. „Wie ist er denn zu Hause?“, habe sie den Vater gefragt. „Der plappert und plappert und plappert.“– „Und warum sind Sie hier?“ – „Weiß ich auch nicht. Der Kinderarzt hat hierher geschickt“, so die Antwort in gebrochenem Deutsch. Der Junge sei den Tränen nah gewesen. Ein paar Nachfragen, dann habe sie die beiden wieder weggeschickt.

VON UMA SOSTMANN

Das sei kein logopädisches Problem gewesen, wenn überhaupt eines des Deutschlernens, sagt Sabine B., die ihren echten Namen nicht der Öffentlichkeit preisgeben möchte. „Das scheint in Kitas, Schulen und auch in Familien nicht gut zu funktionieren.“ Sprächen die Kinder nicht oder schlecht Deutsch, passiere häufig Folgendes: Sie kämen für eine Standarduntersuchung zum Kinderarzt. Weil sie den Arzt nicht gut verstünden, trauten sie sich nicht zu sprechen. Weil die Untersuchungen innerhalb weniger Minuten erfolgten und der Kinderarzt ebenso überfordert sei, stelle der dann vorschnell eine Verordnung für eine logopädische Behandlung aus. So schilderten es ihr die Eltern, sagt B.

Sie arbeitet seit 21 Jahren als Logopädin in einer deutschen Großstadt. „Meine logopädische Arbeit, so wie ich sie gelernt habe, hat sich grundlegend geändert“, sagt sie, „Ich bekomme Kinder, die können nicht ein einziges Wort Deutsch. Ich muss den Eltern sagen, ich bin keine Deutschlehrerin.“

Was Sabine B. erzählt, wirft ein Schlaglicht auf ein bisher unterschätztes Problem bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund: Wie wird der Spracherwerb der Kleinsten gewährleistet? Die Antwort ist nicht einfach. Denn von politischer Seite aus gilt: Bildung ist Ländersache. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist nicht zuständig.

Bernd Frittrang, Bundesvorsitzender des Deutschen Bundesverbandes für akademische Sprachtherapie und Logopädie, teilt Sabine B.s Einschätzung: „Zunehmend kommt der Eindruck auf, dass Kinder in die Logopädie geschoben werden, bei denen es gar nicht um Sprachentwicklungsstörungen geht, sondern um Fremdsprachprobleme, also des Sprachlernens. Das blockiert unsere Praxen und verbraucht Ressourcen, die dann Menschen mit tatsächlichen Sprachentwicklungs- oder Sprachstörungen nicht mehr zur Verfügung stehen.“

Blockierte Praxen und unnötig verbrauchte Ressourcen sind ein großes Problem. Denn es gibt ohnehin schon zu wenig Logopäden. Laut Bundesagentur für Arbeit gab es 2023 kein einziges Bundesland, in dem kein Engpass zu verzeichnen war. Bei einer Umfrage des Bundesverbandes für Logopädie aus dem Jahr 2018 gaben 25 Prozent der befragten Logopäden an, ihren Beruf mittlerweile verlassen zu haben und 50 Prozent, dass sie aktuell darüber nachdächten. Mögliche Gründe hierfür könnten die teils selbst zu tragenden Ausbildungskosten, die häufig schlechte Bezahlung oder die Menge an Bürokratie sein, die tagtäglich erledigt werden muss. Gleichzeitig wächst der Bedarf: So befanden sich laut Kaufmännischer Krankenkasse im Jahr 2022 59 Prozent mehr Kinder und Jugendliche in logopädischer Behandlung als noch zehn Jahre zuvor. Und durch eine immer stärker alternde Gesellschaft machen auch ältere Menschen – zum Beispiel nach einem Schlaganfall – eine stetig wachsende Patientengruppe aus.

Doch zurück zu den Kindern: Es gebe große kulturelle Unterschiede, sagt Sabine B. und schildert die Erfahrung, die sie regelmäßig mit Familien vietnamesischer Herkunft mache: „Wenn ich sage: ‚Spielen Sie mit Ihrem Kind!‘, da kommt sofort: ‚Er soll lernen.‘ Ein vierjähriges Kind kann nicht mit mir kommunizieren. Aber das Alphabet und die Zahlen, das wird trainiert.“ Leistung sei für die Familien häufig sehr wichtig.

Bei Familien mit afrikanischen Wurzeln hingegen sei es häufig so, dass im Herkunftsland die Kinder immer in großen Gruppen miteinander gespielt hätten. Die Eltern hätten also nie das Konzept gelernt, dass auch sie mit ihren Kindern spielen und ihnen dabei Wissen vermitteln könnten – das sei schlicht nicht notwendig gewesen. In Deutschland hätten die Familien dann aber häufig kein solches Netz an Freunden und Bekannten mehr. Mit dem Kind spiele dann kaum jemand.

Dabei seien Interaktion und Beziehung essenziell für den Spracherwerb des Kindes, erklärt Sabine B.: Wer keine sozialen Kontakte habe, werde nicht lernen, wie man spricht. Sabine B. nennt dabei vier ausschlaggebende Punkte: langsames Sprechen, einfache Formulierungen, Blickkontakt und Korrektur. Fehle das den Kindern, falle es ihnen deutlich schwerer, die Sprache zu lernen.

Dafür verbrächten oft schon sehr junge Kinder viel Zeit vor Bildschirmen. Das sei zwar in allen gesellschaftlichen Gruppen ein Problem, falle bei Familien mit Migrationshintergrund aber besonders stark auf. „Da habe ich das Gefühl, dass Smartphones eine große Rolle spielen. Sei es, um Informationen zu erlangen oder um den Kindern die deutsche Sprache beizubringen – was nicht funktioniert.“ Im Gegenteil: „Es sind wahnsinnig viele Kinder dazugekommen, die ein Verhaltens- und ein Beziehungsproblem haben.“ Die Corona-Pandemie habe dieses Problem verschärft.

Die per Rezept verordneten logopädischen Therapiesitzungen für Kinder, die eigentlich nicht in eine logopädische Praxis, sondern in einen Deutschkurs gehören, verursachen auch Kosten an der falschen Stelle. „Ich bin ganz erstaunt, dass die Krankenkassen das so mitmachen. Das kostet wahnsinnig viel Geld“, sagt Sabine B. Doch den Krankenkassen seien die Hände gebunden, so die Pressestelle der DAK Krankenkasse, eine der größten Krankenkassen Deutschlands: „Die Entscheidung, ob eine logopädische Behandlung erfolgen soll, trifft der behandelnde Arzt oder die behandelnde Ärztin. Die Verordnung wird in der Kinderarzt- oder HNO-Praxis mit einer Diagnose und einem ICD-10-Code versehen. Sind diese vorhanden, wird die Abrechnung mit der entsprechenden Verordnung auch akzeptiert.“

Sabine B. und Bernd Frittrang sind sich einig, was die Lösung des Problems angeht: „Es braucht in jedem Fall kleinere Kita-Gruppen. Sonst fällt uns das alles auf die Füße“, so die Logopädin. In Deutschland besteht allerdings keine bundesweite Kindergartenpflicht. Nur in einzelnen Bundesländern wie Berlin oder Bremen existiert eine Pflicht für Kinder mit Sprachförderbedarf. Es kann also nur punktuell gewährleistet werden, dass Kinder bis zu ihrer Einschulung ein gutes Level an Deutschkenntnissen erreichen – und das auch nur in der Theorie. Oft wird die Pflicht einfach ignoriert.

Und auch nach der Einschulung gilt: Da Bildung Ländersache ist, gestalten sich einheitliche Regelungen schwierig. In der Politik kommt das Problem allmählich an: Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) forderte zuletzt im April in der „Rheinischen Post“: „Wir brauchen flächendeckend und frühzeitig verbindliche Sprachtests.“

Außerdem, so Sabine B., stehe und falle alles damit, wie viel Deutschkontakt die Kinder hätten. Deswegen sei es problematisch, wenn in einer Kita-Gruppe die Mehrheit der Kinder nicht deutschsprachig sei. Dann blieben sie mit anderen Kindern der gleichen Herkunft einfach bei ihrer Muttersprache. Auch Frittrang sagt: „Grundsätzlich brauchen wir ein pädagogisches System, das konsequent auf Einwanderung ausgelegt ist, mit mehr und mit besserer Sprachförderung.“ Deutsch zu lernen sei schwer, fügt Sabine B. hinzu, sie habe da volles Verständnis. Aber ohne Sprache sei Integration eigentlich nicht möglich.

Das Versagen der Ampel bei der Asylzuwanderung aus der Türkei

Allein im ersten Halbjahr 2024 wurden viel mehr Asylanträge von Türken abgelehnt, als in den vergangenen vier Jahren abgeschoben wurden

Auch im laufenden Jahr bleibt die Türkei das drittwichtigste Herkunftsland von Asylbewerbern in Deutschland. Obwohl die Anerkennungsquote seit Jahren gering ist, bleiben Rückführungen meist aus. Wie defizitär die Lage ist, zeigt ein Blick in die Asylstatistiken: 15.782 Erstanträge stellten Bürger des Bosporus-Staats im ersten Halbjahr beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nur Syrer und Afghanen zog es häufiger in die Bundesrepublik.

VON MARCEL LEUBECHER

Flüchtlinge sind unter den türkischen Asylzuwanderern eine kleine Minderheit. Das BAMF entschied im ersten Halbjahr über 21.326 Anträge von Türken, wegen Altfällen waren es mehr Entscheidungen als neue Anträge im selben Zeitraum. Als Flüchtlinge wurden davon lediglich 1827 anerkannt, darunter 116 als asylberechtigt. Inhaltlich handelt es sich dabei um dieselbe Gruppe, nämlich um Menschen, denen nach BAMF-Einschätzung politische Verfolgung in der Heimat droht. Das eigentliche Asyl (nach dem Grundgesetz) erhalten aber seit dem Asylkompromiss von 1993 nur noch solche Bewerber, die vor ihrer Antragstellung in Deutschland noch nicht in Sicherheit waren.

Anspruch auf Asyl hat seither niemand mehr, der aus einem der sicheren Nachbarländer Deutschlands einreist – was die meisten Bewerber tun –, sondern nur noch solche, die per Flugzeug ankamen. Damit wollte die damalige Bundesregierung auf die Masseneinwanderung über das Asylsystem reagieren; allerdings übertrug sie anschließend zunehmend Souveränität im Bereich der Asylpolitik auf die EU, sodass die Bundesrepublik inzwischen trotz der Grundgesetzänderung durch EU-rechtliche Vorschriften unerlaubt aus sicheren Nachbarländern einreisenden Asylbewerbern Schutztitel erteilen muss.

Unter den 21.326 Entscheidungen über Anträge von Türken endeten neben den 1827 Zuerkennungen der Flüchtlingseigenschaft weitere 105 mit einem subsidiären Schutz, etwa wegen drohender Gewalt, und weitere 23 mit einem Abschiebeschutztitel, etwa wegen Gefahr an Leib und Leben beispielsweise durch extreme Armut oder schwere Krankheiten. 13.042 Anträge wurden abgelehnt, und weitere 6329 Entscheidungen bestanden in einer „sonstigen Verfahrenserledigung“, etwa weil der Antragsteller weiterzog oder während des Verfahrens einsah, dass er keine Chance auf Anerkennung hat und wieder heimkehrte.

Abgeschoben wird nur selten: Allein im ersten Halbjahr 2024 wurden viel mehr Asylanträge von Türken abgelehnt, als in den vergangenen vier Jahren zusammengenommen abgeschoben wurden. Gerade einmal 3540 Bürger des westasiatischen Staates wurden von Januar 2020 bis Mai 2024 dorthin rückgeführt, wie aus einer WELT vorliegenden Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage aus der AfD-Bundestagsfraktion hervorgeht.

Laut der Antwort nimmt die Zahl der Abschiebungen dorthin zwar seit Jahren merklich zu – von 403 Fällen im Jahr 2020 über 1299 Fälle 2023 und 773 bis Ende Mai dieses Jahres. Allerdings haben im selben Zeitraum die Asylzuwanderung aus der Türkei und damit die Zahl der abgelehnten Asylbewerber von dort noch viel stärker zugenommen. So wurden laut BAMF im Jahr 2020 noch 5778 Anträge von Türken in Deutschland gestellt, danach stiegen die Zahlen zunächst leicht und seit 2022 extrem an. Im Jahr 2023 wurden 61.181 Anträge gestellt, die Anerkennungsquote lag bei 13 Prozent. In diesem Jahr ist sie laut BAMF sogar auf unter zehn Prozent gesunken – auf eine Gesamtschutzquote von 9,3 Prozent.

AfD-Politiker Leif-Erik Holm, der die Anfrage an die Regierung gestellt hatte, sagte WELT: „Monat für Monat kommen Tausende Asylbewerber aus der Türkei nach Deutschland, dabei handelt es sich bei der Türkei um ein Nato-Mitglied und beliebtes Urlaubsziel.“ Trotz der geringen Anerkennungsquote müsse kaum ein Türke Angst haben, abgeschoben zu werden. „Das ist völlig absurd, die EM hat gerade erst wieder gezeigt, welche Probleme es mit türkischen Migranten hierzulande gibt. Wir wären deshalb gut beraten, diejenigen umgehend auszuweisen, die kein Bleiberecht haben“, so Holm.

Neben den Abschiebungen gibt es auch in ähnlichem Umfang freiwillige Ausreisen von Türken aus Deutschland. Wie WELT AM SONNTAG berichtet hatte, reisten im vergangenen Jahr 1616 Personen über das mit Abstand größte Förderprogramm REAG/GARP aus, im laufenden Jahr von Januar bis April waren es 586 Personen. Dabei handelt es sich fast zur Hälfte um Türken, die noch gar nicht abgelehnt wurden, sondern während ihres Verfahrens ausreisen. Sie können dennoch die Rückkehrförderung erhalten, falls sie über keine größeren Geldsummen verfügen.

Die Förder-Beträge unterscheiden sich nach individueller Situation. Ein Erwachsener kann mit 200 Euro Reisebeihilfe und 1000 Euro Starthilfe rechnen. Eine frühe Rückkehr während des Asylverfahrens oder innerhalb von zwei Monaten nach der Ablehnung wird mit 500 Euro extra gefördert. Mit der sogenannten StarthilfePlus des Bundes kommen sechs Monate nach der Rückkehr 400 Euro hinzu.

Aktuell erwägt die Bundesregierung eine weitere Maßnahme, die eine Asylzuwanderung in die Bundesrepublik für Türken noch etwas attraktiver machen könnte: So sollen Asylbewerber schon während ihres Verfahrens häufiger in Arbeit gebracht werden. Falls also ein Türke künftig unerlaubt nach Deutschland einreist und während des Verfahrens einen Arbeitgeber findet, der ihn anstellen möchte, sollen die lokalen Ausländerbehörden nur noch 14 Tage Zeit erhalten, um die Zustimmung zum Arbeitsvertrag abzulehnen. Falls diese Frist von den überlasteten Behörden nicht eingehalten wird, so der Ampel-Plan, soll dies wie eine Zustimmung gewertet werden. SPD, Grüne und FDP erhoffen sich dadurch mehr Steuereinnahmen und eine Belebung der Wirtschaft. Zwar nimmt der Staat im laufenden Jahr voraussichtlich erstmals mehr als eine Billion Euro Steuern ein, doch wegen der noch höheren Ausgabenwünsche reicht selbst diese enorme Summe nicht aus – weswegen die Ampel kürzlich weitere Maßnahmen angekündigt hat, um die Steuereinnahmen auszubauen.

Die Meinungsmacht der Öffentlich-Rechtlichen

Den größten medialen Einfluss in Deutschland besitzen ARD und ZDF, belegen Studien. Doch wenn es um eine Reform der Sender geht, bleibt das außen vor. Dabei verbreiten sie zuweilen ein eigenwilliges Weltbild

Wenn es darum geht, politische Meinung zu machen, wer ist dann das mächtigste Medium in Deutschland? Wer beeinflusst am stärksten, wie Menschen denken? Die größte Meinungsmacht in Deutschland besitzen die öffentlich-rechtlichen Anstalten. Das behaupten nicht etwa Gegner des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die eine politische Schlagseite bei der ARD-„Tagesschau“ und Co. kritisieren. Vielmehr steht das in einer jährlich fortgeschriebenen Studie der Landesmedienbehörden der Bundesländer. Die wiederum gehören ebenfalls zum Kreis der öffentlich-rechtlichen Anstalten und werden wie ARD und ZDF aus den Erlösen des Rundfunkbeitrags bezahlt.

VON CHRISTOPH LEMMER

DETLEF DRISCHEL/NDR

Ein Blick in das Studio der „Tagesschau“ 1964 mit Sprecher Karl-Heinz Köpcke

In der aktuellen Debatte um eine Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks spielt die Meinungsmacht der Anstalten allerdings kaum eine Rolle. Da geht es eher um Gehälter und Strukturen. Doch der jährliche Medienvielfaltsmonitor bescheinigt in Sachen Einfluss ein deutliches Übergewicht für die öffentlich-rechtlichen Anstalten. In der jüngsten Fortschreibung vom November 2023 kommt die ARD demnach auf einen Anteil am Meinungsmarkt von 20,4 Prozent. Bertelsmann mit seinen Zeitschriften und vor allem der RTL-Gruppe landet mit 11,6 Prozent auf dem zweiten Platz. Auf Platz drei folgt das ZDF mit 7,3 Prozent. Axel Springer (unter anderem „Bild“-Zeitung und WELT) erreicht mit 6,9 Prozent Platz vier.

Die Anteile am Meinungsmarkt errechnen die Medienanstalten in vier Stufen. In der ersten werden die Reichweite für die einzelnen Programme und Produkte zusammengetragen – TV-Quoten, Leserdaten, Radio-Reichweitenumfragen, Online-Nutzung. Im zweiten Schritt ordnen die Studienautoren die Reichweitendaten den Medienunternehmen zu – beispielsweise das Radioprogramm Bayern 1 oder die „Tagesschau“ der ARD oder WELT dem Unternehmen Axel Springer.

Im dritten Schritt wird per Umfrage das „Meinungsgewicht“ ermittelt. Menschen werden repräsentativ gefragt, ob und welches Medium sie tatsächlich nutzen, und außerdem, welches ihnen für Information am wichtigsten ist. Diese beiden Datensätze werden statistisch zusammengerechnet. Im vierten Schritt werden die Anteile der Medienunternehmen sowohl für Mediengattungen als auch insgesamt aufaddiert und gewichtet.

Nicht berücksichtigt wird im „Meinungsvielfaltsmonitor“ die Nachrichtenagentur dpa. Dabei dürfte ihr Anteil am Meinungsmarkt mutmaßlich sogar der höchste ist sein. Sie beliefert die meisten Medienanbieter und Internet-Portale mit ihren Nachrichten. Kommentare hat sie nicht im Angebot. Allerdings dürfte sie in Umfragen nicht zu fassen sein, weil Leser, Hörer oder Zuschauer in der Regel nicht bemerken, wenn ihnen dpa-Formulierungen präsentiert werden.

Aufgeschlüsselt werden im „Meinungsvielfaltsmonitor“ nicht nur die Unternehmen, sondern auch die Mediengattungen. Demnach üben Onlinemedien an der Meinungsbildung mit zusammen 35,4 Prozent den größten Einfluss aus, gefolgt von Fernsehen (28,9 Prozent), Radio (16,4), Tageszeitung (16,0) und Zeitschriften (3,3).

Die Machtverhältnisse innerhalb der Gattungen unterscheiden sich teils dramatisch. Im Online-Bereich gibt es derzeit keine dominanten Mitspieler. Das Microsoft-Portal MSN führt die Liste an, freilich mit nur 4,3 Prozent. Unter den Top 30 der Onlinemedien sind die Öffentlich-Rechtlichen mit der ARD-Mediathek (1,1 Prozent), „Tagesschau“ (1,0) und NDR (0,8) vertreten. Generell gibt es im Onlinebereich eine große Zahl von Anbietern, die durchweg nur niedrige einstellige Anteile erreichen. Das Segment ist nur wenig staatlich reguliert. Praktisch jeder kann mit einem eigenen Angebot mitmischen. Die Zahlen machen die scharfe Konkurrenz deutlich.

Dafür ist die Dominanz der Öffentlich-Rechtlichen in den extrem restriktiv regulierten und kontrollierten Segmenten Fernsehen und Radio klar. Beim Fernsehen kommen alle öffentlich-rechtlichen Angebote zusammen auf 54,3 Prozent. Das ZDF führt diese Disziplin mit 14,6 Prozent an, das erste ARD-Programm folgt dahinter mit 12,1 Prozent.

Auch beim Radio ist die Sache eindeutig: Die ARD-Sender sind hier mit 51,9 Prozent Spitzenreiter. An zweiter Stelle folgt die private Regiocastgruppe (Radio Schleswig-Holstein und andere Sender sowie Beteiligungen bundesweit) mit gewaltigem Abstand und nur 6,9 Prozent.

Lediglich in den Gattungen Zeitung und Zeitschrift, die zusammen 19,3 am Meinungsmarkt ausmachen, sind private Verlagsangebote bestimmend, auf Platz eins steht die „Bild“-Zeitung mit 17,2 Prozent. WELT landet hier mit einem Anteil von 2,4 Prozent auf dem Zeitungsmarkt auf Platz sechs. Die auf Papier gedruckten Medien sind die einzigen, in denen die Öffentlich-Rechtlichen nicht vertreten sind.

Was Meinungsmacht konkret bedeutet, zeigt das Beispiel der iranischen Präsidentenwahl vom 5. Juli. Von „Tagesschau“ bis Radionachrichten lauteten die Attribute nach dem Wahltag überall gleich: Wahlsieger Massud Peseschkian wurde einhellig, in den stündlichen Nachrichten durchgehend, dazu in Korrespondentenberichten und Interviews als „Reformer“ bezeichnet. Worin seine Reformpläne bestehen, war dagegen kaum zu hören. Ebenso einhellig und durchgehend nannten die ARD-Korrespondenten und Nachrichtenmoderatoren den obersten Führer Ali Chamenei einen „Konservativen“ – eine Einstufung, unter die bisweilen auch CDU-Chef Friedrich Merz eingeordnet wird. Israels demokratisch gewählte Koalitionsregierung insgesamt gilt im öffentlich-rechtlichen Rundfunk dagegen als „rechtsreligiös“.

Die Chefredaktion des Bayerischen Rundfunks (BR) begründet die Begriffswahl in der Iran-Berichterstattung auf WELT-Anfrage damit, dass schon „seit jeher Politiker anderer Nationen in deutschen Medien nach ihrer Rolle im jeweiligen politischen System eingeordnet“ würden. Für Peseschkian gelte, dass er „als vergleichsweise moderat“ gelte, aber nur bezogen auf die „Hardliner“ im Iran – wobei die „Hardliner“ auch beim BR durchgehend als „konservativ“ bezeichnet wurden. Auch diesen Begriff dürfe man aber nicht „universal“ verstehen, meint die Chefredaktion, sondern nur im Maßstab der iranischen Verhältnisse. „Wir sind überzeugt: Unser Publikum weiß das zu differenzieren.“

Im Übrigen hätten auch etliche andere Medien die Zuschreibung „Reformer“ für Peseschkian verwendet. Der Sprecher zählt Artikel in „Süddeutscher Zeitung“, „Frankfurter Allgemeiner Zeitung“ und auch bei WELT auf – zutreffenderweise. Wobei er hier freilich die eigene redaktionelle Verantwortung für die Formulierungen in seiner Anstalt übersieht und zudem wohl eher versehentlich ein ganz neues Thema aufbringt: nämlich die Rolle der Nachrichtenagentur dpa, von der einer der genannten Texte stammt.

Auf das Attribut „rechtsreligiös“ für die israelische Regierung geht die BR-Chefredaktion in der Sache nicht ein, sondern kontert wiederum mit einem Link auf einen WELT-Artikel. Bei dem heiße es im Titel, „rechtsreligiöse Minister drohen mit Ende der Koalition“. Das freilich ist etwa anderes, als die gesamte israelische Regierung „rechtsreligiös“ zu nennen, zumal auch dieser Text von der dpa stammt. Ohnehin ändert das nichts am zentralen Punkt:

Kein anderes Medienkonglomerat als ARD und ZDF besitzt so viel Meinungsmacht, das Bild von Israel als einem „rechtsreligiös“ regierten Land gegen einen von „Reformern“ und „Konservativen“ geführten Iran zu prägen. Wirkmächtig, gleichwohl weit weg von den Tatsachen.

Kiew dringt auf Einsatz weitreichender Waffen in Russland

Immer wieder fordert die Ukraine, westliche Waffen gegen Ziele auf russischem Gebiet einzusetzen zu dürfen. Bisher bleiben die USA hart

Angesichts ständiger russischer Raketen- und Luftangriffe möchte die Ukraine die Quelle des Übels ausschalten – Militärflugplätze und Raketenabschussrampen auf russischem Staatsgebiet, bis tief ins Landesinnere. Die Liste möglicher Ziele ist inzwischen lang, der Wunsch nach Vergeltung ist groß. Nur fehlt die Erlaubnis der USA, die vom Westen gelieferten weitreichenden Waffensysteme einzusetzen. Unterdessen meldet die Ukraine Explosionen in Odessa, Russland berichtet von weiteren ukrainischen Drohnenangriffen. Bisher bleibt Washington bei den Waffensystemen hart, die USA haben der Ukraine noch keine Erlaubnis zu Angriffen mit diesen weitreichenden Waffen gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet erteilt. Das teilte Ihor Schowka, stellvertretender Leiter der Präsidialkanzlei von Wolodymyr Selenskyj, in einem Interview von „Voice of America“ mit.

Dennoch arbeite die Ukraine weiter mit den USA an dieser Frage und hoffe auf baldiges Einlenken „Alle wissen, wo die Gefahr liegt, wo die Raketen (gegen die Ukraine) gestartet werden.“ Schowka äußerte sich optimistisch: „Alle wichtigen Entscheidungen, die die USA früher getroffen haben, erfolgten äußerst leise – und das wird auch dieses Mal so sein.“ Die Ukraine fordert schon seit einiger Zeit die Erlaubnis, die von den USA und anderen westlichen Partnern gelieferten weitreichenden Waffen, also Raketen oder Marschflugkörper, gegen Ziele auf russischem Staatsgebiet einsetzen zu dürfen. Bisher konnten die ukrainischen Militärs lediglich Drohnen mit deutlich geringerer Sprengkraft einsetzen. Bei Treibstofflagern oder Raffinerien erzielten diese mehrfach Erfolge, aber gegen Flugplätze oder Raketenabschussbasen zeigten die unbemannten Flugkörper bisher wenig Wirkung.

Westliche Waffen dürfen bisher nur gegen Ziele in den besetzten Gebieten der Ukraine, einschließlich der Krim, sowie im Osten des Landes im unmittelbaren Grenzgebiet eingesetzt werden. Den USA sei dieses Problem bekannt, betonte Schowka. Daher erwarte er auch eine baldige Zustimmung der USA, „so wie es auch früher bei anderen Fragen geschah, die wir mit der US-Regierung erörtert haben.“ Medienberichten zufolge kam es nachts nahe der ukrainischen Hafenstadt Odessa zu heftigen Explosionen. Der Gouverneur der Militärverwaltung des Gebiets, Oleh Kiper, rief die Bewohner der Stadt und des Bezirks über Telegram auf, in Schutzräumen zu bleiben, bis das Feuer gelöscht sei.

Zuvor hatte die ukrainische Luftwaffe eine Bedrohung durch ballistische Raketenangriffe aus dem Süden gemeldet. Informationen über Schäden oder Opfer gab es zunächst nicht. Die russische Luftabwehr fing unterdessen nach Angaben des zuständigen Gouverneurs sechs Drohnen über der Region Brjansk ab und zerstörte sie. Die Region südwestlich von Moskau grenzt an die Ukraine. Auch im russischen Gebiet Lipezk südlich von Moskau wurde ein Drohnenangriff gemeldet.

Eine Drohne sei auf dem Gelände eines elektrischen Umspannwerks abgestürzt, so der dortige Gouverneur. In beiden Fällen gab es demnach keine Verletzten, die Arbeit des Umspannwerks sei nicht gestört. Die Angaben ließen sich zunächst nicht unabhängig prüfen. Die russischen Luftstreitkräfte sind nach Angaben aus ukrainischen Militärkreisen dazu übergegangen, neuartige Gleitbomben gegen Ziele in der Ukraine einzusetzen.

DPA/MARCUS BRANDT

Kampfjets vom Typ F-16 beim jährlichen Nato-Luftwaffen-Manöver Tiger Meet in Schleswig-Holstein

So seien Bomben mit einem Gewicht von drei Tonnen kleinen Tragflächen und entsprechender Elektronik ausgestattet worden, um sie aus großer Entfernung von Flugzeugen abzuwerfen und dann ins Ziel zu lenken. „Dazu nutzen sie Kampfflugzeuge vom Typ Suchoi Su-34, die von Flugplätzen starten, die wir zerstören müssten, um unsere Menschen zu schützen“, wurde Andrij Jermak, Leiter des Präsidialbüros in Kiew, von der Agentur Unian zitiert. Doch dafür fehle wiederum die Erlaubnis, westliche Waffen einzusetzen. „Nur eine solche Erlaubnis kann viele Menschenleben schützen.“ Ein russischer Kampfpilot hob im Gespräch mit der Staatsagentur Tass die Zielgenauigkeit der aufgerüsteten, eigentlich veralteten Bomben, hervor. Die maximale Abweichung betrage zehn Meter, behauptete der namentlich nicht genannte Pilot. Zudem könnten die Bomben von keiner Flugabwehr in ihrem Anflug gestoppt werden, „weder mit Patriots noch mit Geparden“.

CDU-Chef Friedrich Merz sprach sich unterdessen für eine stärkere Unterstützung der Ukraine zur Abwehr des russischen Angriffskriegs aus – und für die Lieferung von Kampfflugzeugen. Merz sagte im ARD-Format „Frag selbst“: „Mir erscheint einigermaßen plausibel zu sein, der Ukraine jetzt zu helfen, wenigstens die Hoheit über den eigenen Luftraum zurückzugewinnen. Denn diese Raketenangriffe, die jetzt in immer größerer Zahl stattfinden, gegen die Infrastruktur, gegen Strom- und Wasserversorgung, gegen Krankenhäuser, Altenheime, die wird man vom Boden aus allein nicht unter Kontrolle bekommen können. Und deswegen ist ja auch die Lieferung von Kampfflugzeugen an die Ukraine in vielen Ländern der Welt schon beschlossene Sache, auch in Europa. Wir sollten da als Deutsche nicht zurückstehen.“

Die Bundesregierung wies die Forderung des CDU-Chefs zurück. „Es wird nicht besser, wenn alle alles machen wollen“, sagt der Sprecher des Verteidigungsministeriums. Einige Nato-Staaten wollen Tempo bei der Ausrüstung der Ukraine mit westlichen Kampfflugzeugen. Der Transfer von F-16-Jets sei bereits im Gange, kündigten die USA, die Niederlande und Dänemark in einer gemeinsamen Erklärung am Rande des Nato-Gipfels in Washington vergangene Woche an. Damit könnten die Maschinen noch in diesem Sommer zur Abwehr des russischen Angriffskriegs zum Einsatz kommen. Bei der Lieferung geht es um F-16-Jets aus US-Produktion, die von Dänemark und den Niederlanden bereitgestellt werden. dpa

Ruandas Präsident vor Wiederwahl

Amtsinhaber Paul Kagame gilt als klarer Favorit

Im ostafrikanischen Ruanda haben die Menschen am Montag einen neuen Präsidenten gewählt. Landesweit waren mehr als neun Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, ihre Stimme in den mehr als 2400 Wahllokalen abzugeben. Als klarer Favorit galt der langjährige Amtsinhaber Paul Kagame, der sich nach dem Wahlausschluss mehrerer prominenter Kritiker nur mit zwei weitere Kandidaten konfrontiert sah. Erstmals wurde parallel zur Präsidentschaftswahl auch ein neues Parlament bestimmt. Die Konstellation der Kandidaten für das Präsidentenamt war eine Wiederauflage der letzten Wahl von 2017: Neben dem 66-jährigen Kagame, der Ruanda seit mittlerweile mehr als drei Jahrzehnten in verschiedenen Funktionen führt, traten der Vorsitzende der Demokratischen Grünen Partei Ruandas, Frank Habineza, und der unabhängige Kandidat Philippe Mpayimana, an. Sie wurden als einzige Gegenkandidaten zugelassen.

In grünem Hemd und mit einer Sonnenbrille gab Amtsinhaber Kagame seine Stimme am Montag in einem Wahllokal in der Hauptstadt Kigali ab, nachdem er zuvor in der Schlage gewartet hatte. Im Jahr 2017 konnte der Amtsinhaber fast 99 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, für die diesjährige Wahl wird mit einem ähnlichen Ergebnis gerechnet. Ein Wahlsieg würde ihm seine vierte Amtszeit sichern. Mit ersten Teilergebnissen wird im Laufe der Auszählung der Stimmen gerechnet, ein vorläufiges Endergebnis soll es laut AFP-Informationen am Samstag geben. Die endgültigen Ergebnisse werden dann am 27. Juli verkündet.

Die 21-jährige Gatangaza Bwiza Nelly gehört zu den zwei Millionen Menschen, die in diesem Jahr zum ersten Mal wählen durfte. Sie habe sich auf den Tag gefreut, sagte die Studentin. „Ich denke, die Ergebnisse werden die gleichen sein wie bei den vorherigen Wahlen. Das ist ziemlich offensichtlich.“ Kagames Partei, die Ruandische Patriotische Front (FPR), dominiert seit Jahrzehnten das Parlament. 65 Prozent der Einwohner Ruandas sind jünger als 30 – eine Mehrheit der Bevölkerung kennt also keinen anderen starken Mann im Staat als den 66-Jährigen.

Formell ist Kagame seit 2000 der Präsident von Ruanda, bereits zuvor hatte er jedoch als Vizepräsident und Verteidigungsminister faktisch die politische Macht im Land in der Hand. Eine umstrittene Verfassungsänderung von 2015 ermöglicht es Kagame, theoretisch bis 2034 im Amt zu bleiben. Für viele gilt der 66-Jährige als der starke Mann in Ruanda, seit er mit seiner RPF-Miliz das extremistische Hutu-Regime stürzte, das den Völkermord 1994 entfacht hatte und binnen drei Monaten nach Angaben der UNO 800.000 Menschen, vor allem Angehörige der Tutsi-Minderheit, tötete.

Kagame ist in der Bevölkerung äußerst beliebt, unter anderem weil er die durch den Genozid zerstörte Wirtschaft wieder aufbaute. Daneben wurden Straßen und Krankenhäuser gebaut und auch im Bereich von Bildung und Gesundheit entwickelte sich das ostafrikanische Land stetig weiter. Viele afrikanische und westliche Politiker nennen Ruanda als Beispiel für gelungenen Fortschritt. Menschenrechtsgruppen werfen Kagames Regierung allerdings vor, Medien und die politische Opposition zu unterdrücken. So prangerte Amnesty International in einem Bericht unter anderem „Drohungen, willkürliche Inhaftierungen, konstruierte Anklagen und Morde“ an.

Im Ausland sieht sich das Land zudem mit dem Vorwurf konfrontiert, die Instabilität in der benachbarten Demokratischen Republik Kongo zu schüren. Zudem soll die Staatsführung bei der Verfolgung von mutmaßlichen Beteiligten des Völkermords Zehntausende von Hutus in der Demokratischen Republik Kongo getötet haben. Die Diskussion über diese angeblichen Massaker ist nach wie vor tabu und wird in Ruanda als „Revisionismus“ des Völkermords betrachtet. Erstmals wurde in Ruanda zeitgleich zum Staatschef auch das Parlament neu gewählt. Mehr als 500 Kandidaten hatten sich um die 80 Sitze beworben, von denen 53 Sitze per Direktwahl bestimmt wurden. 27 Sitze sind über eine Quotenregelung Frauen, jungen Menschen und Menschen mit Behinderung vorbehalten und werden am Dienstag in einem gesonderten Verfahren bestimmt. AFP

Experten werfen dem Secret Service Versagen vor

Scharfe Kritik am Schutz Donald Trumps

Nur dem Zufall ist es wohl zu verdanken, dass Donald Trump noch am Leben ist. Kurz bevor der Attentäter am Samstag in Pennsylvania die ersten Schüsse auf Donald Trump abgab, drehte der Ex-Präsident leicht seinen Kopf. Eine Kugel traf das Ohr des 78-Jährigen, Trump ging instinktiv in Deckung. Es folgte eine zweite Salve, die einen Mann das Leben kostete und zwei weitere Besucher der Wahlkampfveranstaltung schwer verletzte. Scharfschützen gelang es dann, den Attentäter, den 20-jährigen Thomas Matthew Crooks, auszuschalten. Augenblicklich stürmten mehrere Secret-Service-Agenten auf die Bühne. Sie bildeten einen menschlichen Schutzschild um Trump und eskortierten ihn von der Bühne.

VON TILMAN LUZ

Aber das Attentat bringt die Behörde, die mit dem Schutz amtierender und ehemaliger Präsidenten betraut ist, in erhebliche Erklärungsnot. Denn die Schüsse wurden vom Dach eines Gebäudes abgefeuert, das sich circa 137 Meter entfernt von der Bühne befindet. Von dort aus hatte Crooks freies Schussfeld. Zudem wollen mehrere Teilnehmer der Veranstaltung den Schützen gesehen und das Sicherheitspersonal verständigt haben. Ein Beamter der örtlichen Polizei ging den Zeugenhinweisen nach – dies sagte jedenfalls der Polizeichef von Butler County, Michael Slupe. Der Polizist sei zum Dach hochgestiegen. Der Schütze habe seine Waffe auf den Beamten gerichtet, der sich daraufhin vom Dachrand zu Boden fallen gelassen habe, sagte Slupe der „Washington Post“. Der Polizist habe sich zurückgezogen, „weil er nicht getötet werden wollte“. Danach habe der Schütze das Feuer in Richtung Trump eröffnet.

Dem US-Sender CNN gegenüber spricht Cory Mills, republikanischer Kongressabgeordneter und früher Scharfschütze im US-Militär, von einer „massiven Sicherheitslücke“. Ruben Gallego, ebenfalls Veteran der US-Streitkräfte und Senatskandidat der Demokraten für den Bundesstaat Arizona, konstatierte, es hätte niemals einen solchen freien Sichtkorridor auf den Präsidenten geben dürfen. Offenbar befand sich das Gebäude, von dem aus der Attentäter schoss, außerhalb der vom Secret Service gezogenen Sicherheitszone. „Was für eine Zone ist denn das?“, fragte Richard Painter, Mitarbeiter des Weißen Hauses unter dem früheren Präsidenten George W. Bush und heute Jura-Professor an der University of Minnesota, im Gespräch mit der Nachrichtenagentur AFP. Wenn sich ein Dach innerhalb der Reichweite eines Gewehrs bis zu einem Präsidenten oder Präsidentschaftskandidaten befinde, „dann ist es der Secret Service, der auf diesem Dach sein sollte“, kritisierte Painter. „Haben die jemals vom Texas Book Depository gehört?“ Das ist das Gebäude im texanischen Dallas, von dem aus der Attentäter Lee Harvey Oswald 1963 mit einem Gewehr Präsident John F. Kennedy erschossen hatte. Painter sieht ein „ungeheuerliches Sicherheitsversagen“ und fordert eine detaillierte Untersuchung.

Zudem gelang es Crooks, zwei Salven aus einem AR-15-Sturmgewehr abzugeben. Mehrere Sekunden vergingen zwischen dem ersten Schuss und dem letzten, was die Schlussfolgerung zulässt, dass die Scharfschützen der Polizei den Attentäter nicht sofort lokalisieren konnten. Der leitende FBI-Agent Kevin Rojek nannte es sogar „überraschend“, dass es möglich war, so viele Schüsse abzufeuern.

Scharfe Kritik wird auch an der eigentlichen Evakuierung geübt. Laut „Politico“ haben die Secret-Service-Agenten dabei zweimal Sicht auf Trumps Körper zugelassen, ihn nicht durchgehend abgeschirmt. Der „Washington Post“ zufolge war die örtliche Polizei für die Kontrolle des Geländes zuständig, das an die Sicherheitszone des Secret Service angrenzt. Es werde nun untersucht, ob es ein Versagen in der Kommunikation zwischen dem Secret Service und der Polizei von Butler gegeben habe, sagte ein hochrangiger Behördenmitarbeiter. Die Sicherheitspannen werden voraussichtlich vom Kongress in Washington untersucht werden. Bereits kurz nach dem Anschlag rief der Vorsitzende des Repräsentantenhauses, Trumps Parteikollege Mike Johnson, Heimatschutzminister Alejandro Mayorkas an. Der für die Sicherheit der Präsidenten, Ex-Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten zuständige Secret Service ist dem Heimatschutzministerium unterstellt.

Die Fassungslosigkeit in den USA ist groß. In einem Interview mit Fox News zeigte sich Radiomoderator Dan Bongino, der früher beim Secret Service war, zutiefst bestürzt angesichts des Verhaltens seiner ehemaligen Kollegen. Er erkenne die Einheit nicht wieder: „Sie haben zu einhundert Prozent versagt. Das ist nicht die Behörde, die ich kenne. Ich habe zwölf Jahre meines Lebens dort verbracht. Ich kenne einige der Leute persönlich, das sind gute Männer und Frauen. Aber das war ein apokalyptisches Versagen.“ Es habe wiederholt Anfragen gegeben, den Schutz von Trump zu erhöhen. Bongino forderte den Rücktritt der Direktorin des Secret Services, Kimberly A. Cheatle.

Was über den Trump-Attentäter bekannt ist

Ehemalige Mitschüler berichten von Mobbing

Das FBI hat den mutmaßlichen Attentäter, der mehrere Schüsse auf Ex-US-Präsident Donald Trump abgegeben hatte und danach von Sicherheitskräften erschossen wurde, als Thomas Matthew Crooks aus Bethel Park identifiziert. Er wurde 20 Jahre alt. Ein Schulfoto zeigt ihn als jungen Mann mit dunkelblondem Haar, Brille und Zahnspange. Crooks‘ frühere Klassenkameraden beschreiben ihn als „stillen“ Schüler, der oft „einsam“ gewirkt habe, wie der Sender ABC News berichtete. Crooks hatte 2022 seinen High-School-Abschluss gemacht und war dabei einer von 20 Schülern, die einen Preis für Naturwissenschaften erhielten.

Jason Kohler, der nach eigenen Angaben dieselbe Highschool besuchte, sagte vor Reportern, Crooks sei oft schikaniert worden. „Er war still, aber er wurde einfach gemobbt.“ Die „New York Times“ zitierte einen früheren Mitschüler, Zach Bradford, demzufolge Crooks einen „unglaublich intelligenten“ Eindruck machte. Seine politische Einstellung sei damals „eher rechts“ gewesen. Andere frühere Mitschüler berichteten laut „New York Post“, dass sich Crooks vor einigen Jahren beim Schießteam der Schule beworben hätte, aber aufgrund seiner schlechten Zielgenauigkeit abgelehnt worden sei. Nach der Highschool, so berichtet die „NYT“, studierte er Ingenieurswissenschaften. Neben dem College arbeitete er in der Essensausgabe eines Pflegeheims.

In den sozialen Netzwerken war der junge Mann nach FBI-Angaben kaum präsent. Ein Bezirksrat aus der Gegend, in der Crooks aufwuchs, beschrieb dessen Wohnviertel gegenüber der „NYT“ als „ziemlich durchgehend Mittelklasse, vielleicht obere Mittelklasse“. Nach FBI-Angaben feuerte Crooks mit einem halbautomatischen Gewehr, das legal erworben wurde. Die Ermittler gehen davon aus, dass die Waffe Crooks‘ Vater gehört. Wie der Sohne an die Waffe gelangte, ist bisher nicht geklärt.

Klar scheint inzwischen, wo Crooks das Schießen übte. Am Sonntag bestätigte ein Sportclub südlich von Pittsburgh, der auch über eine Schießanlage verfügt, Crooks Mitgliedschaft. Laut FBI gab es zunächst keine Hinweise auf eine psychische Erkrankung. Die Ermittler erkannten bisher keine „Ideologie“ hinter der Tat, ein Manifest wurde nicht gefunden. Crooks war bis dato ein Unbekannter für das FBI, seine Online-Historie ähnele derer vieler 20-jähriger Männer. Er habe gern Schach und Videospiele gespielt. Nach Angaben von Pentagon-Sprecher Pat Ryder hatte der junge Mann auch keine Verbindungen zur Armee. Medienberichten zufolge war Crooks als Wähler von Trumps Republikanern registriert – es wäre seine erste Wahl gewesen. Crooks habe allerdings auch 15 Dollar an eine progressive Gruppe für politische Aktionen gespendet, die Verbindungen zur Demokratischen Partei hat. AFP/sos

GETTY IMAGES VIA AFP/MICHAEL M. SANTIAGO

Gebet für Donald Trump im Zentrum von Milwaukee, wo der Nominierungsparteitag der Republikaner stattfindet

Glauben an die „Hand Gottes“

Viele Amerikaner sehen es als Wunder, dass Donald Trump das Attentat überlebt hat. Politiker überbieten sich in religiösen Äußerungen

Die republikanische Abgeordnete Maria Elvira Salazar aus Florida postete eine Zeichnung, auf der ein Engel Donald Trump vor einer Kugel bewahrt. „Wenn Gott mit Dir ist, wer kann gegen Dich sein?“, schrieb sie auf Spanisch dazu. Salazar ist nur eine von sehr vielen Unterstützern des Ex-Präsidenten, die schnell eine eindeutige Erklärung dafür hatten, dass die Kugel, die vom 20-jährigen Schützen Thomas Matthews Crooks abgefeuert worden war, Trump nur am rechten Ohr streifte: Göttliches Eingreifen – „die Hand Gottes“ – nennen sie als Grund dafür, dass der ehemalige Präsident den Mordanschlag während einer Kundgebung in Butler im US-Bundesstaat Pennsylvania überlebte.

VON ISABELLA RAMÍREZ UND MIA MCCARTHY
AUS WASHINGTON

Trumps Tochter Ivanka wiederum sagte nach dem Attentat, sie glaube, ihre vor zwei Jahren verstorbene Mutter Ivana – Trumps erste Ehefrau – habe während der Schüsse über ihren Vater gewacht. Der republikanische Kongressabgeordnete Carlos Antonio Giménez aus Florida sagte Fox News, Trump habe durch „Gottes Gnade“ überlebt, während sein Parteifreund Cory Mills sagte, „göttliche Intervention“ und Gottes „schützende Hand“ hätten den ehemaligen Präsidenten am Leben gehalten. Der Sprecher des Repräsentantenhauses, Mike Johnson, brachte es mit den folgenden Worten auf den Punkt: „GOTT hat Präsident Trump gestern beschützt“. Trump selbst lobte Gott für die Rettung seines Lebens und schrieb am frühen Sonntagmorgen, „Gott allein hat das Undenkbare verhindert“. Die einflussreiche Pro-Trump-Lobbygruppe MAGA Inc. erklärte in einer Mitteilung an ihre Anhänger am Sonntag, dass „Gottes Gnade“ Trump vor „der Kugel eines Feiglings“ bewahrt habe.

Die Äußerungen seiner Verbündeten markieren einen außergewöhnlichen Moment in der amerikanischen Politik und für Trump, der diese Woche auf dem Parteitag der Republikaner in Milwaukee offiziell zum Kandidaten der Partei nominiert wird. Die Unterstützung seiner Anhänger – darunter viele hochrangige republikanische Funktionäre – für die göttliche Intervention stärkt Trumps Position in der Partei, nicht nur als Parteivorsitzender, sondern auch als jemand, der von einer höheren Macht auserwählt wurde, das Land zu retten. Religion spielt in der amerikanischen Gesellschaft eine zentrale Rolle – auch wenn in den vergangenen drei Jahrzehnten der Anteil der Kirchenmitglieder von rund 70 Prozent auf unter 50 Prozent gesunken ist. Auf jedem Dollar-Schein steht die Losung „In God we Trust“ – „Wir vertrauen in Gott“. Die ersten europäischen Siedler in den USA waren Anhänger der calvinistischen Glaubenslehre, bei der das Auserwählt sein durch Gott eine zentrale Rolle spielt. In der Gegenwart sind für Donald Trump religiöse evangelikale Christen ein sehr wichtiges Fundament seiner Wählerschaft. Bei der Wahl im Jahr 2016 stimmten 77 Prozent dieser Gruppe für Donald Trump, im Jahr 2020 waren es sogar 84 Prozent. Auch das erklärt die Neigung republikanischer Politiker, nach dem Attentat auf göttliches Eingreifen zu verweisen.

„Gestern gab es Wunder, und ich glaube, die Hand Gottes war auch dabei“, sagte der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus, Steve Scalise, am Sonntag in der Sendung Fox & Friends Weekend. Der Politiker verglich das Attentat mit seiner persönlichen Erfahrung, als er 2017 beim Training mit dem republikanischen Baseballteam des Kongresses angeschossen wurde. „Nur einen Zentimeter weiter und wir hätten ein ganz anderes Gespräch.“ Auch der ehemalige republikanische Präsidentschaftskandidat Vivek Ramaswamy, ein überzeugter Trump-Anhänger, nannte die Flugbahn der Kugel „Divine Providence“ – also göttliche Vorsehung. Ramaswamy fügte hinzu, dass die Kugel „nur einen Hauch davon entfernt war, eine Nation zu töten“.

Während die Republikaner betonten, dass Gott seine Hand ausgestreckt und den Anschlag verhindert habe, machten sie zugleich eine aggressive Rhetorik für den Angriff verantwortlich. „Gott hat letzte Nacht unsere Republik gerettet. Extreme Stimmen haben die Flammen in Amerika geschürt“, schrieb der moderate Republikaner Brandon Williams aus New York auf X. „Dieses Foto wird in die Geschichte eingehen als ein Moment extremer moralischer Klarheit – ein trotziges Aufbegehren gegen extremen Hass.“ Das Bild, das Trump mit erhobener Faust und Blut im Gesicht zeigt, hat den ehemaligen Präsidenten in den Augen seiner Anhänger bereits zum Märtyrer gemacht. Auch historische Parallelen zur amerikanischen Geschichte und ihren Heldenfiguren wurden gezogen. Johnson erinnerte daran, dass Gott einst den späteren ersten US-Präsidenten George Washington vor einem Hinterhalt bewahrt habe – der Vorfall aus dem Jahr 1755 haben sich zudem ebenfalls in Pennsylvania ereignet.

Ein anderes historisches Vorbild für ein angebliches göttliches Eingreifen kam dem republikanischen Kongressabgeordneten Mike Collins aus Georgia in den Sinn. Er schrieb auf X: „Gott hat Ronald Reagan aus einem bestimmten Grund verschont. Gott hat Donald Trump aus gutem Grund verschont. Gott schießt nicht daneben.“ Der ehemalige republikanische Präsident Reagan hatte 1981 ein Attentat überlebt, als vor dem Hilton Hotel in Washington mehrere Schüsse auf ihn abgegeben wurden. Peter Westmacott, der zwischen 2012 und 2016 britischer Botschafter in Washington war, sagte der WELT-Partnerpublikation „Politico“, die ebenfalls im Axel-Springer-Verlag erscheint, Trump-Anhänger betrachteten das Überleben des ehemaligen Präsidenten als „Manna vom Himmel“. Zuerst habe er Entsetzen gespürt. Aber dann sei sehr bald – und ihm tue es leid, das zu sagen, weil es eigentlich zynisch sei – die Erkenntnis gekommen, dass es Trump helfen könne: „Das ist hilfreich für die Opferrolle, die Märtyrer-Inszenierung, auf die Donald Trump während seiner Kampagne gesetzt hat.“

Mitarbeit: Kelly Garrity, Samantha Latson und Mason Boycott-Owen

In Zusammenarbeit mit POLITICO

Übersetzt aus dem Englischen und bearbeitet von Klaus Geiger.

Putin macht sich angeblich Sorgen um Amerika

Nach dem Trump-Attentat zelebriert der Kreml den angeblichen Niedergang der amerikanischen Demokratie

Russlands Propaganda schafft nach innen und außen eine Parallelwelt. Die Regierung eines Landes, wo Menschen- und Bürgerrechte mit Füßen getreten werden, kritisiert die Menschenrechtslage in westlichen Ländern.

VON PAVEL LOKSHIN

Ein Land, das in der Ukraine einen brutalen Angriffskrieg führt, ruft zu Frieden auf. Ein Land schließlich, das Kritiker Wladimir Putins systematisch von der Politik ausschließt, ins Exil zwingt oder wie Alexej Nawalny im Gefängnis sterben lässt, macht sich nun Sorgen um Amerika. Wladimir Putins Pressesprecher Dmitri Peskow fasste es während einer Pressekonferenz am Sonntag so zusammen: Russland habe immer politische Gewalt verurteilt und abgelehnt. „Die Gewalt wurde ins Land selbst getragen“.

Für den Kreml ist Joe Bidens Regierung indirekt für den Mordversuch an Trump verantwortlich. Sie habe eine „Atmosphäre“ geschaffen, die das Attentat „provoziert“ habe. Diese Stimmungslage stehe im Einklang mit dem „Arbeitsstil der amtierenden Administration“. Alle Fragen wollte die Biden-Regierung „vom Standpunkt der Macht lösen, auch in internationalen Belangen. Niemand will Kompromisse suchen“.

In Russland, wo die Narrative der Regierung in Staatsmedien durchgedrückt werden, ergeben solche bizarren Statements durchaus Sinn. Russland sieht sich stets in der Rolle des Entrechteten, des zu kurz Gekommenen: Der Krieg in der Ukraine ist kein Krieg, sondern eine „Spezialoperation“, die man ohnehin bereit sei, jederzeit abzubrechen – wenn Kiew bloß mitmachen würde.

Dass Russland selbst Probleme „vom Standpunkt der Macht“ lösen will, also mit militärischer Gewalt, gerät in der Medienrealität des russischen Staatsfernsehens aus dem Blick. Zwar behauptet Peskow, man wolle „keineswegs“ nahelegen, Biden habe den Mordversuch organisiert – doch am Ende klingt es so. Hier folgt der Kreml nahtlos der Position der amerikanischen Trump-Anhänger.

Noch schärfer formuliert es die für krawallige Äußerungen berüchtigte Sprecherin des Außenministeriums, Maria Sacharowa. Morde an Präsidenten und Präsidentschaftskandidaten seien eine „amerikanische Tradition“. Statt den Kampf der Ukraine gegen Russland zu finanzieren, täten die Amerikaner gut daran, die „amerikanische Polizei“ zu finanzieren und „andere Dienste, welche die Rechtsordnung innerhalb der USA“ beschützen. Die Amerikaner müssten ihre „Politik der Anstiftung zu Hass gegenüber politischen Gegnern, Ländern und Völkern“ abwickeln, sie sei „Finanzierung von Terrorismus“. Der Liberalismus habe die amerikanische Demokratie in einen „Suizidzustand“ geführt.

Der russische Ex-Präsident und sich als Hardliner profilierende Dmitri Medwedew sagte der Regierungszeitung Rossiskaja Gaseta, Trump habe bereits gewonnen, „wenn er nicht doch ermordet“ werde. Die staatliche Nachrichtenagentur RIA Novosti veröffentlichte einen Essay, der das Attentat auf Trump als alternativlos darstellte. Der Autor Pjotr Akopow wundert sich darüber, dass es bis zum Attentat so lange gedauert hat. Der „Washingtoner Sumpf“ wolle Trump „liquidieren“, zugleich sei der Anschlag von einem Einzeltäter verübt worden, in einer „Atmosphäre des Hasses“, den US-Demokraten seit acht Jahren schürten. Trump müsse jetzt vorsichtig sein, sein Todesurteil sei bereits gefallen und werde das nächste Mal von „maximal professionellen“ Killern vollstreckt. Jetzt könne ihn nur ein Wunder retten.

Was in Russland seit Jahrzehnten traurige Realität ist – Morde an Regierungskritikern wie Anna Politkowskaja und politischen Gegnern Putins wie Boris Nemzow – überträgt die Kreml-Propaganda auf die USA. Russland wird damit in der Argumentation der Propagandisten zu einer Insel der innenpolitischen Stabilität, knapp ein Jahr nach der blutigen Meuterei von Ewgenij Prigoschin.

Die YouTube-Sendung des Staatspropagandisten Wladimir Solowjow bringt einen als „ex-New York Times-Reporter“ vorgestellten prorussischen Gast aus den USA, der behauptet, Joe Biden wolle Trump umbringen. Biden wolle nicht gehen, eher werde er „seine eigene Partei niederbrennen und Amerika in Blut ertränken“. Dass diese Beschreibung auf Putin und seinen seit 25 Jahren währenden Machterhalt passen würde, geht in der von Kreml-Narrativen geprägten Medienrealität Russlands unter.

ESSAY

Der KI-Hype und die regressiven Phantasien der Menschheit

Daniel Kehlmann warnt vor den Gefahren künstlicher Intelligenz. Wenn man ihm folgt, steht die intellektuelle Apokalypse kurz bevor. Sinnvoller wäre es für einen Autor wie ihn, Klarheit zu schaffen und nicht weiter den Nebel zu vergrößern

NATHALIE WEIDENFELD

Jetzt also auch Daniel Kielmann. Auch er hat sich vom Sirenengesang, der aus dem Silicon Valley bis nach Europa erklingt, gefangen nehmen lassen in seiner Rede zum Jubiläum des Kultur-Staatsministeriums im Bundeskanzleramt am 6. Juli. Nur ein paar hundert Menschen auf dem gesamten Planeten, so gestand er dem Publikum, hätten wirklich eine Ahnung davon, welche immense Revolution KI mit sich bringt – einer von ihnen offensichtlich der Sprecher.

So warnte er eindringlich vor den Gefahren künstlicher Intelligenz. Drehbücher würden sie schreiben, spätestens in drei Jahren gäbe es keine Arbeit mehr für Drehbuchautoren. Er sprach nicht von Romanen, aber das ist ja wohl klar, dass dann nicht nur der Job des von ihm zitierten, befreundeten Drehbuchautors obsolet wäre, sondern auch seiner. Seltsamerweise schien er das mit relativer Gelassenheit zu nehmen. Klar, wenn man ganz im Geiste von Jacques Lacan davon ausgeht, dass es sich sowieso spricht, also der Mensch als Autor seines Lebens im Grunde nur eine Illusion ist, dann ist ChatGPT ja ein Segen. Denn er macht uns klar, dass wir Menschen eigentlich nicht wissen, was wir tun und entsprechend demütig werden müssten – auch davon sprach Kehlmann in seiner Rede: Demut.

Ja, das ist in der Tat ein wichtiger Begriff, vielleicht der wichtigste zur Zeit, einer Zeit, in der genau das zu fehlen scheint, in einer Zeit, in der sich die Lager bilden, Fronten verhärten, weil jeder glaubt, nur er habe die Weisheit mit Löffeln gefressen und wisse, was politisch, menschlich und überhaupt das Richtige ist. Ja, Demut wäre in der Tat als Tugend mehr angebracht als alles andere. Doch ist der Weg, die menschliche Autorschaft zu einer Illusion zu erklären, wirklich der richtige? Von wem soll denn die Demut ausgeübt werden? Und vor allem wozu? Demut nützt ja nur Menschen, die untereinander kommunizieren und auch wissen, dass sie kommunizieren und auch wissen, dass es bei ihrer Kommunikation um etwas geht. Wenn alles zum absichtslosen Spiel wird, macht nicht einmal die Demut Sinn.

Von den Drehbuchautoren kam Kehlmann dann auf das Thema „Beziehungen“ im Zeitalter von KI zu sprechen, er sprach davon, wie ChatGPT 2.0 jetzt mit einer weiblichen, devoten Stimme sprechen würde und alles darauf hindeuten werde, dass es sich so entwickeln würde, wie in dem Film „Her“, in dem Menschen die perfekte Partnerin in Form eines Softwaresystems an die Seite gestellt bekommen. Wenn dieses System einmal perfektioniert würde, und das sei bald der Fall, so Kehlmann, würden alle zugreifen. An dieser Stelle sei eine demütige Frage erlaubt: Was für eine Meinung hat Kehlmann von uns Menschen? Würde er, der große Autor, sich denn auf eine solche Freundin einlassen? Ich bezweifle es bzw. hoffe für ihn, dass er dieses Angebot ablehnen würde, denn der Wunsch, eine perfekte Partnerin zu haben, die von einem Softwaresystem gesteuert alles weiß und sich auf einen perfekt einstellt, mag ja im Innern unseres regressiven Kind-Ichs durchaus vorhanden sein.

Aber würden wir, wenn wir die Wahl haben, dieses System wirklich einem Menschen vorziehen, einem echten Menschen mit all seinen Macken, Unvorhersehbarkeiten, Ambivalenzen? Es gibt ein schönes und berühmtes Gedankenexperiment eines amerikanischen Philosophen namens Robert Nozick. Dieser diskutierte die Idee einer Glücksmaschine, an die sich Menschen anschließen könnten und dann für immer mit entsprechenden Substanzen versorgt würden, um glücklich zu sein. Nozick stellt die provokante Frage: Würden wir das wollen? Also in vollem Bewusstsein, dass wir kein aktives Leben mehr führen, aber ein dauerhaftes Glücksgefühl garantiert bekommen? Seine Antwort lautete: nein, würden wir nicht. Zumindest die meisten von uns nicht.

Es ist das gleiche Gedankenexperiment, das den Film „Matrix“ so berühmt machte, letztlich enthielt dieser die Botschaft: Menschen wollen die Realität erleben, ein echtes Leben leben, auch wenn dies riskant, gefährlich und zuweilen deprimierend ist. Menschen wollen echte Begegnungen und eigene Handlungen, darin gründet unsere Menschlichkeit. Man stelle sich vor, jemand würde uns das nehmen wollen?

Mit einem hat Kehlmann sicherlich recht: dass der Mensch sich nach perfekten Beziehungen sehnt und wohl auch danach, dass man ihm alle lästige Arbeit abnimmt. Aber bringen wir Kindern nicht bei, dass Wünsche dieser Art kindlich sind und sie lernen müssen, sie zu überwinden? Erwachsen werden, bedeutet zu lernen sich mit Imperfektion und Vergänglichkeit zu arrangieren. Die Software-Industrie lebt von dem Versprechen, diese Lektion wieder vergessen zu machen. Der KI-Hype beruht in großen Teilen darauf, die Menschheit mit ihren eigenen regressiven Fantasien zu füttern. Einige der Protagonisten mögen dabei selbst auf ihr Spiel hereinfallen und plötzlich vor der Apokalypse warnen, die durch die Digitalisierung über uns hereinzubrechen scheint.

In manchen Fällen mag das auch ein Marketing-Gag sein. Apokalypse hat sich schon immer gut verkauft (das bezeugte schon Paul Boyer in seinem Werk „When Time shall be no more: projection belief in modern American Culture“), denn es bewegt die Herzen. Von den Intellektuellen, die sich öffentlich äußern, wünsche ich mir aber nicht, dass sie bewegte Herzen haben, sondern dass sie Klarheit schaffen und nicht weiter den Nebel vergrößern. Das tun die Techgiganten schon zur Genüge. In dieser Zeit interessiert nämlich weniger die Frage, welche großartigen Leistungen KI in den nächsten Jahren noch bringen wird, sondern eher welche Meinungen wir von uns selbst haben. Kehlmann unterstellt uns Menschen, wir würden allesamt künstliche KI-Paradiese Freunden und Partnern in echten Beziehungen vorziehen und uns mit den Surrogaten KI generierter Kunst zufriedengeben.

Ich möchte an dieser Stelle für ein anderes, humanistisches Bild des Menschen plädieren. Und damit die Frage stellen: Ja, selbst, wenn in ein paar Jahren künstliche Intelligenz halbwegs gute Drehbücher und Romane schreibt, würden wir Menschen sie dann wirklich lesen wollen? Würden Sie in einen Film gehen, von dem sie wissen, dass er von einer Maschine produziert wurde und digitale Schauspielersurrogate einen digital erstellten Text sprechen? Was wäre das für ein Erlebnis? In einem künstlerischen Akt geht es nicht nur um das Endprodukt. Es geht dabei um das Zelebrieren des menschlichen Geistes in all seinen Imperfektionen, aber auch seinen genialen Einfällen. Das mag pathetisch klingen und nach einer Art Kunstreligiosität, so ist es aber nicht gemeint. Der menschliche Geist, seine lebendige Schaffenskraft, seine Kreativität sind nicht auf große Künstler beschränkt.

Gehen Sie durch die Straßen, gehen Sie in Einkaufsläden. Hören Sie den ganz normalen Menschen zu. Unser Leben ist durchsetzt von witzigen Einfällen, unerwarteten Kommentaren, aufwühlenden Gesprächen, kreativen Problemlösungen, Reflexionen und Selbstreflexionen, die uns spüren lassen, dass wir menschlich und das wir lebendig sind. Wenn wir glauben, dass all das, was uns ausmacht, auch von künstlicher Intelligenz produziert werden kann, kündigen wir den Glauben an unsere Menschlichkeit auf, oder wie Erich Fromm es formulieren würde, feiern wir nicht mehr unsere Lebendigkeit, sondern huldigen dem Todestrieb, der – wie er in seinem Buch „Anatomie der menschlichen Destruktivität“ schreibt – hinter der Sehnsucht nach technologischer Perfektion und umfassender Kontrolle lauert.

Kehlmann wandte sich zum Schluss seiner Rede auch eindrücklich vor den großen Monopolisten und der kapitalistischen Ausbeutung über und mit der Digitalisierung. Wenigstens an dieser Stelle gebe ich ihm völlig recht. Aber brauchen wir zur Bekämpfung dieses Digital-Kapitalismus nicht Menschen? Menschen, die Autoren ihres Lebens sind, die wissen, was sie tun, wie sie es tun und vor allem, warum sie es tun? Wenn letztlich alles nur ein Spiel ist und wir nur sprechen, weil es uns spricht, scheint auch ein Kampf für das Gute die Gerechtigkeit oder ein menschenwürdiges Leben nicht Sinn entleert? Lieber Herr Kehlmann, auch wenn Jacques Derrida und die poststrukturalistischen Heroen ihrer Studienzeit es anders sahen: Man kann beides tun, den menschlichen Geist zelebrieren und demütig bleiben.

Das ist die Botschaft eines Humanismus, den wir auch auf die Digitalisierung übertragen können und den Julian Nida-Rümelin und ich vor einem Jahr in dem Buch „Digitaler Humanismus“ beschrieben haben. Die digitalen Tools sind eben das, was sie sind – nämlich Tools und wir können sie so oder so nutzen. Entscheiden tun das wir. Technologien haben noch nie den Menschen verändert, sie verändern die Bedingungen, unter denen wir leben. Sie wirken sich günstig oder auch ungünstig auf die Ausübung unsere Menschlichkeit aus, aber mehr nicht. Der Mensch bleibt in seiner conditio humana immer der gleiche und steht in all den Jahrhunderten immer wieder vor den gleichen Herausforderungen, die er mit Witz mit Kreativität, Intelligenz und Demut bewältigen muss.

■ Natalie Weidenfeld ist Kulturwissenschaftlerin und Schriftstellerin. Zusammen mit Julian Nida-Rümelin hat sie das programmatische Buch „Digitaler Humanismus“ veröffentlicht, das in mehrere Sprachen übersetzt wurde.

KOMMENTAR

Ein Bärendienst für die Frauen

DOROTHEA SIEMS

Lisa Paus bläst zum Sturm auf die Ehe. Ginge es nach dem Willen der grünen Bundesfamilienministerin, so müssten sich Millionen Paare auf saftige Steuererhöhungen einstellen. Denn Paus will das Ehegattensplitting abschaffen. Die jetzt von der Koalition beschlossene Abschaffung der bei Verheirateten beliebten Steuerklassen drei und fünf ebne den Weg dorthin, wie die Grüne der „Bild“-Zeitung sagte.

Vom Ehegattensplitting profitieren alle Paare, bei denen die Partner unterschiedlich viel verdienen. Vor allem bei Eltern ist das die Regel. Meist sind es die Mütter, die ihre Karriere hintanstellen, um das Familienleben am Laufen zu halten. Die meisten Frauen wollen erwerbstätig sein, aber auch Zeit für die Kinder haben. Die vielfältigen Arbeitszeitmodelle, die von Arbeitgebern angeboten werden, sowie der Rechtsanspruch auf Teilzeit kommen diesen Wünschen entgegen. Für Millionen Familien sind die verkürzten, oft auch flexiblen Arbeitszeiten ein Segen.

Doch in den Augen linker Gleichstellungspolitiker sitzen all diese Frauen in der „Teilzeitfalle“. Noch erbärmlicher finden die selbsternannten Frauenbefreier die Geschlechtskolleginnen, die gar nicht berufstätig sind. Bei SPD, Grünen und Linken strebt man nicht nach Gleichberechtigung – die in Deutschland längst existiert –, sondern nach Gleichstellung. Und diese sieht man erst dann erreicht, wenn die Frauen im gleichen Umfang wie die Männer erwerbstätig sind und sich die Paare auch die unbezahlte Arbeit zu Hause hälftig aufteilen.

Für die wenigsten Paare mit Kindern ist die doppelte Vollberufstätigkeit ein Ideal. Doch die Wünsche der Bürger zählen für Paus weniger als ihre eigene Ideologie. Danach soll – wie dies schon in der DDR der Fall war – der Staat in die Familien hineinregieren und ihnen vorschreiben, wie sie zu leben haben. Die Freiheit der Eheleute, gemeinsam zu entscheiden, welche Arbeitsteilung am besten zur eigenen Familie passt, soll nicht länger gelten.

Anders als Paus suggeriert, ist das Ehegattensplitting keineswegs eine Bevorzugung eines überkommenen Rollenmodells. Der Fiskus trägt mit diesem Verfahren nur der Tatsache Rechnung, dass eine Ehe eine Wirtschaftsgemeinschaft mit weitreichenden Pflichten ist. Bei der gemeinsamen Veranlagung wird das gesamte Haushaltseinkommen des Paares halbiert und dann besteuert. Für die Abgabenlast spielt es keine Rolle, wer wie viel zum Erwerbseinkommen beiträgt. Damit ist gesichert, dass alle Ehepaare mit dem gleichen zu versteuernden Einkommen denselben Betrag an den Fiskus leisten müssen. Bei einer Abschaffung des Ehegattensplittings würde der Staat hingegen Paare mit dem gleichen Einkommen je nach ihrem Lebensmodell unterschiedlich besteuern – je traditioneller die Familie, umso härter träfe sie der Steuerknüppel.

Es ist gut, dass FDP-Chef Christian Lindner solchen Steuererhöhungswünschen eine klare Abfuhr erteilt. Bleibt zu hoffen, dass auch in der nächsten Regierungskoalition wenigstens eine Partei in dieser Frage standhält.

dorothea.siems@welt.de

GASTKOMMENTAR

Gegen außenpolitische Selbstverzwergung

HEIDEMARIE WIECZOREK-ZEUL

Lösungen first, Bedenken second", das könnte – etwas frei nach einem bekannten Wahlkampfslogan – die Idee zusammenfassen, dass wir uns etwas trauen sollten. Dass wir Risiken eingehen sollten, wenn es etwas zu gewinnen gibt. Dass wir nicht erst jeden Einwand prüfen sollten, wenn Agilität einen Vorteil verspricht.

Wenn ich die Diskussion der letzten Monate über Entwicklungspolitik verfolge, plädieren derzeit viele für das Schlechte aus beiden Welten: Nichts wagen und zugleich maximales Misstrauen gegenüber allen Partnern. Entwicklungspolitik wird in ihrem Handlungsspielraum massiv gekürzt – Kontrolle und Prüfung sollen hochgefahren werden.

Das fordert nur, wer nicht weiß, dass es wohl kaum einen Geschäftsbereich der Bundesregierung gibt, der intensiver und sorgfältiger evaluiert wird als die Entwicklungszusammenarbeit. Das ist auch vernünftig. Aber wer Forderungen aufstellt, könnte ja auch zuvor überprüfen, ob sie schon erfüllt sind.

Entwicklungspolitik muss häufig in einem schwierigen Umfeld investieren. Wird alles ausnahmslos wie am Schnürchen klappen, wenn man eine junge Demokratie bei der Einführung einer modernen Verwaltung unterstützt? Wahrscheinlich nicht. Wird jede einzelne Anbaumaßnahme auch in fünf Jahren noch funktionieren, die man mit Kleinbauern zur Anpassung an die Klimakrise entwickelt? Vielleicht. Ganz ehrlich: Bei uns in Deutschland klappt auch nicht jede öffentliche Baumaßnahme vollständig nach Plan.

Warum machen wir also Entwicklungspolitik? Weil es sehr viel zu gewinnen gibt. Die Sterberaten von Infektionskrankheiten wie HIV, Tuberkulose oder Malaria sind drastisch zurückgegangen. Beispiel: Die Lebenserwartung in Malawi stieg von 44 auf 62 Jahre – in nur 20 Jahren.

Nach der Ebola-Epidemie in Westafrika wurden mithilfe von Entwicklungsgeldern Marktanreize für die Entwicklung eines Impfstoffes gegen die tödliche Infektionskrankheit geschaffen – mit Erfolg. Immer mehr Menschen haben Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die globale Kindersterblichkeit wurde drastisch reduziert – und die meisten Kinder besuchen mittlerweile eine Schule. Die Liste ließe sich verlängern.

Wer nicht weiß, was das mit uns in Deutschland zu tun hat, sollte den Diplomatinnen und Diplomaten zuhören, die unser Land bei den Vereinten Nationen in New York vertreten. Vertrauen ist die entscheidende Währung für alle, die mit anderen Partnern gemeinsam etwas erreichen möchten (und dabei nicht auf brutale Erpressung setzen können oder wollen).

Die großen Fragen unserer Welt – Klimakrise, Gleichstellung, Digitalisierung und Automatisierung, Biodiversität usw. – lösen wir nur gemeinsam mit anderen Partnern. Und manche dieser Lösungen kosten Geld, manche auch „nur" politischen Willen.

Zum Beispiel schlägt die aktuelle G-20-Präsidentschaft eine Minimal-Steuer für Menschen wie Jeff Bezos vor. Zum Beispiel hat Deutschland die sogenannten Sonderziehungsrechte vom Internationalen Währungsfonds (IWF) erhalten, die wir nicht wirklich brauchen, aber anderen, ärmeren Entwicklungsländern zur Verfügung stellen könnten.

Zum Beispiel soll kein Geld für den Etat von Entwicklungsministerin Svenja Schulze da sein, obwohl viel dafür spricht, alle Kosten, die mit den Folgen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine zusammenhängen, von der Schuldenbremse auszunehmen, was 30 Milliarden Euro freisetzen würde.

Das Signal aus Berlin zu allen diesen (und weiteren) Ideen lautet: „Bedenken first." Das ist außenpolitische Selbstverzwergung. Der Verzicht auf Vertrauen, das wir gewinnen, auf globale Lösungen, die wir finden und Menschenleben, die wir verbessern könnten. Das wäre alles zu gewinnen. Ich bin für Lösungen first.

■ Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) war von 1998 bis 2009 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Gouverneurin der Weltbank. Heute ist sie Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung.

LESERBRIEFE

Fachkräfte

Zu: „Wie Industrienationen mit Steuerrabatt um Ausländer werben" vom 11. Juli

Eingewanderte Fachkräfte sollen bei der Lohn- bzw. Einkommenssteuer künftig besser gestellt werden als Deutsche. Das weckt verständlicher Weise Neid. Wir müssen uns aber die Welt in ihrer Realität ansehen. In anderen Ländern ist es üblich, zugewanderte Fachkräfte steuerrechtlich besser gestellt werden als die eigenen Staatsbürger. Das, was wir da als Rabatt gewähren, kommt uns vielfach zu Gute, wenn die Leute hier fleißig arbeiten und das Bruttosozialprodukt steigern. Ich gebe aus meiner beruflichen Erfahrung heraus zu bedenken, dass die Art und Weise, wie wir bisher mit Fachkräften umgehen, die die deutsche Staatsangehörigkeit erlangen wollen, unterirdisch und abschreckend ist.

FRANK WUNDERLICH, THÜRINGEN

Ihre Post an: DIE WELT, Brieffach 2410, 10888 Berlin
E-Mail: forum@welt.de

Leserbriefe geben die Meinung unserer Leser wieder, nicht die der Redaktion. Wir freuen uns über jede Zuschrift, müssen uns aber das Recht der Kürzung vorbehalten. Aufgrund der sehr großen Zahl von Leserbriefen, die bei uns eingehen, sind wir leider nicht in der Lage, jede einzelne Zuschrift zu beantworten.

So lösten die Römer ihr Energieproblem

Studie über den Einsatz von Wassermühlen in Gallien

Als der römische Feldherr Gaius Iulius Caesar 51 v. Chr. die Eroberung Galliens abgeschlossen hatte, war nicht nur sein Vermögen saniert, sondern die Beute war so gewaltig, dass er jedem seiner Legionäre einen Sklaven schenken konnte. Die Masse an unfreien Arbeitskräften soll damals so groß gewesen sein, dass es zu einem Überangebot an den Märkten und damit zum Preisverfall gekommen sei.

Die Sklaverei wird häufig als entscheidender Grund für den Mangel an technischer Innovation in der Antike angesehen. So wurde das Prinzip der Dampfkraft zwar erkannt, aber nicht nutzbringend entwickelt. Eine Entdeckung, die in den 1930er-Jahren in der Nähe der südfranzösischen Stadt Arles gemacht wurde, zeigt jedoch, dass es so einfach wohl nicht war. Dort wurde ein steil in den Hang gebauter Komplex mit insgesamt 16 Mühlen ausgegraben, die im großen Stil bis zu 25 Tonnen Mehl pro Tag produzierten. Roms Ingenieure waren also durchaus bereit, menschliche und tierische Muskel- durch Wasserkraft zu ersetzen, nicht nur, weil in der Kaiserzeit der Nachschub an Sklaven zu stocken begann.

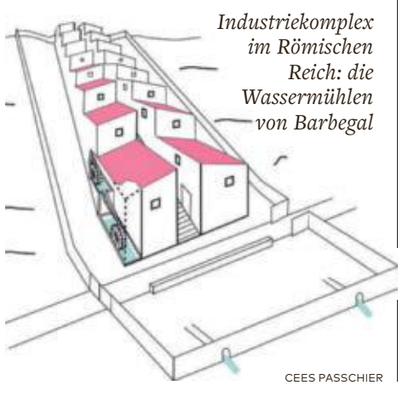
Die Mühlen von Barbegal wurden während der Regierungszeit des Kaisers Trajan (reg. 98–117) errichtet und sind ein eindrucksvolles Zeugnis für diese bahnbrechende technische Innovation. Ein Team der Universität Mainz fand jetzt in Zusammenarbeit mit Forschern aus Frankreich und Österreich heraus, dass die Mühlen bis zum Ende des 2. Jahrhunderts wiederholt umgebaut und verbessert wurden. „Wir konnten beispielsweise zeigen, dass hölzerne Wasserräder und Wasserrinnen nach etwa drei bis acht Jahren ersetzt wurden und dass in einem Fall ein Wasserrad durch ein größeres ersetzt wurde“, sagt Projektleiter Cees W. Passchier.

Grundlage der Studie, die in der Zeitschrift „Geoarchaeology“ erscheint, ist die Massenspektrometrie-Analyse von etwa 140 Stücken Karbonat, das sich in den Wasserrinnen gebildet hatte. Während die unteren, frühen Schichten auf ein niedriges Wasserniveau schließen lassen, lagerten sich die neueren Schichten in größerer Höhe ab. Die Wissenschaftler erklären dies mit einer Veränderung des Zulaufs und der Räder. „Hängt man den Zulauf steiler, spritzt das Wasser zu sehr und treibt das Wasserrad nicht effizient an – sinnvoll ist eine solche Änderung nur dann, wenn ein größeres Wasserrad verwendet wird“, argumentiert Passchier.

Eine Isotopenanalyse des Karbonats aus dem Museum von Arles lässt zudem auf die Jahreszeit schließen, in der der Mühlenbetrieb eingestellt wurde. Das war im Spätsommer und Herbst der Fall. Der Befund erhärtet die These, dass das Mehl aus Barbegal nicht an die Stadt Arelate (Arles) und ihre vielleicht 12.000 Einwohner geliefert wurde, sondern für die geradezu industrielle Großproduktion von haltbarem Schiffszwieback Verwendung fand, der über die nahen Häfen vertrieben werden konnte. Da die antike Schifffahrt im Herbst weitgehend ruhte, wurde dieses wichtige Grundnahrungsmittel dann nicht gebraucht.

Die Karbonat-Ablagerungen zeigen auch, dass die 16 Mühlen zumindest gegen Ende ihres Einsatzes Anfang des 3. Jahrhunderts nicht als Komplettanlage von einem Betreiber genutzt wurde. Denn die Schichten von drei Wasserrinnen unterscheiden sich deutlich. Zudem wurde die Westseite der Anlage deutlich früher aufgegeben als die Ostseite.

Bereits unter der Regierung des Kaisers Augustus hat der römische Architekt und Ingenieur Vitruv die Konstruktion von Wassermühlen beschrieben. Vorausgegangen war die Erfindung eines Getriebes, das die Rotationsbewegung des Rades für den Antrieb des Mühlsteins umlenkte. BERTHOLD SEEWALD



Industriekomplex im Römischen Reich: die Wassermühlen von Barbegal

CEES PASSCHIER

DPA

Ein Heuler schwimmt durch die Elbe

Ungewöhnlicher Besuch an der Fischtreppe in Geesthacht: Ein junger Seehund (Foto) hat sich offenbar von der Nordsee in die Elbe verwirrt und es über den Hamburger Hafen bis nach Schleswig-Holstein geschafft. Das sind rund 140 Kilometer Strecke. An der Fischtreppe legte er am Sonntag eine Pause ein und verschlang in unmittelbarer Ufernähe einen Fisch. Dort überwinden die Fische die Höhe der Staustufe Geesthacht und können so flussaufwärts laichen.

Der erst wenige Monate alte Seehund wurde von einem Seehundjäger eingefangen. Sein neues Zuhause ist nun die Seehundstation Friedrichskoog. Dort wird der kleine Heuler aufgepäppelt. Wenn er ein Gewicht von 25 Kilogramm erreicht hat, wird er wieder in die Nordsee entlassen. „So ganz einverstanden mit dem sofortigen Umzug war der Kleine aber nicht und leistete Widerstand – wer lässt sich auch schon gerne beim Essen stören“, heißt es im Bericht der Polizei.

Nicht aus Käse, aber DURCHLÖCHERT

Sowohl auf der Mars- als auch der Mondoberfläche haben Sonden mysteriöse „Pits“ entdeckt: Manche sind Eingänge zu alten Tunneln, wie eine Studie an einem Beispiel zeigt

Als der britische Rocksänger Billy Idol seinen Song „Eyes Without a Face“ vor 40 Jahren veröffentlichte, war ein französischer Horrorfilm aus dem Jahr 1960 seine Inspiration. Dieser nahm die erste Gesichtstransplantation vorweg, doch die Ballade würde sich auch gut eignen, Bilder aus dem All zu untermalen: Was die US-Raumsonde „Viking 1“ am 25. Juli 1976 auf dem Planeten Mars fotografierte, ließ die Welt staunen. Auf Fotos der Region Cydonia Mensae, aufgenommen aus rund 2000 Kilometern Höhe, war eine Felsformation zu erkennen, die einem „menschlichen Kopf ähnelte“, wie die US-Raumfahrtbehörde Nasa wenige Tage später mitteilte.

VON GUIDO MEYER

Auf einer Länge von drei Kilometern und mit einer Breite von 1,5 Kilometern wies dieser „Kopf“ mit Stirn, Haarschopf, tiefen Augenhöhlen, Nase, Nasenlöchern und Mund genügend Merkmale auf, um menschlich zu wirken. Und weil der Mensch nun einmal gerne sieht, was er sehen möchte – und Gesichter praktisch überall zu erkennen glaubt –, machte die Entdeckung des mysteriösen „Marsgesichts“ weltweit Schlagzeilen. Aber das was nur der Anfang, bald machte die Geschichte von Mars-Bewohnern, die vermeintliche Pyramiden in der Hochebene um das „Gesicht“ herum errichtet haben sollen, die Runde. Seit dieser Zeit taucht Cydonia Mensae samt Kopf immer mal wieder in Science-Fiction-Serien, einschlägigen Büchern oder auch Songs auf.

Nach „Viking I“ kamen allerdings andere Raumsonden, und die setzten mit höher aufgelösten Aufnahmen der Illusion vom „Marsgesicht“ ein Ende. Es waren eben nur „Eyes Without a Face“, denn aus anderen Blickwinkeln sah diese geologische Formation keineswegs aus wie ein menschliches Antlitz – Sonneneinfall und Schattenwurf hatten die Betrachter in die Irre geführt. Das verdeutlichen zum Beispiel Fotos, die der „Mars Global Surveyor“ zur Erde schickte. Natürliche Prozesse waren für die Gestaltung verantwortlich; für die Pyramiden auf dem roten Planeten hat niemand Steine gestapelt.

Eine andere Kategorie von „Augen“ fasziniert seit den 2000er-Jahren die Astronomen: Regelmäßig entdecken sie Löcher auf der Mars-Oberfläche, deren Durchmesser von wenigen Metern bis zu Kilometer-Größe reichen. Hineinblicken konnten Sonden aus den verschiedenen Umlaufbahnen bislang nicht, die Löcher bleiben schwarz und geben die Sicht auf den Boden nicht frei. In diesem Fall lassen sich Parallelen zum Erdtrabanten ziehen: Auf dem Mond haben Sonden seit 2009 ähnliche Phänomen dokumentiert. Geologen vermuten, dass die Löcher auf dem Mond auf ein Höhlensystem unter der Oberfläche hindeuten. Um Einschlagskrater nach Meteoritenbeschuss aus dem All handelt es sich dabei wohl nicht. Solche Krater haben stets einen erhöhten Rand, der außen eine Steigung von fünf bis sechs Grad aufweist. Den Löchern auf Mond und Mars fehlt jedoch ein solcher Kranz.

„Mittels Schattenmessungen konnten wir die Tiefe dieser Löcher auf bis zu achtzig Meter bestimmen“, sagt der Geologe Mark Robinson von der Arizona State University in Tempe. Robinson lehrt an der School Of Earth and Space Exploration und hatte bereits 2010 die Daten einer Nasa-Sonde, des Lunar Reconnaissance Orbiters (LRO), dazu herangezogen und analysiert. „Diese Löcher sind also sehr tief für ihren Durchmesser“, betont Robinson. Statt um Einschlagskrater scheint es sich um ehemalige Hohlräume unter der Mondoberfläche zu handeln. Durch den Einsturz der jeweiligen Decke wurden sie freigelegt und sehen jetzt wie längliche Krater aus.

Nun legt ein internationales Wissenschaftlerteam in der aktuellen Ausgabe des Fachmagazins „Nature Astronomy“ nach. Die Informatiker Leonardo Carrer und Lorenzo Bruzzone von der Universität Trient haben sich in einer aktuellen Studie mit US-amerikanischen Ingenieuren und Geologen einen solchen Krater im Mare Tranquillitatis vorgenommen. In jener Landschaft, in der Neil Armstrong 1969 zum „großen Sprung für die Menschheit“ ansetzte, liegt eine Grube, Mare Tranquillitatis Pit genannt, mit einem Durchmesser von etwa hundert Metern.

Anhand der inzwischen 14 Jahre alten LRO-Messungen und daraus abgeleiteten Simulationen konnte das Team jetzt die Existenz eines Tunnels rekonstruieren. Dieser könnte rund 45 Meter breit sein und sich bis zu 80 Meter – vom Krater ausgehend – unter der Mondoberfläche erstrecken. Zu diesem Schluss kommt das Team nun nach Auswertung der LRO-Radarbilder. Diese weisen auf eine Veränderung der Gesteinswand im westlichen Teil des Kraters hin, die die Forscher als ein riesiges Loch interpretieren, das in einen Tunnel übergeht: Zu erkennen an einem hellen Streifen, also eine stärkere Reflexion, der sich mithilfe von Computersimulationen als Hohlraum interpretieren lässt, der in einer Tiefe von 130 bis 170 Metern liegt. Die Radarmessungen verrieten dem Wissenschaftlerteam auch, dass dieser Tunnel eben verläuft oder maximal eine Steigung von 45 Grad aufweist, was eine künftige Untersuchung durch Astronauten oder ferngesteuerte Rover vereinfacht.

ELABORATION OF A PHOTO OF A ROMEO LRO 3D MODEL BY NASA (BRIAN KUMANCHIK, CHRISTIAN LOPEZ; NASA/JPL-CALTECH), EARTHRISE PHOTO C

Das Mare Tranquillitatis auf dem Mond ist untertunnelt (Illu.)

Die Autoren der aktuellen Studie betonen, dass das LRO-Radar nicht darauf spezialisiert war, solche Höhlen aufzuspüren. Dessen Auflösung sei zu gering, um nach Lavaröhren zu suchen. „Es war für uns deshalb nicht möglich, weitere Höhlen bei anderen Pits nachzuweisen“, berichten Carrer und Kollegen. Prinzipiell eigne sich das Verfahren aber für eine solche Suche, deshalb empfiehlt das Team, eine Sonde mit einem entsprechend spezialisierten Radargerät in die Mondumlaufbahn zu entsenden: „Ein vollständiger Katalog aller bekannten Pits würde uns zeigen, welche Stellen sich am besten für die Errichtung einer Mondbasis eignen.“

Mittlerweile hat die internationale Raumsondenflotte mehr als 200 solcher Löcher auf dem Mond aufgespürt. Und je mehr entdeckt werden, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass es manche in Verbindung stehen. Womöglich ein zusammenhängendes Höhlensystem bilden? „Das ist zur Zeit die 64-Millionen-Dollar-Frage“, scherzt Geologe Robinson und bezieht dabei sich auf eine der Gewinnstufen der international bekannten Fernsehshow „Who wants to be a millionaire?“. Auf einem Foto wurde ein Überhang entdeckt, hier ragt der Mondboden ein Stück in das Loch hinein. „Handelt es sich dabei nur um ein paar Meter, oder verdeckt dieser Überhang einen regelrechten Tunnel unter dem Mond?“, fragt sich Robinson, aber: „Das wissen wir derzeit noch nicht.“

Vulkanismus prägte den Mond nach seiner Entstehung – solange, bis der Himmelskörper ausgekühlt war. Die auf den Bildern erkennbaren Löcher sind vermutlich Öffnungen in Lavaröhren aus der Frühzeit des Mondes. Wenn dünnflüssige Lava unter geringer Neigung in Rinnen strömt, entsteht sich an der Oberfläche eine Kruste, darunter fließt die Lava jedoch weiter. Als ein Vulkan schließlich erlosch, die Quelle versiegte, blieben leere Röhren zurück. Auf dem Mond wurde die ausgehärtete Kruste im Laufe der Zeit unter immer neuen Vulkanausbrüchen, Stein, Geröll und Lava begraben. Bis diese Schicht irgendwann zu schwer wurde und die Hohlräume an einigen Stellen kollabierten: Um solche Einsturzstellen dürfte es sich bei den Pits handeln.

Sollten sich daran noch Tunnel anschließen, ließen sich diese womöglich für künftige Mondstationen nutzen. In solchen Höhlen würden die Temperaturen nur gering schwanken, teilweise mit 17 Grad Celsius sogar recht angenehm bleiben, jedenfalls nicht so extrem wie auf der Oberfläche, wo tagsüber mancherorts bis zu 123 Grad Celsius herrschen, nachts weit unter minus 100 Grad. Ein Raumschiff könnte ein aufblasbares Modul in einer solchen Röhre deponieren, in dem Menschen abgeschirmt wären vor Meteoriteneinschlägen, vor der kosmischen Strahlung und eben Temperaturschwankungen.

All das wären Vorteile, die nicht nur auf dem Mond nützlich wären, sondern auch die bemannte Mars-Missionen beflügeln könnten. Weil die Schwerkraft des Mars‘ nur ein Drittel der irdischen beträgt, können Lavatunnel unter der Oberfläche noch größer und ausgeprägter sein als auf der Erde. Aber auch hier haben neuere Aufnahmen der Fantasie ein paar Grenzen gesetzt.

Auf einem Bild, aufgenommen mit der „High-Resolution Imaging Science Experiment“-Kamera der 2005 gestarteten US-Sonde „Mars Reconnaissance Orbiter“, MRO, ist ein Loch mit senkrechter Seitenwand zu erkennen; in der Region Arsia Mons, einem erloschenen Vulkan auf dem Mars. Aus den Aufnahmen folgern Experten nun, dass es sich wahrscheinlich doch nicht um den Eingang zu einem Höhlensystem handelt, wie zunächst gedacht, sondern schlicht um eine zylindrische Grube, vielleicht an die 178 Meter tief. Solche Absenkungen entstehen auch auf der Erde, lassen sich zum Beispiel auf Hawaii beobachten, wenn Teile vulkanischen Gesteins einstürzen: Zwar entsteht dann ein Loch, aber eben keine Höhle.

Die Plage mit Moskitos zieht sich noch

2024 ist außergewöhnliches Stechmücken-Jahr

Die aktuelle Stechmückenplage im Südwesten wird nach Einschätzung des Biologen Dirk Reichle noch mindestens den ganzen Juli andauern. „Ebenso lange, bis Stechmücken auf natürliche Weise ihr Lebensende erreicht haben. Und sie leben etwa sechs bis sieben Wochen“, sagte der wissenschaftliche Direktor der Kommunalen Aktionsgemeinschaft zur Bekämpfung der Schnakenplage (Kabs).

Zwar habe es immer wieder „Stechmückenjahre“ gegeben, etwa 2016 und 2021. „Aber 2024 stellt in der Gesamtbetrachtung der Witterungsverhältnisse ein außergewöhnliches Jahr dar“, sagte Reichle am Sitz der Kabs in Speyer (Pfalz). Seit November 2023 seien immer wieder Starkregenphasen aufgetreten. „Und am Oberrhein inklusive Bodensee herrscht seit Wochen Hochwasser ohne nennenswerten Rückgang.“ Das habe schon im Frühjahr für großflächige optimale Bedingungen für Stechmücken in Wäldern abseits des Rheins gesorgt – zusammen mit dem wärmsten Februar seit Klimaaufzeichnung.

„Wir mussten zwei Wochen früher als sonst die Sumpfwaldstechmücken bekämpfen“, sagte Reichle. Die Witterungsverhältnisse hätten sich aber auch auf andere Massenbrutgebiete ausgewirkt. „Etwa auf den Bodensee. Hier wurde bisher noch nie bekämpft.“ Er wisse auch von anderen Regionen in Deutschland, die von stärkeren Stechmückenaufkommen in diesem Jahr betroffen seien. Aktuell sei die Situation in Bezug auf den Neuschlupf von Stechmücken entspannt, da hierzu die zahlreichen Restwasserflächen erst voll abtrocknen müssten.

„Ich denke, die Klimaerwärmung ist angekommen“, sagte Reichle allgemein zur Stechmückensituation. Zwar sei nicht jedes Hochwasserereignis die Folge der Klimaerwärmung. „Wenn wir aber die vergangenen Jahre betrachten, ist eine Häufung von Starkregenereignissen mit großen Überschwemmungen und Katastrophen festzustellen.“

Der Kabs-Direktor nannte etwa das Ahr-Hochwasser sowie jüngste Überschwemmungen im Saarland, in der Schweiz und anderen Regionen. „Dies sind genau die Szenarien, die Klimaforscher prognostiziert haben. Aber nicht jedes Jahr wird so extrem werden wie 2024.“ Die Arbeit der Experten mit dem Wirkstoff Bti, der Larven tötet, ist aufwendig: Am Boden schlagen sich die Verantwortlichen für die Bekämpfung der Auwaldstechmücken durch das Dickicht, aber viele Brutstätten müssen von der Luft aus behandelt werden. Hier werden Helikopter eingesetzt. dpa

BÖRSEN-WELT:

DAX 18600,18

Dow Jones 40314,97

Euro in $ 1,0912

Gold $ / Feinunze 2435,47

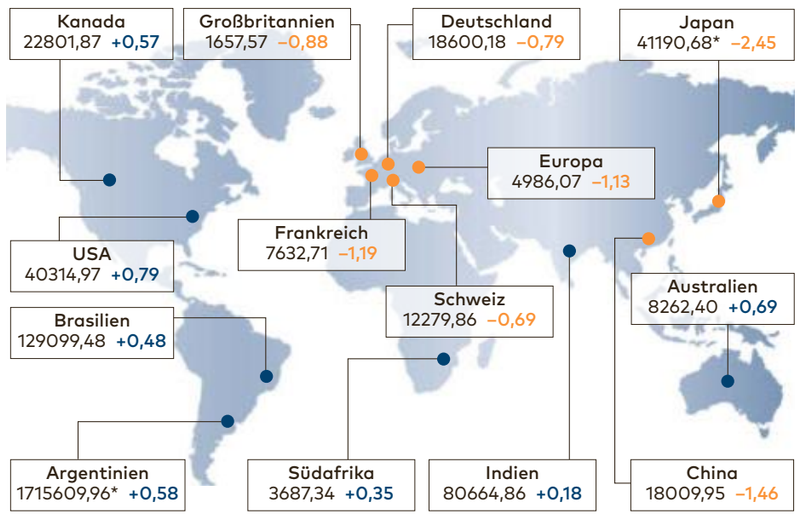
Rohöl $ / Barrel 85,04

Bund-Future 131,98

DAX

15.07.	Kurs in €	Veränderung Vortag in %	Tief	12 Monate Vergleich	Hoch	Marktk. Mrd. €	Div. in €	Div. Rend.	KGV 2024
Adidas NA	231,40	+0,1	154,6		236,3	41,65	0,70	0,30	81,19
Airbus	133,02	–0,3	120,2		172,8	105,39	2,80	2,10	20,15
Allianz vNA	265,20	–0,6	209,5		280,0	103,88	13,80	5,20	10,78
BASF NA	43,64	–2,3	40,25		54,93	38,95	3,40	7,79	14,79
Bayer NA	26,39	–2,0	24,96		53,80	25,92	0,11	0,42	10,35
Beiersdorf	136,90	–1,0	113,4		147,8	34,50	1,00	0,73	31,11
BMW St.	89,82	–2,6	86,54		115,4	52,08	6,00	6,68	5,38
Brenntag NA	63,30	–1,0	62,42		87,12	9,14	2,10	3,32	12,53
Commerzbank	14,42	–0,6	9,12		15,83	17,08	0,35	2,43	7,21
Continental	58,42	–0,8	51,58		78,40	11,68	2,20	3,77	7,21
Covestro	54,70	–0,4	44,57		55,66	10,34	–	–	68,38
Daimler Truck	38,14	+0,3	27,97		47,64	31,39	1,90	4,98	8,20
Dt. Bank NA	15,25	–0,3	9,44		17,01	30,43	0,45	2,95	6,93
Dt. Börse NA	190,90	–0,6	152,6		194,9	36,27	3,80	1,99	18,72
Dt. Post NA	40,87	+0,1	36,04		47,05	50,64	1,85	4,53	12,77
Dt. Telekom	23,80	–0,3	18,50		24,02	118,68	0,77	3,24	14,00
E.ON NA	12,28	–1,6	10,43		13,48	32,42	0,53	4,32	11,16
Fresenius	28,82	–1,8	23,93		31,22	13,20	–	–	11,08
Hann. Rück NA	239,40	0,0	188,7		256,6	28,87	7,20	3,01	13,19
Heidelb. Mat.	101,15	–1,0	65,24		103,6	18,42	3,00	2,97	9,07
Henkel Vz.	81,48	–0,7	65,88		85,74	14,52	1,85	2,27	19,17
Infineon NA	35,75	–0,9	27,07		40,27	46,68	0,35	0,98	18,81
Mercedes-Benz	64,46	–0,5	55,08		77,45	68,96	5,30	8,22	5,37
Merck	151,75	–1,6	134,3		176,3	19,61	2,20	1,45	22,48
MTU Aero	250,30	–0,5	158,2		257,2	13,47	2,00	0,80	21,39
Münch. R. vNA	464,70	+0,1	328,4		473,6	63,42	15,00	3,23	11,99
Porsche AG Vz.	75,30	–0,3	65,66		114,7	34,30	2,31	3,07	13,94
Porsche Vz.	43,41	–0,1	41,60		54,94	6,65	2,56	5,90	2,49
Qiagen	38,20	–0,6	33,75		44,73	8,72	–	–	21,83
Rheinmetall	515,40	+1,3	226,5		571,8	22,45	5,70	1,11	25,14
RWE St.	32,73	–3,4	30,08		42,33	24,35	1,00	3,06	11,29
SAP	187,76	–0,5	118,5		191,0	230,66	2,20	1,17	54,42
Sartorius Vz.	239,30	–0,4	199,5		383,7	8,96	0,74	0,31	61,36
Siem.Energy	26,38	–4,9	6,40		27,91	21,09	–	–	22,94
Siem.Health.	54,62	–1,2	44,39		58,14	61,61	0,95	1,74	28,75
Siemens NA	180,88	–1,8	119,5		188,9	144,70	4,70	2,60	17,48
Symrise	113,65	–1,1	87,38		116,9	15,89	1,10	0,97	34,97
Vonovia NA	28,64	–1,3	19,06		30,21	23,57	0,90	3,14	–
VW Vz.	108,20	–0,3	97,83		128,6	22,31	9,06	8,37	3,46
Zalando	24,51	+0,6	15,95		32,17	6,47	–	–	32,68

INDIZES



Stand: 15.7., 17:44 Uhr Veränderungen sind zum Vortag und in Prozent.
* = Preis vom Vortag oder letzt verfügbar. Alle Angaben ohne Gewähr. Quelle Infront

Ausgaben-Anteil für Subventionen auf Hoch

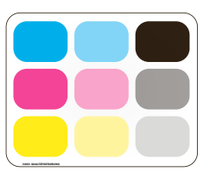
Quote hat sich in vier Jahren mehr als verdoppelt

Der Anteil der Ausgaben für Konjunkturprogramme, Subventionen und Investitionen in Verkehrsinfrastruktur an den Gesamtausgaben des Bundes hat sich innerhalb von nur vier Jahren mehr als verdoppelt. Laut Zahlen des Statistischen Bundesamtes machten die Ausgaben für die sogenannten wirtschaftlichen Angelegenheiten 2023 rund 21,9 Prozent der Gesamtausgaben aus. Noch 2019 hatte die Quote lediglich bei 9,8 Prozent gelegen und war dann durch die Corona-Pandemie und die Energiekrise stark angestiegen.

VON PHILIPP VETTER

Im vergangenen Jahr erreichte der Anteil damit den höchsten Stand seit 1995. Damals hatte der Staat die Schulden der Treuhandanstalt nach der Wiedervereinigung übernommen, wodurch ein hoher Einmaleffekt entstanden war. Zwar lasse sich der Anstieg durch die Krisen erklären, dieser „sollte so aber nicht von Dauer sein“, warnt die Wirtschaftsweise Veronika Grimm auf WELT-Anfrage. „Wenn sich die Strategie verfestigt, durch unternehmensspezifische Zuschüsse Aktivitäten zu stärken, so wird man am Ende das Gegenteil erreichen“, so Grimm. Die Unternehmen hätten dann nicht mehr die gleichen Wettbewerbsbedingungen. „Außerdem erhöht sich die regulatorische Unsicherheit, da ja niemand verlässliche Erwartungen bilden kann, ob er wohl in den Genuss der Zuschüsse kommen wird“, sagt Grimm. „Es muss darum gehen, spezifische Investitionen zurückzufahren und gleichzeitig die Rahmenbedingungen der deutschen und europäischen Volkswirtschaft zu verbessern – durch vereinfachte und niedrigere Steuern und eine Reduktion der Komplexität der Rahmenbedingungen.“ Beim Ifo-Institut geht man davon aus, dass die Quote schon im laufenden Jahr wieder sinken dürfte. Ende 2022 habe die Rettung von Gasimporteuren wie Uniper die Ausgaben des Staates noch einmal deutlich nach oben getrieben, erklärt Ökonom Max Lay vom Münchner Wirtschaftsforschungsinstitut. „Letztes Jahr ist der leichte Anstieg durch die Energiepreisbremsen und andere Maßnahmen der Energiekrise wie Härtefallhilfen gekommen“, sagte Lay. Er erwarte daher für 2024 nach deren Auslaufen wieder einen Rückgang der Ausgaben für wirtschaftliche Angelegenheiten. „Allerdings ist davon auszugehen, dass er im Vergleich zum Jahr 2019 erhöht bleibt, was vor allem auf Investitionszuschüsse und Subventionen aus dem Klima- und Transformationsfonds zurückzuführen ist“, so Lay. Aus dem Fonds werden milliardenschwere Subventionen unter anderem für die Umstellung der Industrie auf klimafreundlichere Produktionsprozesse gezahlt. Die höhere Quote staatlicher Ausgaben in diesem Bereich ist erklärtes Ziel der Ampel-Regierung.

Qualitätstest für Druckereien



Auf Sand GEBAUT

In der Finanzplanung des Bundes fehlen Milliarden. Die Opposition spricht angesichts dessen von einem „Luftikus-Haushalt“

Direkt nachdem sich die Koalitionsspitzen während einer Nachtsitzung im Kanzleramt auf die Eckpunkte des Bundeshaushalts 2025 und die weitere Finanzplanung verständigt hatten, war von „Kunstgriffen“ die Rede, die nötig gewesen seien, um zwischen Kanzler, Vizekanzler und Finanzminister überhaupt zu einem Ergebnis zu kommen.

VON KARSTEN SEIBEL

Nun zeigt sich mehr und mehr, wie sehr die Einigung auf Sand gebaut ist. Am Mittwoch will das Kabinett den mittlerweile ausgearbeiteten Haushaltsentwurf für 2025 verabschieden und an den Bundestag zur Beratung weiterreichen. Dabei ist er noch gar nicht fertig. Die Ampel-Koalition muss noch acht Milliarden Euro auftreiben. Gelingt das nicht, könnten schon bald die nächsten Nachtsitzungen zwischen Vertretern von SPD, Grünen und FDP anstehen – an welchem Ort und in welcher personellen Zusammensetzung auch immer.

Die Bundesregierung prüft laut Bundesfinanzministerium aktuell verfassungsrechtlich und wirtschaftlich mehrere Maßnahmen, um die Acht-Milliarden-Lücke zu schließen, heißt es im Ministerium von Finanzminister Christian Lindner (FDP). Ein Ansatz ist, die milliardenschweren Zuschüsse an die Bahn und die Autobahngesellschaft durch Darlehen zu ersetzen. Auch könnte man überschüssige Liquidität bei der Förderbank KfW, die für die Gaspreisbremse nicht gebraucht wurde, zurück in den Bundeshaushalt holen. Es geht darum, zusätzliche Ausgabenspielräume zu schaffen, ohne den Verschuldungsspielraum der Schuldenbremse zu überschreiten.

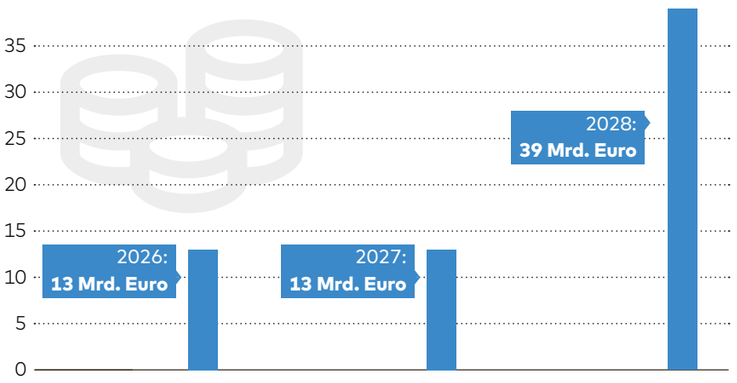
Fällt die Prüfung negativ aus, müssen die Ampel-Koalitionäre womöglich doch noch über Sparmaßnahmen beraten. Bislang sind diese entgegen der Klagen, die in den vergangenen Wochen vor allem in den Reihen von SPD und Grünen zu hören waren, nicht zu erkennen. Der Bundeshaushalt 2025 soll nach den nun vorgelegten Planungen mit einem Volumen von 481 Milliarden Euro noch oberhalb jenen 477 Milliarden Euro liegen, die ursprünglich für dieses Jahr angepeilt waren. Lediglich fünf der 16 Ministerien haben im kommenden Jahr weniger Geld zur Verfügung als Anfang des Jahres für 2024 beschlossen.

DPA/MICHAEL KAPPELER

Finanzminister Lindner, Wirtschaftsminister Habeck, Kanzler Scholz (v. l.)

Die mittelfristige 65-Milliarden-Lücke

Handlungsbedarfe in der Finanzplanung 2026 bis 2028 in Mrd. Euro



Quelle: Bundesministerium der Finanzen WELT

Das sind das Entwicklungshilfeministerium (minus 937 Millionen Euro), das Auswärtige Amt (minus 836 Millionen Euro) und das Wirtschaftsministerium (minus 833 Millionen Euro). Ein Minus steht auch beim Gesundheitsministerium (minus 269 Millionen Euro) und Landwirtschaftsministerium (minus 68 Millionen Euro). Alle anderen Ministerien können 2025 zum Teil deutlich mehr Geld ausgeben. Dies gelingt unter anderem dadurch, dass die Zinsausgaben ab 2025 anders verrechnet werden sollen. Allein das erhöht den Spielraum im kommenden Jahr um mehr als sieben Milliarden Euro.

Hinzu kommen eine Reihe von Hoffnungswerten, die in das Zahlenwerk gesetzt wurden. Einer findet sich in dem mit Abstand größten Ausgabenposten, dem Etat des Ministeriums für Arbeit und Soziales. Das Plus von 3,6 Milliarden Euro gegenüber den im Frühjahr für dieses Jahr beschlossenen knapp 176 Milliarden Euro ist eigentlich keine Steigerung. Wegen der aus dem Ruder laufenden Kosten des Bürgergelds wird der Etat von Hubertus Heil (SPD) schon 2024 letztlich bei fast 180 Milliarden Euro liegen. So sieht es der Nachtragshaushalt 2024 vor, der zum Stopfen kurzfristig aufgetretener Haushaltslücken in den kommenden Monaten parallel zum Bundeshaushalt 2025 verabschiedet werden soll.

Die Erwartung ist also, dass im kommenden Jahr die Sozialausgaben, insbesondere jene für das Bürgergeld, nicht erneut steigen. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre geben dafür wenig Anlass. Die Bundesregierung setzt auf ein Bündel von Maßnahmen, das im Rahmen eines Wachstumspakets für die Wirtschaft in den kommenden Monaten beschlossen werden soll. Zu diesen Maßnahmen gehören strengere Sanktionen und Mitwirkungspflichten für Bürgergeldempfänger. Sollten sich die Ampel-Koalitionäre auf diese Maßnahmen nicht verständigen können, müsste an anderer Stelle gegengesteuert werden. Insgesamt setzt die Regierung bei ihrer Haushaltsplanung stark auf die positiven Effekte der „Wachstumsinitiative“, die insgesamt 49 Maßnahmen umfassen soll. Die Mehreinnahmen werden laut Haushaltsentwurf alleine für 2025 mit 14,27 Milliarden Euro angegeben.

Gewaltige Hoffnungswerte gibt es auch in der mittelfristigen Finanzplanung, in der Sprache der Haushaltsexperten „Handlungsbedarf“ genannt. Man weiß, die Ausgaben übersteigen die Einnahmen, man hat aber noch keine Idee, wie die Löcher geschlossen werden können. Für 2026 und 2027 gibt es einen Handlungsbedarf von jeweils 13 Milliarden Euro, für 2028 dann sogar von 39 Milliarden Euro. Es geht für diese drei Jahre also insgesamt um einen bislang ungedeckten Bedarf von 65 Milliarden Euro. Im Jahr 2028 schlägt mit 28 Milliarden Euro vor allem zu Buche, dass dann die Mittel aus dem Bundeswehr-Sondervermögen aufgebraucht sind und die Regierung von einer notwendigen Erhöhung des Wehretats von 53,3 Milliarden Euro 2025 auf dann 80 Milliarden Euro ausgeht, um die Nato-Quote von zwei Prozent zu erfüllen.

Vonseiten der Opposition kommt angesichts der Haushaltsvorlage für 2025 und der weiteren Finanzplanung scharfe Kritik. „Ungedeckte Schecks, Schönrechnerei – ein solider Haushalt ist dies nicht! Man könnte auch von einem Luftikus-Haushalt sprechen“, sagte Christian Haase, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Es würden zahlreiche Platzhalter zur Haushaltsdeckung herangezogen. Gleichzeitig werde die Schuldenpolitik expansiv fortgesetzt.

Die Haushaltspolitiker der Koalition stellen sich auf harte Verhandlungen ein. „Nun geht es in den nächsten Monaten für das Parlament und insbesondere die Haushälter darum, sich in die Details des Haushaltsentwurfs einzuarbeiten und, wo nötig, nachzusteuern“, sagte Otto Fricke, haushaltpolitischer Sprecher der FDP. Aus seiner Sicht hätten schon im Entwurf Ausgaben reduziert werden können. „Diese Aufgabe hat nun der Gesetzgeber“, so Fricke. Auch Sven-Christian Kindler von den Grünen verwies darauf, dass kein Gesetz ohne Veränderungen durch den Bundestag gehe.

Bis November ist Zeit. Dann sollen der Nachtragshaushalt für 2024 und der Bundeshaushalt für 2025 von den Parlamentariern beschlossen werden. Die im Herbst anstehende Steuerschätzung und die Konjunkturprognose können das Tableau noch einmal durcheinanderbringen – je nach Ausgang können sie mehr Stabilität bringen oder die Unsicherheit noch erhöhen.

Neue Maßnahmen gegen den Ökostrom-Überschuss

Da inzwischen häufig mehr grüner Strom erzeugt wird als benötigt, will die Regierung neue Verbraucher ans Netz bringen – mit Zuschüssen

Bevor Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) am Montag üppige Förderbescheide über 4,6 Milliarden Euro an Unternehmen der Wasserstoff-Industrie verteilte, verschwand er noch kurz im Keller eines betagten Mehrfamilienhauses im Berliner Bezirk Reinickendorf. Hier weihte der Vizekanzler einen Warmwasserspeicher mit Tauchsieder ein: Low-Tech der eher preisgünstigen Art.

VON DANIEL WETZEL

Scheckübergabe und Hausbesuch dienten allerdings demselben Zweck: Habeck kämpft für eine möglichst sinnvolle Verwendung der aktuell enormen Grünstrom-Überschüsse aus Windkraft und Solaranlagen. Die sorgen seit Wochen für wachsende Probleme im Strommarkt – und im Bundeshaushalt. Denn das Stromangebot übertrifft an vielen Sommertagen die Nachfrage erheblich. An der Strombörse fallen die Preise immer wieder auf Null. Doch die Bundesregierung ist verpflichtet, den Netzbetreibern die Differenz zwischen den hohen Kosten der Ökostrom-Aufkäufe einerseits und ihren mageren Erlösen beim Weiterverkauf andererseits zu erstatten. Ursprünglich waren dafür in diesem Jahr zehn Milliarden Euro vorgesehen. Inzwischen ist klar, dass es eher zwanzig Milliarden werden.

Um das Problem zu mindern, versucht die Bundesregierung, neue Stromverbraucher ans Netz zu bringen. In sogenannten „Entlastungsregionen“, in denen besonders viel Ökostrom produziert wird, gibt es für die Betreiber von neu gebauten Verbrauchsanlagen einen Rabatt auf das Netzentgelt. Eine Pilotanlage dafür weihte Habeck am Montag in dem Berliner Heizungskeller ein: Das Start-up „Decarbonıze“ hat in dem mehrgeschossigen Bau des Wohnungskonzerns Vonovia eine Gasheizung teilweise auf Strombetrieb umgerüstet: Die Warmwasser-Speicher wurden dafür einfach mit einem handelsüblichen Tauchsieder ergänzt, der nur dann anspringt, wenn die Windkraft-Anlagen im Berliner Umland Stromüberschüsse ins Netz pumpen. „Wind-Duschen“ nennt es decarbon!ze-Gründer Knut Hechtfischer, wenn das Wasser mit Ökostrom-Überschüssen warm gemacht wurde.

Weil so aber erst mal nur homöopathische Strommengen genutzt werden, versucht die Bundesregierung bereits seit längerem, Ökostrom auch für andere Sektoren der Wirtschaft nutzbar zu machen. Um das Speicher- und Transportproblem zu lösen, soll der Strom in sogenannten Elektrolyseuren Wasser in seine Bestandteile aufspalten. Der klimaneutrale Energieträger Wasserstoff soll perspektivisch da zum Einsatz kommen, wo heute noch Erdgas, Kohle und Erdöl verbrannt wird.

Nachdem er dem Reinickendorfer Heizungskeller wieder entstiegen war, übergab Habeck deshalb Förderbescheide an 23 „herausragende und zukunftsweisende Wasserstoffprojekte.“ Mit einer Kofinanzierung von 30 Prozent durch die beteiligten Länder beträgt die Fördersumme insgesamt 4,6 Milliarden Euro. Als „Important Projects of Common European Interest“ (IPCEI) hatte die EU-Kommission das Förderprogramm bereits genehmigt.

„Wir geben den Startschuss für die Errichtung von Elektrolyseuren der dreistelligen Megawatt-Klasse und ermöglichen damit wichtige Fortschritte bei der inländischen Produktion von grünem Wasserstoff“, sagte Habeck. Insgesamt sollen die Elektrolyseure dieser Runde eine Kapazität von 1,4 Gigawatt haben: Bis 2030 sollen es zehn Gigawatt werden. Zu den IPCEI-Projekten, die nun ihre Förderung erhielten, gehört auch der Aufbau einer 2000 Kilometer langen Wasserstoff-Leitung in Deutschland. Zudem wird die Entwicklung von „flüssigen organischen Wasserstoffträgern“ (LOHC) vorangetrieben, mit denen zunächst 1800 Tonnen Wasserstoff pro Jahr auch in flüssigem Zustand transportiert werden können.

Die Größenordnungen werden aber absehbar nicht ausreichen, um mit dem Ökostrom-Boom Schritt zu halten. Laut Erneuerbare Energien-Gesetz sollen in Deutschland pro Stunde 21.000 Solarmodule montiert und täglich die Fläche von 43 Fußballfeldern mit den Scheiben belegt werden, um bis 2030 eine Kapazität von 215 Gigawatt Solarstrom zu erreichen. Das entspricht bei Sonnenschein einer Leistung von 215 Kernkraftwerken. Zuletzt häuften sich in der Energiewirtschaft mahnende Stimmen, die bezweifelten, dass wetterabhängige, schwankende Leistung in dieser Größenordnung sinnvoll ins Versorgungssystem integriert werden kann.

„In der Bar habe ich mehr Deutsch gelernt“

Arbeitsminister Heil erlebt an der FU Berlin einen ernüchternden Ortstermin mit indischen Studenten

Am Ende ist es eher eine Bitte als eine Aufforderung. „Please stay. Germany needs you“, sagt Hubertus Heil, nachdem er verständnisvoll nickend den Schilderungen der indischen Studentin zugehört hat. Der Arbeitsminister ist zu Besuch an der Freien Universität Berlin.

Dort berichten vier Frauen und acht Männer aus Indien ihm und der Vizepräsidentin der Hochschule, Verena Blechinger-Talcott, über ihren Alltag in der Bundesrepublik Deutschland. Es sind überwiegend Studenten aus den technischen Disziplinen. Informatik, Physik oder Biotechnologie haben die jungen Inder studiert, einige arbeiten aktuell an Doktorarbeiten, andere haben sogar bereits für deutsche Unternehmen gearbeitet.

VON JAN KLAUTH

Und genau auf sie kommt es an. „Wegen des demografischen Wandels ist Deutschland auf mehr Zuwanderung angewiesen“, sagt Heil. Es sei großartig, dass deutsche Hochschulen bei Studenten aus Indien und anderen Ländern immer beliebter werden, so der Minister. „Aber die Menschen müssen auch bleiben.“ Ziel sei es, mit einer „Fachkräftestrategie“ im großen Stil Inder aus ihrem rapiden wachsenden Heimatland anzuwerben.

Beinahe unbemerkt hat sich Indien zu einem der wichtigsten Herkunftsländer für Einwanderer entwickelt. Die deutsche Regierung setzt einiges in Bewegung, um Migranten anzulocken, denn ihre überdurchschnittlich guten Qualifikationen sind genau das, was die Wirtschaft braucht. Vergangenes Jahr besuchte Heil Indien; im Oktober wird er zu Regierungskonsultationen erneut nach Neu-Delhi reisen.

Zahlen des Statistischen Bundesamtes und des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigen: Allein im Jahr 2023 stieg die Zahl der Inder in der Bundesrepublik um 36.391. Und sie sind überdurchschnittlich gut qualifiziert: 56

PICTURE ALLIANCE/DPA/SOEREN STACHE

Arbeitsminister Hubertus Heil (l., SPD), mit indischen Studenten in Berlin

Prozent der Beschäftigten aus Indien arbeiten in Expertentätigkeiten, für die es typischerweise Meister-, Fachwirt- oder Universitätsabschlüsse braucht, wie Daten des IW zeigen. Unter allen Ausländern lag der Anteil bei 17,7 Prozent und unter den Deutschen bei 30,5 Prozent.

Doch die Erfolgsgeschichte hat auch einige Schattenseiten. Denn in der Praxis klappt am Ende vieles eben doch nicht. Die gut ausgebildeten Inder sind international auf dem Arbeitsmarkt sehr gefragt – gerade in englischsprachigen Ländern finden sie einfacher Jobs als hierzulande. Bundesweit gibt es derzeit 42.997 indische Studenten, davon knapp 300 an der Freien Universität Berlin. Die Frage drängt sich umso mehr auf, inwiefern es gelingen kann, die Menschen im Land zu halten. Die Inder – das wird bei dem Termin deutlich – wägen genau ab, ob sie in Deutschland bleiben oder ihr Glück woanders versuchen.

Woran es genau mangelt – darüber ist Heil spätestens seit dem Besuch an der Berliner Universität bestens informiert. Denn zwar ist der Ton höflich, aufgeschlossen und respektvoll. Und einige der Inder betonen auch die Vorteile, die ihnen Deutschland bietet: das Gesundheitssystem, die Chancen auf ein besseres Gehalt oder die Lebens- und Luftqualität etwa. Doch reihum bekommt der Minister von den indischen Studenten zu hören, welche Steine ihnen in den Weg gelegt werden.

Es ist eine lange Liste an Problemen. Einige der Studenten berichten, dass sie am Rande der Verzweiflung monatelang nach geeigneten Unterkünften gesucht haben – in Indien würden die Universitäten ihnen Wohnraum anbieten. Zwar gebe es dutzende von Info-Links der Freien Universität Berlin, zu einer Wohnung würden die aber am Ende nicht verhelfen, berichtet Raniyaharini Rajendran. Die junge Frau studiert Data Science im Master und hat bereits beim Solar-Start-up Enpal gearbeitet. Ihr Entschluss, nach dem Studium in Deutschland zu bleiben, scheint weitestgehend gefestigt.

Andere wiederum sind unentschiedener. Einer der Männer etwa berichtet, wie wenig die Deutschkurse der Universität gebracht hätten. „Eine Stunde pro Woche – beim Rewe-Einkauf und in der Bar habe ich mehr Deutsch gelernt.“ Immerhin sei das Pensum nun auf vier Wochenstunden erhöht worden, wirft ein anderer ein.

Auch die Behörden würden Probleme bereiten, so der Tenor der Gruppe. Nicht nur bei Minister Heil sorgt die Aussage, „die Deutschen lieben Papierarbeit“, für einen Lacher zwischen all den ernsten Anliegen. Auch für die jährlich nötige Visa-Verlängerung fehlten oft die Papiere. Und dann seien da noch die begrenzten Aufstiegschancen in der akademischen Laufbahn und der Mangel an unbefristeten Anstellungen.

Heil reagiert auf all das mit Verständnis – wohl wissend, dass er die Probleme als Arbeitsminister kaum wird lösen können. Man müsse aber viele bürokratische Vorschriften „zerstören“, sagt er auf Englisch; und „Ich bin hier, um zu lernen.“ Am Ende sei klar: Soll es gelingen, die gut ausgebildeten Inder in Deutschland zu halten, brauche das Land dringend „ein Update.“

Ausländische Fachkräfte über Steuernachlässe anzulocken, wie es das „Wachstumspapier“ der Ampel vorsieht, das wiederum sieht Heil skeptisch. „Das gehört zu den Dingen, die ich nicht reingeschrieben hätte“, stellte er Anfang der Woche klar. „Es darf kein Missverständnis entstehen. Die Arbeit in diesem Land muss gleich viel wert sein.“ Eine Steuererleichterung sei aber nicht der entscheidende Punkt, wenn Menschen nach Deutschland einwandern, findet der Minister. Wichtiger seien weniger Bürokratie, schnellere Visaerteilungen und Berufsanerkennungen. „Das Wort Steuern ist in den heutigen Gesprächen kein einziges Mal gefallen“, sagt er auf dem Hof der Universität vor den Fernsehkameras.

REUTERS/CARLOS BARRIA

Nach dem Anschlag auf Donald Trump wächst der Zuspruch für ihn – auch in der US-Wirtschaft

Konzern-Bosse stellen sich hinter Trump

Nach dem Anschlag melden sich zahlreiche Firmenchefs. Sie loben nun den Republikaner und signalisieren in Teilen sogar offiziell Unterstützung

Dieses Foto wird zweifelsohne in die Geschichte eingehen: Donald Trump reckt die Faust in die Höhe, sein Gesicht ist mit Blut verschmiert, kurz nachdem ein 20-jähriger Schütze einen Mordanschlag auf ihn bei einer Wahlkampfveranstaltung in Butler (Pennsylvania) verübt hat. Die Macht der Bilder haben inzwischen auch findige Online-Händler erkannt. Längst verkaufen sie T-Shirts und Tassen, auf denen dieses Foto von Trump abgedruckt ist.

VON LAURIN MEYER
AUS NEW YORK

Während die ersten aus dem Attentat bereits Kapital schlagen wollen, dürften die wichtigsten Konsequenzen für die US-Wirtschaftswelt erst nach und nach zu sehen sein. Klar ist aber schon, dass der Mordversuch die Unternehmen und Finanzmärkte nachhaltig beeinflussen wird. Drei Folgen für die US-Wirtschaft lassen sich aber bereits erkennen.

Erstens: Während viele Unternehmensbosse bislang penibel um Neutralität bemüht waren, meldeten sie sich nach dem Attentat zahlreich zu Wort. „Ich bete für die schnelle Genesung von Präsident Trump. Meine Gedanken sind bei ihm, den anderen Opfern und der Familie Trump“, schrieb etwa Apple-Chef Tim Cook auf der Plattform „X“ (vormals Twitter). Ebendort erklärte auch Marc Benioff, Chef des Softwareunternehmens Salesforce: „Möge sein Körper geheilt werden, sein Geist beruhigt und seine Seele getröstet werden.“ Und Amazon-Gründer Jeff Bezos fand darüber hinaus lobende Worte für Trump. „Unser ehemaliger Präsident hat heute Abend unter wortwörtlichem Beschuss enorme Tapferkeit und Mut bewiesen“, schrieb er auf „X“. „Wir sind so dankbar für seine Sicherheit.“

Damit ist der Wahlkampf endgültig in den Chefetagen der großen US-Konzerne angekommen. Manche haben das Attentat sogar genutzt, um ihre offizielle Unterstützung für Trump als Präsidentschaftskandidaten anzukündigen. „Trump hat meine volle Unterstützung, und ich hoffe auf seine schnelle Genesung“, erklärte Tesla-Chef und „X“-Eigentümer Elon Musk.

Am Wochenende hatte die US-Nachrichtenagentur „Bloomberg“ bereits gemeldet, dass der Milliardär eine beträchtliche Summe an eine Wahlkampforganisation (ein sogenanntes Super-PAC) gespendet hat, die Trump finanziell unterstützt. Dabei hatte Musk zuvor immer wieder seine Unabhängigkeit betont. Auch der amerikanische Investor Bill Ackman ließ jetzt über „X“ verlauten, er werde Trump „formell unterstützen“.

Zweitens: Nach dem Attentat auf Trump sind die sozialen Netzwerke erneut stark in den Fokus gerückt. Nicht nur in der EU, sondern auch in den USA müssen sich die Plattformbetreiber immer wieder Vorwürfe gefallen lassen, zu wenig gegen Desinformationen zu unternehmen. Über das Wochenende hinweg konnten Nutzer wieder massenweise Verschwörungstheorien zu den Hintergründen der Tat teilen, vor allem auf dem Kurznachrichtendienst „X“.

„Joe Biden gab den Befehl“, behauptete etwa der republikanische Abgeordnete Mike Collins in einem Post. In externen Hinweisen, den sogenannten „Community Notes“, ergänzten Nutzer erst anschließend, dass es dafür keine Beweise gebe. Auch die These, dass das Attentat aus den republikanischen Reihen inszeniert worden sei, fand zahlreiche Anhänger. „Es sieht so aus, als hätte er (Trump) nach oben gegriffen und sich selbst ins Ohr geschnitten“, schrieb ein Nutzer. Das Wort „inszeniert“ fand sich kurz nach den Schüssen bereits in der Liste der Trendthemen auf „X“.

Experten nehmen die Plattformbetreiber in Schutz. Portale hätten oft Probleme, virale Falschmeldungen zeitnah einzudämmen, sagte Katie Harbath der „Washington Post“. Die ehemalige Facebook-Direktorin ist Tech-Beraterin bei der Agentur Duco Experts. „Eilmeldungen wie diese sind für Plattformen besonders schwierig zu moderieren, weil die Fakten des Geschehens erst nach und nach bekannt werden.“ Plattformen müssen ihre Algorithmen erst neu trainieren, um nach bestimmten Inhalten zu suchen, sagte sie.

Regierungen weltweit stellt sich aber nicht mehr nur die Frage nach dem Können, sondern auch nach dem Wollen der Konzerne. „X“-Eigentümer Elon Musk hatte Aufforderungen, gegen Desinformationen vorzugehen, wiederholt als Eingriff in die Meinungsfreiheit bezeichnet. Nur einen Tag vor dem Attentat kam es zwischen dem Milliardär und der Europäischen Union zu einer erneuten Auseinandersetzung.

Die EU-Kommission habe ihm ein „illegales Geheimabkommen“ angeboten, behauptete Musk in einem Post auf „X“. „Wenn wir still und leise Meinungsäußerungen zensieren würden, ohne jemandem davon zu erzählen, werden sie uns keine Strafzahlungen auferlegen“, hieß es darin.

Musk nannte weder Details noch legte er Beweise für seine Behauptungen vor. Allerdings bezog sich der Unternehmer auf Vorwürfe der EU-Kommission, seine Plattform würde teilweise gegen den neuen Digital Service Act (DSA) verstoßen.

Und drittens: Viele politische Beobachter sind davon überzeugt, dass Trump jetzt erst recht die Wahl im November gewinnen wird. Buchmacher in den USA haben die Siegchancen des Republikaners unmittelbar nach dem Mordversuch deutlich angehoben – auf fast 65 Prozent von zuvor 56 Prozent. Bidens Chancen taxieren die Analysten von RealClearPolitics hingegen nur noch auf 15 Prozent.

So wird sich die Wall Street ab dieser Woche wohl umso mehr auf einen künftigen Präsidenten Trump vorbereiten. Das Attentat dürfte „den Auftakt zu einer Periode erhöhter Volatilität bei Risikoanlagen bilden“, sagte Frank Monkam, Portfolio-Manager bei Antimo, gegenüber „Bloomberg“. Das könnte vor allem Anlageklassen begünstigen, die als sichere Häfen gelten – etwa Gold oder den US-Dollar.

Langfristig dürften jene Aktien profitieren, die durch Trumps Politik begünstigt werden könnten. Dazu gehören die Aktien von Energieunternehmen, privaten Gefängnissen, Kreditkartenfirmen und Krankenversicherern. Aber auch der Bitcoin gilt als Profiteur einer wahrscheinlichen Trump-Präsidentschaft, schließlich gilt der Kandidat der Republikaner als besonders kryptofreundlich.

Eines dürfte Trump jedoch gar nicht gefallen. Es sind ausgerechnet chinesische Händler, die das Attentat auf ihn zu Geld machen wollen. „Wir haben die T-Shirts angeboten, als wir von der Schießerei erfuhren, obwohl wir sie da noch nicht mal gedruckt hatten“, sagte ein Händler gegenüber der „South China Morning Post“. Innerhalb von drei Stunden soll es mehr als 2000 Bestellungen gegeben haben.

Mehr Netto vom Brutto in den Jahren 2025 und 2026

Im Zuge des neuen Jahressteuergesetzes sollen Grund- und Kinderfreibetrag steigen. Wie viel Geld dabei herumkommt, hängt von Familienstand und Einkommen ab

Jetzt also doch. Was zu Jahresbeginn auf der Internetseite des Bundesfamilienministeriums von Lisa Paus (Grüne) bereits stand, dann aber drei Wochen später mit Verweis auf einen „Bürofehler“ korrigiert wurde, soll nun doch kommen. Die Rede ist von der Erhöhung des Kinderfreibetrags für 2024 auf 6612 Euro – nicht nur auf 6384 Euro.

VON KARSTEN SEIBEL

Darauf haben sich die Spitzen der Koalition während der nächtlichen Sitzungen im Kanzleramt geeinigt. So steht es nun in einer Formulierungshilfe des Bundesfinanzministeriums für das Jahressteuergesetz 2024. Die rückwirkende Erhöhung des Kinderfreibetrags für dieses Jahr soll noch in diesem Monat zusammen mit einer Reihe anderer steuerlicher Anpassungen für die Jahre 2025 und 2026 vom Kabinett verabschiedet werden. Es ist der gleiche Gesetzentwurf, in dem auch die Abschaffung der Steuerklassen III und V für Eheleute im Jahr 2030 steht.

Wie viel die Änderungen des Steuertarifs jedem einzelnen Bürger in Euro bringen, hängt vom Familienstand und vom monatlichen Einkommen ab. Wirtschaftsprofessor Frank Hechtner von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg hat für WELT berechnet, wie viel mehr Netto in diesem und den kommenden beiden Jahren den Menschen vom Brutto bleibt.

Summa summarum addieren sich die Vorteile der geplanten Anpassungen des Steuertarifs über die drei Jahre auf bis zu 847 Euro bei Singles und bis zu 2113 Euro bei Familien mit zwei Kindern. Für 2024 ist der Effekt am geringsten. Kein Wunder, dort geht es schließlich nur um einen Nachschlag auf die ohnehin schon beschlossenen Entlastungen. Neben dem Kinderfreibetrag soll auch der Grundfreibetrag rückwirkend noch einmal steigen: von 11.604 Euro auf 11.784 Euro.

Der Nettoeffekt für Singles ist verschwindend gering. Der nach oben angepasste Freibetrag macht nach Hechtners Berechnungen auf Jahressicht maximal 38 Euro aus. Alleinerziehende mit einem Kind profitieren zusätzlich vom höheren Kinderfreibetrag. Je nach Einkommen bleiben ihnen bis zu 145 Euro zusätzlich – das sind immerhin zwölf Euro im Monat.

Je höher das Einkommen und je mehr Kinder zum Haushalt gehören, desto größer ist der Effekt. Einem Ehepaar mit zwei Kindern bleiben in diesem Jahr bis zu 291 Euro zusätzlich.

Für viele interessanter dürften die Berechnungen für das Jahr 2025 sein – schon 2026 sind die Entlastungen niedriger. Wobei „Entlastungen“ grundsätzlich ein großes Wort ist, klingt es doch nach Steuersenkungen. Dabei geht es im Wesentlichen nur darum, heimliche Steuererhöhungen, die sogenannte kalte Progression zu vermeiden. Deshalb werden Grundfreibetrag, Kinderfreibetrag und die Freigrenze beim Solidaritätszuschlag weiter erhöht.

Der Grundfreibetrag der Lohn- und Einkommensteuer soll ab Januar 2025 um weitere 300 Euro auf dann 12.084 Euro steigen. Für das Jahr 2026 ist eine Anhebung um 252 Euro auf 12.336 Euro geplant. Bis zu diesem Wert fällt keine Steuer an. Der steuerliche Kinderfreibetrag soll für den Veranlagungszeitraum 2025 um 60 Euro auf 6.672 Euro und ab dem Veranlagungszeitraum 2026 um 156 Euro auf 6.828 Euro angehoben werden. Auch die Kindergelderhöhung von 250 Euro auf 255 Euro im nächsten Jahr hat Hechtner bei seinen Berechnungen berücksichtigt. Die Freigrenze des Solis verschiebt sich 2025 von 18.130 Euro auf 19.450 Euro, ein Jahr später auf 20.350 Euro. All dies wirkt sich auf jeden Arbeitnehmer unterschiedlich aus. Das zeigen die Tabellen für die Jahre 2025 und 2026.

Einem Single mit einem monatlichen Brutto-Lohn von 4000 Euro bleiben im kommenden Jahr 127 Euro mehr, also rund zehn Euro im Monat. Familien mit zwei Kindern kommen im Gesamtjahr schnell auf 300 Euro bis 400 Euro.

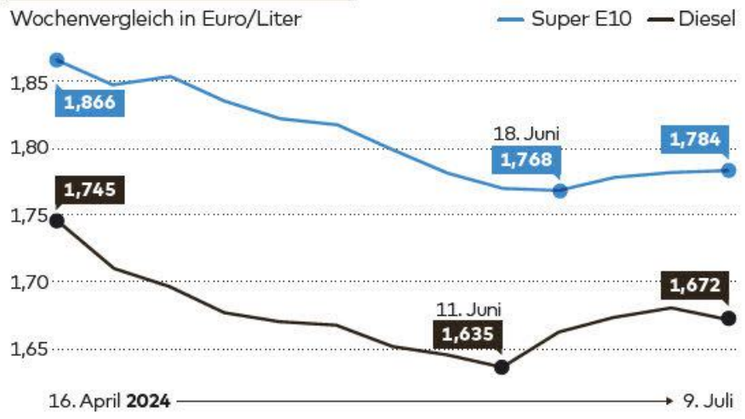
Das gilt beispielsweise für die Konstellation, dass ein Ehepartner 4000 Euro brutto im Monat verdient, der andere 2000 Euro. Der Nettoeffekt beträgt hier 318 Euro. Im Jahr 2026 zeigt sich dies nicht ganz so deutlich auf dem Konto dieser Familie zeigen. Sie wird dann lediglich um 164 Euro entlastet.

Die insgesamt geringeren Beträge 2026 hängen zum einen mit den geringeren Inflationserwartungen zusammen, zum anderen damit, dass im Referentenentwurf für 2026 noch kein konkreter Kindergeldbetrag steht.

In dem Entwurf heißt es lediglich: „Ab 2026 wird im Einkommensteuergesetz verankert, dass Kindergeld und Kinderfreibetrag weiter zeitgleich steigen.“ Etwas höher als angegeben wird Entlastung also auch 2026 noch werden – zumindest für niedrige Einkommen.

Entwicklung der Spritpreise

Wochenvergleich in Euro/Liter

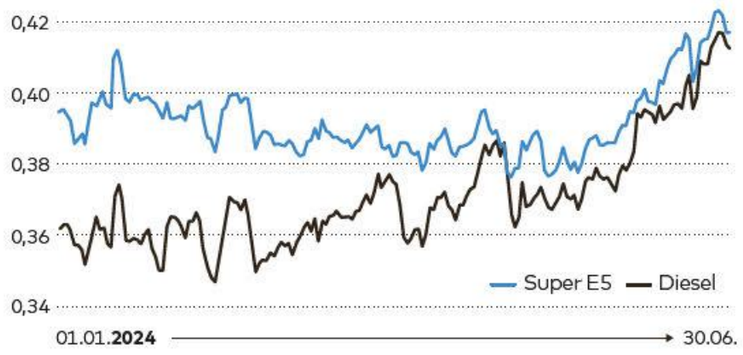


Quelle: ADAC

WELT

Autobahn-Aufschlag wird größer

Preisabstand zwischen Autobahntankstellen und Nicht-Autobahntankstellen in Euro/Liter



Quelle: Bundeskartellamt

WELT

Rätsel um Autobahn-Tankstellen

Trotz hoher Preisaufschläge steuern viele Zapfsäulen an den Schnellstraßen an. Doch wer tankt dort eigentlich? Und warum? WELT klärt das Phänomen

Die meisten Autofahrer kennen das Thema und sie reagieren auch darauf: Gemeint sind die teuren Benzinstationen an den Autobahnen. In einer Befragung des Automobilclubs ADAC antworten rund 80 Prozent, dass sie bei längeren Autobahnfahrten zum Tanken ins Umland abfahren.

VON BIRGER NICOLAI

Nur knapp zwei Drittel derjenigen, die an der Autobahn an die Zapfsäule fahren, leisten sich dort eine komplette Tankfüllung. Die Online-Umfrage unter 1680 Autofahrern ist nach den Angaben repräsentativ. Unabhängig von der Spritmenge rät der ADAC dazu, zum Auftanken die Autobahn zu verlassen.

Jetzt liefert das Bundeskartellamt dazu neue Daten. „Die Preisaufschläge sind in den letzten Wochen noch einmal deutlich gestiegen. Derzeit bezahlt man an der Autobahn für Benzin und Diesel über 40 Cent mehr pro Liter", sagt Andreas Mundt, der Präsident des Bundeskartellamtes. Seine Behörde hat dafür den Markt untersucht. Das Fazit lautet: Tankt ein Autofahrer 60 Liter Kraftstoff, kostet ihn das Tanken an Autobahnen derzeit gut 24 Euro mehr als an einer Straßentankstelle im Umland.

Der Trend ist eindeutig: Hatte der Preisabstand der Tankstelle an der Autobahn zu einer Station im Umland im ersten Quartal beim Diesel noch 36 Cent pro Liter ausgemacht, sind es aktuell etwa 41 Cent. Bei Superbenzin der Sorte E5 waren es im Frühjahr rund 39 Cent, inzwischen sind es laut dem Kartellamt knapp 42 Cent. In Deutschland gibt es 358 Autobahntankstellen. Sie gehören der Gesellschaft Tank & Rast, die wiederum über ein Auktionsverfahren den Betrieb dieser Stationen an Tankstellenketten wie Aral, Shell, Total, Esso, Jet oder auch an große Mittelständler vergibt. Dagegen etwas unternehmen kann das Bundeskartellamt kaum etwas. „Generell sieht das Kartellrecht für Eingriffe hohe Hürden vor", sagt ein Behördensprecher. Schließlich seien die Tankstellen in der Preissetzung grundsätzlich frei. „Abgesehen von speziellen Konstellationen sind behördliche Eingriffe in die Preise in der Marktwirtschaft nicht vorgesehen", heißt es dort weiter. Dennoch sei das Kartellamt in Bezug auf mögliche Verstöße sehr wachsam. Es gebe bislang aber keine Hinweise auf illegale Absprachen. Der Ratschlag lautet auch dort, deutlich günstigere Alternativen zum Auftanken unmittelbar in Autobahnnähe zu nutzen.

Auch Wettbewerbsrechtler Justus Haucap von der Universität Düsseldorf verweist auf Alternativen etwa bei den Autohöfen. Möglichkeiten behördlicher oder staatlicher Maßnahmen dagegen sieht er nicht. „Mein Eindruck ist, dass die Autobahntankstellen gar nicht mehr in einen Wettbewerb mit den umliegenden Tankstellen eintreten wollen", sagt Haucap. Anders sei ein derart drastischer Preisabstand kaum zu erklären. Allerdings zahlen längst nicht alle Kunden an der Autobahntankstelle die extrem hohen Preise für Benzin und Diesel – weil sie einen Rabatt bekommen. Schließlich nutzen viele Unternehmen für ihre Firmenwagen sogenannte Flottenkarten. Speditionen etwa sind fast ausschließlich mit Tankkarten unterwegs. Die am Preismast angeschlagenen Summen gelten dann nicht für diese Tankkunden.

Der Marktführer im Karten-Geschäft ist DKV Mobility aus Ratingen. Nach eigenen Angaben hat das Dienstleistungsunternehmen rund 365.000 Kunden, die mit der DKV-Karte Zugang zu rund 67.000 Tankstellen in Europa haben. Hinter jeder einzelnen Kundenbeziehung stehen unterschiedlich viele Fahrzeuge, je nachdem, wie groß die Flotte ist. Bei großen Firmen können das mehrere Hundert bis mehrere Tausend Fahrzeuge sein.

Tankkartenanbieter wie DKV handeln mit den Ölkonzernen und Tankstellenketten eigene Großkundenpreise aus und geben diese Preisvorteile in Teilen an ihre Kundschaft weiter. Das gilt auch für die Nummer zwei in diesem Geschäft, UTA Edenred aus Aschaffenburg. Nach eigener Aussage verfügt dieser Anbieter über mehr als 100.000 Kunden in Europa sowie 1,4 Millionen ausgegebene Tankkarten. Je nach Art dieser Karten lassen sich damit ein oder auch mehrere Fahrzeuge auftanken. „Unsere Kunden in Deutschland nutzen UTA-Karten für Flotten von fünf bis 11.000 Fahrzeuge", sagt ein Firmensprecher. Das Netzwerk umfasst rund 65.000 Tankstellen. Im Internet wirbt UTA Edenred beim Einsatz der Tankkarten mit Preisvorteilen je Liter in zweistelligen Euro-Cent-Bereichen.

Hinzu kommen Tankkarten fast aller Tankstellenketten. Marktführer Aral nennt keine Zahlen zu dem Geschäft. Die Preise für Benzin und Diesel werden dort individuell mit den Großkunden verhandelt. „Wir sichern uns dadurch Mengen im Absatz von Benzin und Diesel", sagt ein Firmensprecher. Schließlich nutzen diese Firmenkunden den Preisvorteil und fahren nur in Ausnahmen auf die Tankstelle eines Konkurrenten.

In der Höhe begründen lassen sich die Preise an der Autobahn für Benzin und Diesel nämlich kaum. Die Tankstellenketten entlang der Autobahnen zahlen der Gesellschaft Tank & Rast Geld dafür, dass sie die Stationen auf eine bestimmte Zeit betreiben dürfen. Die Summen sind nicht bekannt, dürften aber keinesfalls gering ausfallen.

Doch ganz sicher reichen Aral, Shell und Co. diese Kosten über den Benzin- und Dieselpreis an die Autofahrer weiter. Noch scheint es ausreichend Kundschaft für die Autobahntankstellen zu geben. Absatzzahlen sind zwar nicht bekannt.

Doch die Zahl der Stationen ist in den vergangenen Jahrzehnten nicht geringer geworden. Das alles bedeutet: In Deutschland sind einige Millionen Pkw und der überwiegende Teil der Lkw mit Tankkarten unterwegs. Laut Statista gibt es hierzulande 5,7 Millionen gewerblich genutzte Pkw. Hinzu kommen 3,7 Millionen Lkw. All diese Fahrer werden an den Autobahntankstellen ihre Flottenkarten einsetzen und dadurch einen nicht unerheblichen Rabatt auf die hohen Preise erhalten. Anders als es bei Autofahrern der Fall ist, können Lkw-Fahrer deutsche Autobahntankstellen gänzlich meiden. Das gilt vor allem im internationalen Verkehr. 40-Tonnen-Lastwagen verfügen über Tanks, die bis zu 1500 Liter Diesel fassen können. Bei einem üblichen Verbrauch von 30 bis 40 Liter Kraftstoff je 100 Kilometer reicht das für eine Strecke von 4000 Kilometern und mehr. Und in Nachbarländern wie Luxemburg oder Polen ist das Auftanken günstiger als an den heimischen Autobahnstationen.

Als Orientierung bei der Fahrt in den Urlaub helfen diese Preise: Nach der aktuellen Auswertung des ADAC kostet ein Liter Super E10 im bundesweiten Durchschnitt 1,78 Euro. Diesel ist zuletzt mit derzeit durchschnittlich 1,67 Euro etwas günstiger geworden. Mit Blick auf die Preise für Rohöl der Sorte Brent sowie den Euro-Dollar-Wechselkurs urteilt der ADAC: „Der Benzinpreis befindet sich aktuell auf einem insgesamt angemessenen Niveau". Dagegen sei beim Diesel das Potenzial für Preissenkungen nach wie vor groß.

PRODUKTCHECK

Die Vorzüge der Insta360 X4

PRODUKT: ACTIONCAM X4
ANBIETER: INSTA360

Gerade bei Actioncam-Aufnahmen kann das ärgerlich sein: Genau dann, wenn es wirklich spannend wird, hat man sein Objekt nicht im Bild. Je schneller es sich bewegt, desto häufiger geschieht dieses Missgeschick. Und meist sind solche Momente eben unwiederbringlich. Wer wünscht sich da nicht, zufällig das richtige gefilmt zu haben? Mit der neuen Insta360 X4 geht das. Denn diese Kamera filmt alles, wirklich alles. Möglich wird das durch ihre 360-Grad-Aufnahme. Allerdings muss man dafür einige Kompromisse in Kauf nehmen, die sich im Test aber als verkraftbar herausgestellt haben.

VON THOMAS HEUZEROTH

Doch wie funktioniert das? Das Gerät hat zwei Objektive, die jeweils etwa 180 Grad aufnehmen – und im Anschluss die beiden Aufnahmen in einem kompletten Rundumblick wieder zusammensetzen. Wer schon einmal eine VR-Brille aufhatte, weiß, wie das Ergebnis aussieht. Man dreht sich um sich selbst und kann in alle Richtungen schauen. Nur: Wer hat schon eine VR-Brille? Damit die X4 nicht eine Kamera für wenige Nerds bleibt, vermarktet der Hersteller sie auch als Actioncam. Wir haben beides ausprobiert. Die X4 nimmt 360-Grad-Videos in 8K auf, also mit annähernd 8000 Bildpunkten in der Breite, was in diesem Fall einmal rundherum bedeutet. Mit dieser Auflösung spielt sie in Sachen Auflösung ganz weit oben mit und kostet weniger als die Hälfte von dem, was Konkurrenten verlangen. Wir haben einige 8K-Aufnahmen damit gemacht und auf Metas VR-Brille Quest 3 gespielt. Videos sehen darauf schon sehr gut aus, aber noch immer nicht so scharf, wie man es vom Fernseher kennt. In der Brille blickt man immer nur auf einen bestimmten Bereich, der dann aber viel weniger Pixel hat. 360-Grad-Fotos nimmt die X4 mit bis zu 72 Megapixel auf. Wir empfanden die Videos aber schärfer als die Fotos. Für beides sollte man mit viel Licht arbeiten. Wird es während der Aufnahme schummerig, fällt die Qualität ab.

Als Actioncam spielt die X4 aber ihre größte Stärke aus. Nimmt man nämlich ein 360-Grad-Video auf, kann man im Nachhinein entscheiden, welcher Ausschnitt im „normalen" Video zu sehen ist. In der dazugehörigen Smartphone-App lässt sich das sehr einfach erledigen. Dort kann man beim Abspielen der Aufnahme quasi noch einmal filmen und dabei Ausschnitt und Schwenks festlegen. Das geht am einfachsten, indem man sich hinstellt und das Smartphone-Display als Sucher nutzt, während der Rundum-Film sich gerade abspielt. Anschließend kann diese Aufnahme als Video exportiert werden. Das konnte allerdings auch schon das Vorgängermodell X3. Doch diesmal ist die exportierte Aufnahme auch wirklich scharf. War es vorher nur eine HD-Qualität, hat das Ergebnis nun eine Auflösung von etwa 2,7K, was ein guter Wert ist. Nutzer merken schnell, dass sich der Hersteller bei seinem Gerät und der App gleich viel Mühe gemacht hat.

Fazit: Die Insta360 X4 ist nicht nur eine gute 360-Grad-Kamera, sie ist auch eine sehr gute Actioncam. Wasserdicht bis zehn Meter, einsatzfähig bis minus 20 Grad. Zudem gibt es für jede denkbare Einsatzmöglichkeit und Extremsportart jede Menge Zubehör wie Halterungen, Adapter, Gehäuse, Sticks und Griffe.

Besonders wertvoll aber ist die Möglichkeit, hinterher entscheiden zu können, welchen Ausschnitt man im Video haben will. Dass hier nur eine Auflösung von 2,7K möglich ist, während andere Actioncams in der besseren 4K-Auflösung filmen, ist ein akzeptabler Kompromiss. Auf Wunsch kann man mit der X4 auch nur durch ein Objektiv filmen und erhält dann im Einzelobjektiv-Modus auch 4K, allerdings nicht mehr 360 Grad. Die Kamera kostet 560 Euro.

Sanierungsgutachten für BayWa

Krise des Agrarkonzerns spitzt sich zu, Gläubigerbanken machen Druck

Bei der BayWa hat sich die Krise noch einmal verschärft. Die Aktie des Münchner Agrarkonzerns wurde auf Talfahrt geschickt. Das im Kleinwerteindex SDax notierte Papier brach am Montag um ein Drittel auf 14,90 Euro ein, den tiefsten Stand seit mehr als 15 Jahren. Vor zwei Jahren war der Aktienkurs noch dreimal so hoch. Wie am Montag bekannt wurde, hat das hochverschuldete Unternehmen – offenbar auf Druck der Gläubigerbanken – ein Sanierungsgutachten in Auftrag gegeben, das zeigen soll, ob die BayWa sanierungsfähig ist. Das Unternehmen spricht von einer „angespannten Finanzierungslage". Ziel des Gutachtens ist eine positive Fortführungsprognose, die die Voraussetzung für eine Verlängerung von Krediten ist.

„Damit ist klar, dass die Situation bei der BayWa deutlich kritischer ist als bisher angenommen", schrieb die Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) am Montag. „Die hohe Verschuldung ist ein sehr ernstes Problem." BayWa-Vorstandschef Markus Pöllinger versucht derzeit, den schuldenfinanzierten Expansionskurs zu korrigieren, den sein Vorgänger Klaus Maria Lutz gefahren hatte. Der Konzern saß Ende 2023 auf 5,5 Milliarden Euro Schulden. Bei steigenden Zinsen wird das zunehmend zur Belastung. Die höheren Zinslasten rissen die BayWa bereits im vergangenen Jahr zum ersten Mal in die roten Zahlen, weil zugleich der Solarhandel nicht läuft.

Pöllinger hatte schon einen Konsolidierungskurs angekündigt und die Dividende für 2023 gestrichen. Nun hat sich die Lage offenbar verschärft. „Der Vorstand geht aufgrund konstruktiver Gespräche mit Finanzierungspartnern und der eingeleiteten Maßnahmen davon aus, dass die Finanzsituation nachhaltig gestärkt werden kann", versuchte der Vorstand die Anleger am Freitagabend zu beruhigen.

Als größte Gläubiger der BayWa gelten die – ebenfalls zum genossenschaftlichen Sektor gehörende – DZ Bank, die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und die UniCredit, die einen zwei Milliarden Euro schweren Konsortialkredit geschnürt hatten, der im September 2025 fällig ist. Ob er mit Kreditbedingungen (Covenants) versehen ist, die die Banken bei Nichterfüllung zur vorzeitigen Kündigung berechtigt, ist nicht bekannt. Im April hatte die BayWa die Begebung einer 250 Millionen Euro schweren Anleihe mangels Nachfrage abgeblasen, obwohl sie 6,75 Prozent Zinsen geboten hatte. Anleger zögerten damals auch, weil der Konzern nicht über ein Kreditrating verfügt. Ende Juni zahlte die BayWa einen „Green Bond" über 500 Millionen Euro wie geplant zurück.

Der geplante Verkauf des Handelsgeschäfts mit Solar-Paneelen und Wechselrichtern könnte frisches Geld in die Kasse spülen und die ärgsten finanziellen Sorgen lindern. Doch daraus wurde bisher nichts, weil die Branche wegen Überkapazitäten bei Solarmodulen und einer Dumping-Strategie der chinesischen Konkurrenz unter Druck steht. Am den ursprünglich erhofften Verkaufserlös von 2,2 bis 2,4 Milliarden Euro muss BayWa nach eigener Einschätzung deutliche Abstriche machen, wenn sie das Geschäft verkaufen will. dpa

ANZEIGE

ANZEIGENSONDERVERÖFFENTLICHUNG

Veröffentlichung der Anteilspreise von Qualitätsfonds — mitgeteilt von Infront Financial Technology GmbH

15.07.24	Währung	ISIN	Rückn.	3J. Perf.

Nachhaltigkeits-Fonds (ESG)

Deka Investments

Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

DBA ausgewogen	€	DE000DK2CFR7	126,01	+6,53
DBA dynamisch	€	DE000A2DJVV1	116,17	+10,00
DBA konservativ	€	DE000DK2CFP1	104,17	+1,54
DBA moderat	€	DE000DK2CFQ9	114,57	+3,49
DBA offensiv	€	DE000DK2CFT3	248,33	+16,98
Deka-Nach.E.St CF A	€	LU2206794112	102,32	+6,19
Deka-Nachh ManSel	€	DE000DK1CJS9	114,71	+1,25
Deka-NachhAkt CF	€	LU0703710904	295,51	+20,20
Deka-NachhRent CF A	€	LU0703711035	121,22	-5,10
Deka-NachStrInv CF	€	DE000DK2EAD4	145,77	+10,59
Deka-NachStrInv TF	€	DE000DK2EAE2	139,85	+8,22
Nachh Dynamisch CF	€	DE000DK0V6U7	98,12	-1,72
Nachh Mlt Asset CF	€	DE000DK0V5F0	106,68	+2,82
Nachh Mlt Asset TF	€	DE000DK0V5G8	104,67	+1,29
NachhItg Gl Champ CF	€	DE000DK0V554	154,43	+28,02
NachSeAkREd CF	€	DE000DK0V7B5	86,68	-
Naspa Na PS-Chance	€	LU0104457105	67,55	+14,64
Naspa Na PS-ChanceP	€	LU0202181771	137,62	+12,05
Naspa Na PS-Ertrag	€	LU0104455588	45,04	-1,40
Naspa Na PS-Wachst	€	LU0104456800	45,17	+2,52
Naspa-Ak.Gb NachCF	€	DE0009771956	88,84	+17,40
Naspa-Ak.Gb NachTF	€	DE000DK0LNH7	131,18	+15,41

Metzler Asset Management GmbH

RWS-Aktienf.Nachh*	€	DE0009763300	109,58	+7,47

ODDO BHF Asset Management

Exk:PolarisBal DRw	€	LU0319574272	91,15	+8,66
Exk:PolsDyn DRw	€	LU0319577374	116,08	+12,59
Polaris Flexi DRw	€	LU0319572730	96,43	+7,68
Polaris Mod DRw*	€	DE000A0D95Q0	74,24	+2,56

ÖKOWORLD

Telefon +49 2103 28410

ÖkoVision Classic	€	LU0061928585	228,33	-11,05
Klima	€	LU0301152442	113,80	-11,05
Water For Life C	€	LU0332822492	216,94	-11,03
Öko Rock'n'Roll	€	LU0380798750	160,00	-17,85
Growing Mkts 2.0	€	LU0800346016	264,16	-4,37

Union Investment

Tel.: 069 58998-6060
www.union-investment.de

PrivatFonds: Nachh*	€	LU1900195949	55,77	+1,35
UniNachh AkEu A*	€	LU0090707612	72,57	+15,99
UniNachh AkEu netA*	€	LU0096427496	60,73	+14,81
UniNachh Akt Glob*	€	DE000A2N7V22	159,95	+23,58
UniNachh AktDeu nA*	€	DE000A2QFXN4	95,93	-
UniNachh AktDeut A*	€	DE0009750117	248,77	-0,35
UniNachhaltig A Gl*	€	DE000A0M80G4	178,06	+24,88
UniRak Na.Kon. A*	€	LU1572731245	109,43	-7,48
UniRak Nach.K-net-*	€	LU1572731591	108,14	-8,44
UniRak Nachh.A net*	€	LU0718558728	97,45	+2,94
UniRak NachhaltigA*	€	LU0718558488	101,25	+4,02
UniZukunft Klima A*	€	DE000A2QFXR5	48,17	-
UniZukunft Kli-neA*	€	DE000A2QFXS3	48,92	-

Alte Leipziger Trust

€uro Short Term	€	DE0008471699	41,03	-3,66
Aktien Deutschland	€	DE0008471608	125,51	-4,18
AL Trust €uro Relax	€	DE0008471798	50,15	-8,32
AL Trust Stab.	€	DE000A0H0PF4	65,77	-2,65
AL Trust Wachst IT	€	DE000A2PWPE6	71,81	+6,18
AL Trust Wachstum	€	DE000A0H0PG2	88,85	+3,68
Trust €uRen IT	€	DE000A2PWPA4	43,55	-15,57
Trust €uro Renten	€	DE0008471616	38,18	-15,69
Trust Akt Europa	€	DE0008471764	58,93	+13,01
Trust Chance	€	DE000A0H0PH0	107,25	+12,15
Trust Chance IT	€	DE000A2PWPC0	88,07	+15,69
Trust Glb Inv IT	€	DE000A2PWPB2	82,74	+2,06
Trust Glbl Invest	€	DE0008471715	122,74	+2,26
Trust Stab IT	€	DE000A2PWPD8	59,68	-0,75

C&P Funds (Creutz & Partners)

C&P Funds ClassiX*	€	LU0113798341	103,43	+42,41
C&P Funds DetoX*	€	LU2677653326	52,32	-
C&P Funds QuantiX*	€	LU0357633683	172,15	+20,07

Commerz Real

hausInvest	€	DE0009807016	43,65	+7,93

DAVIS FUNDS SICAV

Global A*	$	LU0067889476	52,38	-4,85
Value Fund A*	$	LU0067888072	87,54	+13,25

Deka Investments

Tel.: 069 / 7147-652 www.deka.de

AriDeka CF	€	DE0008474511	92,35	+19,82
BasisStrat Flex CF	€	DE000DK2EAR4	119,82	+2,07
BerolinaRent Deka	€	DE0008480799	38,02	-3,74
BW Zielfonds 2025	€	DE000DK0ECP8	40,72	-7,56
BW Zielfonds 2030	€	DE000DK0ECQ6	53,91	-0,40
Deka-Europ.Bal. CF	€	DE0005896872	54,03	-5,09
Deka-Europ.Bal. TF	€	DE000DK1CHH6	107,03	-5,50
Deka-Europa Akt Str	€	DE0008479247	90,33	+16,11
DekaFonds CF	€	DE0008474503	128,58	+4,12
Deka-Global Bal CF	€	DE000DK2J8N2	104,61	-0,67
Deka-Global Bal TF	€	DE000DK2J8P7	101,91	-1,71
Deka-MegaTrends CF	€	DE0005152706	151,46	+26,01
Deka-Na.Div Str CF	€	DE000DK0V521	137,43	+21,33
Deka-Nach Div RhEd	€	DE000DK0EF98	104,43	+5,55
Deka-Sachwer. CF	€	DE000DK0EC83	107,95	+6,60
Deka-Sachwer. TF	€	DE000DK0EC91	104,84	+5,48
DekaSpezial CF	€	DE0008474669	643,90	+34,71
DekaTresor	€	DE0008474750	84,69	+0,76
Div.Strateg.CF A	€	DE000DK2CDS0	208,58	+27,77
DivStrategieEur CF	€	DE000DK2J6T3	111,87	+21,84
Euro Potential CF	€	DE0009786277	169,20	-16,91
EuropaBond CF	€	DE000DK091G0	94,99	-19,26
EuropaBond TF	€	DE0009771980	34,38	-20,45
Frankf.Sparinrent	€	DE0008479981	51,49	-1,01
Frankf.Sparinvest	€	DE0008480732	165,26	+2,77
GlobalChampions CF	€	DE000DK0ECU8	354,60	+34,10
GlobalChampions TF	€	DE000DK0ECV6	317,24	+31,27
Mainfr. Strategiekonz.	€	DE000DK2CE40	192,30	+5,37
Mainfr. Wertkonz. ausg.	€	DE000DK1CHU9	96,68	-0,29
Multi Asset In.CFA	€	DE000DK2J662	84,12	-1,13
Multirent-Invest	€	DE0008479213	30,45	+2,81
Multizins-INVEST	€	DE0009786061	24,17	-3,34
NachSeAkReEdTF	€	DE0009771907	43,75	-12,93
Naspa-Fonds	€	DE0008480807	39,36	+1,03
RenditDeka	€	DE0008474537	21,73	-11,42
RenditDeka TF	€	DE000DK2D640	28,03	-11,83
RentenStratGl TF	€	DE000DK2J6Q9	76,32	-12,91
RentenStratGlob CF	€	DE000DK2J6P1	76,89	-11,91
RentenStratGlob PB	€	DE000DK2J6R7	76,90	-11,78
Rntfds RheinEdit	€	DE0008480666	28,71	-2,62

Die besten Rentenfonds im Vergleich

Titel	ISIN	Preis 15.07.	Performance in % 6 M.	1 J.	3 J.	5 J.	Lfd.Kosten %
Deka GlobalResources CF	LU0349172485	101,36 €	10,62	15,07	39,60	56,47	1,50
DWS S.A xtrackers AI+BD 1C*	IE00BGV5VN51	135,05 $	23,56	45,14	38,73	145,41	0,35
Union UniGlobal*	DE0008491051	432,90 €	18,33	28,27	37,85	93,83	1,45
Guinness AM Global Innovators*	IE00BGXX3L90	35,38 €	23,65	37,63	36,27	131,65	0,85
Union UniGlobal-net-*	DE0009750273	257,70 €	17,62	27,18	34,79	87,64	1,80
Deka Spezial AV	DE000DK2J845	205,30 €	16,64	27,98	34,67	76,83	1,46
Deka GlobalChampions AV	DE000DK2J852	232,29 €	20,94	30,40	34,09	87,78	1,54
Guinness AM Global Equity Inc*	IE00BVYPP024	17,89 €	10,31	17,71	34,00	76,70	0,78
Universal Global Player EUR*	DE0009797753	91,90 €	18,13	28,05	33,31	82,25	1,61
Union Lux UniDynamic Gl. A*	LU0089558679	133,00 €	25,02	36,72	32,89	108,05	1,51

Alle dargestellten Investmentfonds sind Teilnehmer am Funds Service, sortiert nach **3-Jahresperformance**, berechnet nach BVI (Bundesverband Investment und Asset Management) Methode. Laufende Kosten % = Anteil der Verwaltungskosten eines Fonds, hoher Prozentsatz = hoher Kostenanteil. Erscheinungswöchentlich wechselnde Kategorien: Aktien-, Renten- Geldmarkt-, Misch-, Immobilien- und wertgesicherte Fonds. Keine Anlageberatung und -empfehlung.

Technologie CF	€	DE0005152623	94,21	+42,58
UmweltInvest CF	€	DE000DK0ECS2	208,37	-4,89
UmweltInvest TF	€	DE000DK0ECT0	184,09	-6,93
Weltzins-Invest P	€	DE000A1CXYM9	18,74	+4,25

Deka International (Lux)

1822 Str.Cha.Pl.	€	LU0151488458	147,17	+5,46
1822 Str.Chance	€	LU0151488029	98,18	+8,30
1822 Str.Ert.Pl.	€	LU0151486320	44,73	-4,10
1822 Str.Wachstum	€	LU0151487302	52,48	+2,06
Berol.Ca.Chance	€	LU0096429435	69,75	+10,90
Berol.Ca.Premium	€	LU0096429609	90,12	+9,87
Berol.Ca.Sicherh.	€	LU0096428973	41,02	-2,14
Berol.Ca.Wachst.	€	LU0096429351	40,22	+2,80
DekaEuAktSpezAV	€	LU1508335152	151,26	+12,71
DekaEuAktSpezCF(A)	€	LU0835598458	213,17	+12,75
Deka-FlexZins CF	€	LU0249486092	991,17	+4,80
Deka-FlexZins PB	€	LU0475811682	998,10	+4,78
Deka-FlexZins TF	€	LU0268059614	992,27	+4,69
DekaGlobAktLRCF(A)	€	LU0851806900	241,28	+20,00
Deka-Indust 4.0 CF	€	LU1508359509	233,11	+14,99
Deka-Indust 4.0 TF	€	LU1508360002	220,88	+12,54
Köln Str.Chance	€	LU0101437480	72,02	+9,50
Köln Str.Ertrag	€	LU0101436672	41,96	-3,51
Köln Str.Wachstum	€	LU0101437217	42,42	+2,12
KölnStr.Chance+	€	LU0117172097	63,69	+6,61
UnterStrat Eu CF	€	LU1876154029	184,97	-3,72

Deka Immobilien Investment

Deka Immob Europa	€	DE0009809566	47,97	+8,79
Deka Immob Global	€	DE0007483612	55,04	+5,94
Deka-Immo Nordam	$	DE000DK0LLA6	55,06	+6,93
Deka-ImmoMetropol	€	DE000DK0TWX8	51,38	+4,96
WestInv. InterSel.	€	DE0009801423	47,89	+7,87

Deka-Vermögensmanagement GmbH

Deka-BaAZSt off 25	€	DE000DK0LPS9	114,05	-
Deka-PfSel ausgew	€	DE000A2N44B5	113,41	+4,62
Deka-PfSel dynam	€	DE000A2N44D1	130,95	+14,32
Deka-PfSel moderat	€	DE000A2N44C3	101,07	-1,14
DekaStruk.5Chance	€	DE000DK1CJP5	202,89	+11,83
DekaStruk.5Chance+	€	DE000DK1CJQ3	327,06	+9,55
DekaStruk.5Ertrag+	€	DE000DK1CJM2	95,68	-2,44
DekaStruk.5Wachst.	€	DE000DK1CJN0	103,95	+3,28
Hamb Stiftung D	€	DE000DK0LJ38	954,93	-0,32
Hamb Stiftung I	€	DE000A0YCK34	865,03	-0,39
Hamb Stiftung P	€	DE000A0YCK42	84,75	-1,36
Hamb Stiftung T	€	DE000A0YCK26	113,20	-1,39
Haspa TrendKonz P	€	LU0382196771	88,22	-2,90
Haspa TrendKonz V	€	LU1709333386	94,71	-1,73
LBBW Bal. CR 20	€	LU0097711666	44,78	-0,26
LBBW Bal. CR 40	€	LU0097712045	53,05	+2,03
LBBW Bal. CR 75	€	LU0097712474	72,32	+10,03
Priv BaPrem Chance	€	DE0005320022	171,89	+18,56
Priv BaPrem Ertrag	€	DE0005320030	46,31	-5,70

DWS

Offene Immobilienfonds

grundb. europa IC:	€	DE000A0NDW81	37,84	+2,59
grundb. europa RC	€	DE0009807008	37,76	+1,24
grundb. Fok Deu RC	€	DE0009807081	53,37	+3,12
grundb. Fokus D IC:	€	DE0009807099	53,99	+4,61
grundb. global IC:	€	DE000A0NCT95	49,36	-0,84
grundb. global RC	€	DE0009807057	48,81	-2,20

Gutmann Kapitalanlage

PRIME VAL Growth A	€	AT0000803689	145,65	+0,11
PRIME VAL IncomeA	€	AT0000973029	129,44	-3,86

HAUCK AUFHÄUSER FUND SERVICES

www.hal-privatbank.com

ERBA Invest OP	€	LU0327349527	30,89	+6,68
HAL Europ SmCap Eq*	€	LU0100177426	158,08	-7,28
HAL MultiAsset Con*	€	LU0456037844	109,23	-6,53
HAL MultiAsset Dyn*	€	LU0090344473	138,21	+17,46

hwb

www.hwb-fonds.com | info@hwb-fonds.com
Tel +49 651 1704 301 | +352 48 30 48 30

HWB Alex.Str.Ptf R*	€	LU0322055855	83,56	-1,81
HWB Alex.Str.Ptf V*	€	LU0322055426	83,58	-1,82
HWB Europe Pf.*	€	LU0119626884	4,50	-8,44
HWB Inter.Pf.*	€	LU0119626454	4,82	-4,60
HWB Pf. Plus R*	€	LU0277940762	113,39	+3,71
HWB Pf. Plus V*	€	LU0173899633	113,40	+3,74
HWB Vict.Str.Pf. R*	€	LU0277941570	1368	-3,43
HWB Vict.Str.Pf. V*	€	LU0141062942	1369	-3,44
HWB Wdelan + R*	€	LU0277940929	51,18	-4,96
HWB Wdelan + V*	€	LU0254656522	51,53	-4,91

IPConcept (Luxembourg) S.A.

ME Fonds PERGAMONF	€	LU0179077945	957,37	+12,21
ME Fonds Special V	€	LU0150613833	3450	+1,90

LRI Invest S.A.

ALTIS Bal Value*	€	LU0142612901	105,71	+20,47
ALTIS Global Res*	€	LU0188358195	168,69	+15,54
NW Global Strategy*	€	LU0303177777	126,58	+24,49

MEAG

www.meag.com privatanleger@meag.com

Dividende A*	€	DE000A1W18W8	66,73	+21,99
ERGO Vermög Ausgew*	€	DE000A2ARYT8	57,42	+3,45
ERGO Vermög Flexi*	€	DE000A2ARYP6	60,36	+5,66
ERGO Vermög Robust*	€	DE000A2ARYR2	49,30	-3,44
EuroBalance*	€	DE0009757450	67,75	+13,29
EuroErtrag*	€	DE0009782730	66,76	-2,42
EuroFlex*	€	DE0009757484	41,43	+0,46
EuroInvest A*	€	DE0009754333	104,10	+12,80
EuroKapital*	€	DE0009757468	60,39	+17,44
EuroRent A*	€	DE0009757443	26,92	-10,82
FairReturn A*	€	DE000A0RFJ25	54,56	-1,74
GlobalAktien*	€	DE000A2PPJZ8	66,45	-
GlobalBalance DF*	€	DE0009782763	74,16	+2,15
GlobalChance DF*	€	DE0009782789	87,47	+18,91
Nachhaltigkeit A*	€	DE0001619997	163,89	+29,04
ProInvest*	€	DE0009754119	219,39	+3,94
VermAnlage Komfort*	€	DE000A1JJJP7	63,74	+8,33
VermAnlage Ret A*	€	DE000A1JJJR3	77,80	+10,84

Metzler Asset Management GmbH

RWS-DYNAMIK A*	€	DE0009763334	38,76	+8,33
RWS-ERTRAG A*	€	DE0009763375	15,88	+1,09

NOBIS Asset Management S.A.

LiLux Convert*	€	LU0069514817	255,02	+0,59
LiLux-Rent*	€	LU0083353978	233,73	-0,25

ODDO BHF Asset Management

Basis-Fonds I Nach*	€	DE0008478090	144,63	+4,47
Substanz-Fonds*	€	DE000A0NEBQ7	1332	+0,33
Vermögens-Fonds*	€	DE000A0MYEJ6	846,75	-2,14

Union Investment

Tel.: 069 58998-6060
www.union-investment.de

PrivFd:Kontr.*	€	DE000A0RPAM5	133,89	+1,76
PrivFd:Kontr.pro*	€	DE000A0RPAN3	184,50	+11,68
Uni21.Jahrh.-net-*	€	DE0009757872	55,44	+28,18
UniDeutschl. XS*	€	DE0009750497	172,68	-29,00
UniEuroAktien*	€	DE0009757740	94,64	+9,30
UniEuropa-net-*	€	DE0009750232	100,49	+9,89
UniEuroRenta*	€	DE0008491069	58,69	-9,44
UniEuroRentaHigh Y*	€	DE0009757831	32,73	-1,94
UniFav.:Akt. -net-*	€	DE0008007519	166,33	+38,90
Unifavorit: Aktien*	€	DE0008477076	265,42	+40,36
UniFonds*	€	DE0008491002	59,11	-12,84
UniFonds-net-*	€	DE0009750208	86,91	-13,53
UniGlobal*	€	DE0008491051	432,90	+37,85
UniGlobal-net-*	€	DE0009750273	257,70	+34,79
UniNordamerika*	€	DE0009750075	667,06	+44,16
UnionGeldmarktfds*	€	DE0009750133	47,54	+4,29
UniRak*	€	DE0008491044	154,91	+7,03
UniRak Kons.-net-A*	€	DE000A1C81D8	115,26	-9,90
UniRak Konserva A*	€	DE000A1C81C0	117,30	-8,95
UniRak -net-*	€	DE0005314462	82,67	+5,91
UniRenta*	€	DE0008491028	16,28	-12,49
UniStrat: Ausgew.*	€	DE0005314116	76,43	+4,32
UniStrat: Konserv.*	€	DE0005314108	72,42	-4,12

Union Investment Luxemburg

PrivFd:Konseq.pro*	€	LU0493584741	108,82	+1,94
UniAsia Pac.net*	€	LU0100938306	149,37	-11,66
UniAsia Pacific A*	€	LU0100937670	146,47	-10,72
UniAusschü. net- A*	€	LU1390462262	49,01	+5,32
UniAusschüttung A*	€	LU1390462189	48,72	+6,28
UniDividAss net A*	€	LU0186860663	63,88	+19,23
UniDividendenAss A*	€	LU0186860408	65,24	+20,48
UniDyn.Europa A*	€	LU0085167236	154,28	+16,87
UniDynamic Gl. A*	€	LU0089558679	133,00	+32,89
UniEMGlobal*	€	LU0115904467	89,67	-14,62
UniEurKap Corp-A*	€	LU0168092178	35,26	-2,55
UniEurKap.Co.net A*	€	LU0168093226	35,67	-3,41
UniEuropa*	€	LU0047060487	3038	+10,47
UniGlobal Div A*	€	LU1570401114	131,35	+19,44
UniGlobal Div-netA*	€	LU1570401544	128,51	+18,20
UniIndustrie 4.0A*	€	LU1772413420	87,84	+17,41
UniOpti4*	€	LU0262776809	97,98	+3,52
UniSec. BioPha.*	€	LU0101441086	181,41	+20,70
UniSec. High Tech.*	€	LU0101441672	274,51	+55,81
UniStruktur*	€	LU1529950914	115,59	+7,11
UniVa. Global A*	€	LU0126315885	162,15	+24,23

Union Invest Real Estate

UniImmo:Dt.*	€	DE0009805507	95,22	+8,35
UniImmo:Europa*	€	DE0009805515	54,31	+5,63
UniImmo:Global*	€	DE0009805556	48,14	+3,65

Universal Lux.

CondorBalance-UI*	€	LU0112268841	100,75	+0,12
CondorChance-UI*	€	LU0112269146	108,31	+14,45
CondorTrends-UI*	€	LU0112269492	105,09	-3,50

W&W Int. Asset Mgmt. Dublin

SouthEast Asian Eq*	€	IE0002096034	146,10	+11,27

Warburg Invest

DMüller Prem Akt €*	€	DE000A111ZF1	87,17	-6,11

Sonstige

Leading Cities*	€	DE0006791825	86,86	-11,06

* Fondspreise etc. vom Vortag oder letzt verfügbar;
Währung: € = Euro, $ = US-Dollar, ¥ = Yen, £ = Brit. Pfund,
CH = Schweizer Franken,PL = Polnische Zloty.
Alle Angaben ohne Gewähr, keine Anlageberatung und -empfehlung.
Alle Fonds mit weiteren Informationen auf
moneyspecial.de/fonds

Infront Funds Service

+49 69 26095760 fundsservice@infrontfinance.com

Infront publiziert die Fondsdaten im Auftrag der Fondsgesellschaften als besonderen Service für deren Anleger.

ANZEIGE

100 € Urlaubsgeld für Sie!

Erleben Sie die komplette WELT – gedruckt und digital – 3 Monate lang für nur 65,99 € monatlich und sichern Sie sich eine Geldprämie in Höhe von 100 €.

Sie erhalten 100 € als Dankeschön auf Ihr Bankkonto!

Mit diesem Abo sind Sie immer top informiert

DIE WELT: Die Printausgabe von Montag bis Freitag in moderner, schlanker Form.

WELT AM SONNTAG Frühausgabe: Schon am Samstag Information und Unterhaltung für Ihr Wochenende.

WELTplus Premium: Alle digitalen Inhalte von WELT auf WELT.de und in den Apps.

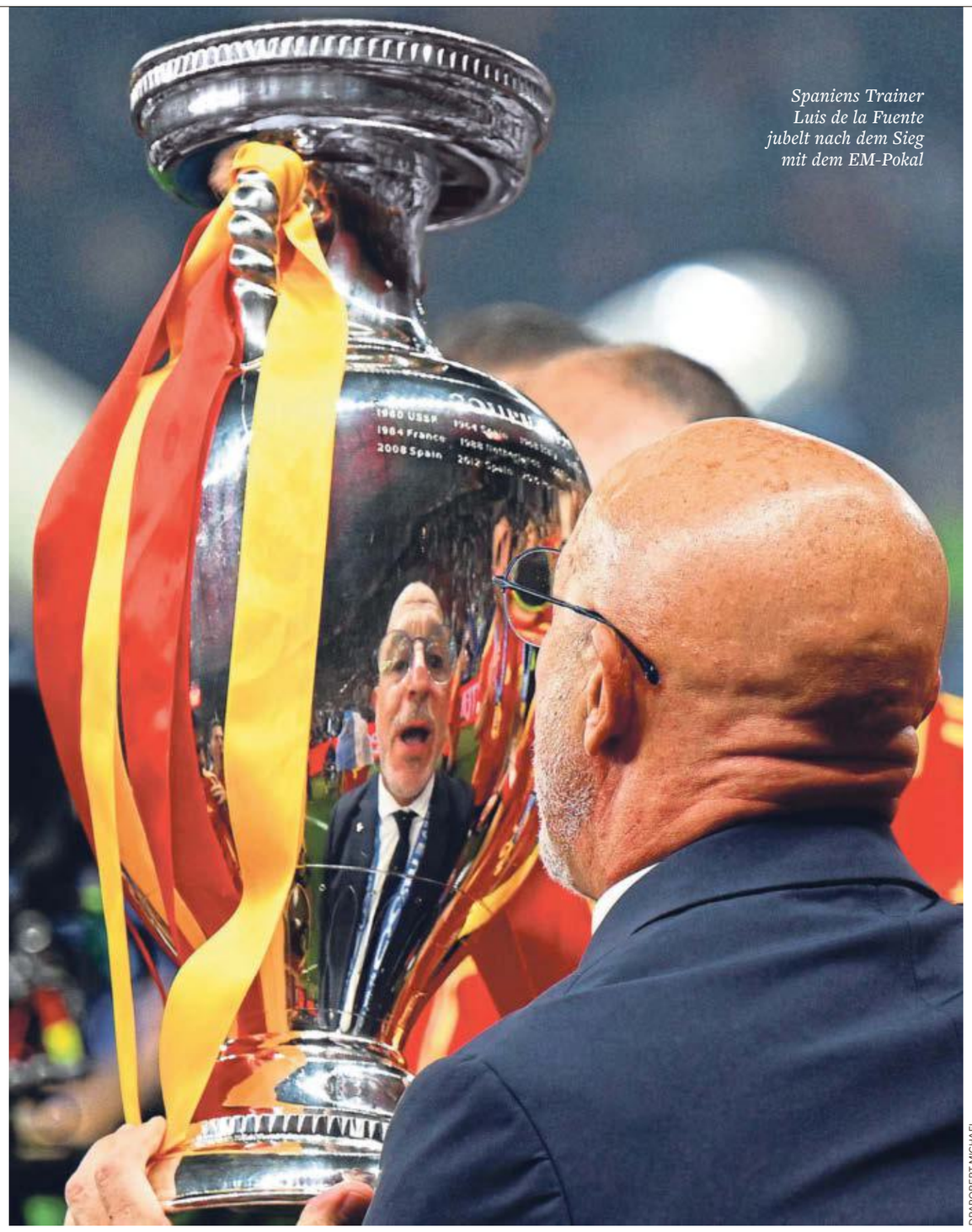
WELT CLUB: Events, Einblicke und viele weitere Vorteile – exklusiv für Abonnenten.

Gleich bestellen unter 0800/935 85 37* oder welt.de/urlaubsgeld

*Bestell-Nr. **10174334** / Montag–Samstag 7–19 Uhr, kostenfrei

Zum Abo-Shop

In Ihrem Abo sind die gedruckten Zeitungen und WELTplus Premium enthalten. Weitere Informationen zum Produkt finden Sie unter welt.de/produkt. WELT AM SONNTAG und DIE WELT erscheinen in der Axel Springer Deutschland GmbH, Axel-Springer-Str. 65, 10888 Berlin, vertreten durch die Geschäftsführung, Amtsgericht Charlottenburg, HRB 196159 B.



Spaniens Trainer Luis de la Fuente jubelt nach dem Sieg mit dem EM-Pokal

DPA/ROBERT MICHAEL

„Das Ergebnis zählt nicht allein, sondern die ART UND WEISE“

Mit Spanien triumphiert die spielstärkste Mannschaft bei der EM. Trainer Luis de la Fuente gilt als Vater der Erfolge – und blickt nun in eine goldene Zukunft

Es war eine kurze Sequenz, vielleicht einige Sekunden lang, aber doch prägend für den Ausgang der Europameisterschaft. In der 68. Minute entschied sich Luis de la Fuente für einen Wechsel. Sein Team führte durch ein Tor von Nico Williams 1:0 gegen England, und Spaniens Nationaltrainer holte seinen Kapitän vom Rasen. Für Álvaro Morata kam Mikel Oyarzabal ins Spiel.

VON ROUVEN CHLEBNA

Aymeric Laporte schien unglücklich mit der Entscheidung seines Trainers. Der Innenverteidiger lief wild gestikulierend auf de la Fuente zu, an der Seitenlinie lieferten sich beide einen lautstarken Austausch. Laporte deutete dabei erst in Richtung eigenes Tor, dann nach vorn. Sein Trainer legte ihm beruhigend beide Hände auf die Brust und bedeutete ihm, weiterzuspielen. Hätten die Engländer nach dem Ausgleich durch Cole Palmer auch noch die Führung erzielt, es hätte wohl Diskussionen gegeben. Doch das Spiel nahm einen anderen Verlauf.

Vier Minuten waren regulär noch zu absolvieren, da durfte de la Fuente mitansehen, wie seine Mannschaft einen wunderbaren Angriff auf den Rasen des Olympiastadions malte. Ballgewinn, schnelles Umschalten, mit einem Kontakt auf den Flügel, den Ball flach in den Strafraum gespielt, Tor. Ein Gemälde, dessen letzten Pinselstrich ausgerechnet Oyarzabal, der Eingewechselte, zog. Die Engländer dagegen schienen nicht einmal im Ansatz eine Chance zu haben, dieses Kunstwerk zu zerstören.

Dank des späten Tores und einer Rettungstat von Dani Olmo in der Nachspielzeit gewann Spanien das Finale der Fußball-Europameisterschaft 2:1 (0:0) und krönte sich zum Rekordsieger des Turniers. „Ich könnte nicht glücklicher sein, wenn ich die Fans sehe, das Publikum, die Spieler. Es ist ein wunderbarer Tag für uns“, sagte de la Fuente nach dem Spiel. Oyarzabal, sein taktischer Glücksgriff, fasste das Geschehene beinahe pathetisch zusammen. „Ich habe meine Arbeit gemacht, ich habe meine Pflicht erfüllt. Ich habe der Mannschaft geholfen. Ich bin super glücklich und super stolz auf alles“, betonte der Siegtorschütze. „Wir sind eine Mannschaft. Wir sind eine Familie. Das ist unglaublich.“

Und der Vater dieser glücklichen Familie heißt Luis de la Fuente. Der 63 Jahre alte Trainer führte Spanien zum mehr als verdienten Titel. Nach dem bitteren Aus der stolzen Fußballnation im Achtelfinale der Weltmeisterschaft 2022 hatte de la Fuente mit der Empfehlung von hervorragender Jugendarbeit beim spanischen Verband und zwei EM-Titeln (U19 sowie U21) den Posten übernommen. Der glatzköpfige Mann mit dem Erscheinungsbild eines Uni-Professors sollte die Elf mit jungen Talenten zurück zum Erfolg führen. Das tat de la Fuente auch.

Doch trotz des Sieges in der Nations League stand der Nationaltrainer in der Kritik. Er habe seinen Posten überhaupt nur aufgrund seiner engen Beziehung zum damaligen Verbandspräsidenten Luis Rubiales (der Auslöser des Kuss-Skandals) bekommen. Außerdem habe er nie einen großen Klub trainiert und könne folglich nicht mit Weltstars umgehen, stichelte die spanische Sportpresse. Doch de la Fuente blieb sich treu, berief Legenden wie Sergio Ramos nicht mehr zum Nationalteam, sondern setzte auf frische Talente wie Lamine Yamal, Nico Williams oder Pedri. Aus dem in Spanien beinahe vergötterten Tiki-Taka, dem Kurzpassspiel mit einem Kontakt, wurde ein deutlich dynamischeres und vertikaleres Herangehen „Der Trainer weiß, was er macht und wie er uns vorbereitet“, huldigte Rodri – Dreh- und Angelpunkt in Spaniens Team – nach dem Titelgewinn seinem Coach. „Er ist immer bescheiden, still, aber ein fantastischer Trainer.“ Spanien schwebte bei der EM von Sieg zu Sieg, nur im Viertelfinale gegen Deutschland (2:1 n.V.) geriet der Erfolg kurzzeitig in Gefahr.

Vor dem Finale gegen England wollte de la Fuente dennoch nichts von einer Favoritenrolle wissen. Wer Favorit sei, das überlasse man den Journalisten und Wettbüros. „Wir wissen, was die Menschen um uns herum für Analysen machen, aber wir machen unsere eigene“, gab sich de la Fuente selbstsicher. Also verordnete er seiner Mannschaft im Endspiel eine etwas vorsichtigere Herangehensweise. In der ersten Halbzeit rückten Spaniens Außenverteidiger bei Angriffen beispielsweise immer nur einzeln mit nach vorn. Es wirkte, als wolle de la Fuente nicht zu früh ins volle Risiko gehen.

Auf Rückschläge reagierte er mit den richtigen Lösungen. Als Spaniens Trainer zur Halbzeit seinen Mittelfeldmotor Rodri auswechseln musste, habe er kein schlechtes Gefühl gehabt. „Ohne respektlos gegenüber anderen zu sein. Ich habe die 26 besten Spieler der Welt. Deshalb hatte ich niemals ein schlechtes Gefühl“, erklärte de la Fuente weit nach Mitternacht. Geholfen hatte dabei auch, dass sein Team kurz nach der Pause in Führung gegangen war. Das Führungstor war das Produkt der beiden wohl auffälligsten Spanier des Turniers. Über die rechte Seite zog Yamal, der einen Tag nach seinem 17. Geburtstag zum jüngsten Spieler eines EM-Endspiels wurde, mit seiner unnachahmlichen Leichtigkeit in die Mitte. Auf der anderen Seite fand sein Pass Williams, der den Ball flach ins Tor schoss. De la Fuente reckte beide Arme in die Luft. „Ich wollte, dass das Spiel in diesem Moment vorbei ist. Aber so war es natürlich nicht“, erinnerte sich der Torschütze und Spieler des Finales später an seinen Treffer. „Wir mussten leiden, wir haben gelitten wie die Tiere.“

Tatsächlich schien Spanien nach dem Ausgleich für England durch Palmer (73.) ein wenig zu wackeln. Vielleicht auch, weil de la Fuentes jungen Spielern bewusst wurde, was auf dem Spiel stand. „Man kann Fußball auf verschiedene Arten interpretieren. Das ist unabhängig von der Qualität“, erklärte Spaniens Trainer nach der Partie seine Idee vom Fußball. „Ich wollte meine Ideen umsetzen, unberechenbarer sein. Nicht nur Ballbesitz, sondern unsere Dynamik in Szene setzen. Wir haben mit dem Wissen gespielt, was wir als Trainer-Team von unseren Fußballern verlangen können. Wir wollten das Rad nicht neu erfinden, sondern einfach nur das Beste aus den Spielern holen.“

Diese Dynamik und Einfachheit führte schließlich zum hochverdienten 2:1 durch den eingewechselten Oyarzabal. Als der Schlusspfiff ertönte, reckte de la Fuente beide Arme erneut in den Nachthimmel. Dann verschwand er in der jubelnden Traube seiner Co-Trainer. Erst als sein Gegenüber Gareth Southgate zum Gratulieren kam, tauchte de la Fuente wieder auf. Als das Team, angeführt von Marc Cucurella, feiernd in die spanische Kurve rannte, folgte der Trainer mit etwas Abstand. Der Rest versank im goldenen Konfettiregen der Siegerehrung, die auch der spanische König Felipe VI. und seine Tochter auf dem Rasen verfolgten.

In der Heimat kannte der Jubel ebenfalls keine Grenzen. „Spanien gewinnt den EM-Titel und ist das unbesiegbare Team. Es hat ein Jahrzehnt gedauert, bis der spanische Fußball eine weitere goldene Generation hervorgebracht hat. Nach etwas mehr als zehn Jahren, einem Wimpernschlag im Spitzensport, hat die Nationalmannschaft erneut ein ganzes Land begeistert“, titelte „La Vanguardia“. Andere Medien richteten den Blick schon in eine mögliche goldene Zukunft des spanischen Fußballs, so wie „Mundo Deportivo“: „La Roja ist verdienter Europameister und läutet eine neue Fußballära ein.“

In der Tat blickt der spanische Fußball in eine rosige Zukunft. Spieler wie Williams und allen voran Yamal können die Nationalmannschaft mindestens in den kommenden zehn Jahren tragen. Und auch der Trainer wird wohl weitermachen. Laut der „AS“ lag dem Coach bereits seit April ein Vertragsangebot inklusive Option bis 2028 zu stark verbesserten Konditionen vor. „Ich bin sehr glücklich. Der Verband ist glücklich. Ich denke, wir werden verlängern“, sagte de la Fuente nach dem EM-Titel – um seinen Hals baumelte die Siegermedaille. Ein schlagendes Argument in jeder Verhandlung.

Die große Bühne nutzte de la Fuente am Ende eines langen Abends dann noch, um seine Botschaft zu teilen. „Das ist Fußball, aber es geht auch um Werte“, leitete der siegreiche Trainer ein. „Ich denke, dass diese Generation ein Beispiel setzt. Das Ergebnis zählt nicht allein, sondern die Art und Weise.“ Dann sprach er über Solidarität und harte Arbeit, die seine Spieler an den Tag gelegt hätten. „Ich weiß nicht, ob wir die Gesellschaft verändern können. Aber gerade die jungen Menschen, die sollen sehen, dass wir nicht verwöhnte, sondern fleißige Spieler haben. Ich hoffe, wir können ihnen zeigen, was sie im Leben erreichen können.“

FUSSBALL-EM

Gruppe A

Deutschland – Schottland	5:1
Ungarn – Schweiz	1:3
Deutschland – Ungarn	2:0
Schottland – Schweiz	1:1
Schottland – Ungarn	0:1
Schweiz – Deutschland	1:1

1. Deutschland	3	8:2	7
2. Schweiz	3	5:3	5
3. Ungarn	3	2:5	3
4. Schottland	3	2:7	1

Gruppe B

Spanien – Kroatien	3:0
Italien – Albanien	2:1
Kroatien – Albanien	2:2
Spanien – Italien	1:0
Kroatien – Italien	1:1
Albanien – Spanien	0:1

1. Spanien	3	5:0	9
2. Italien	3	3:3	4
3. Kroatien	3	3:6	2
4. Albanien	3	3:5	1

Gruppe C

Slowenien – Dänemark	1:1
Serbien – England	0:1
Slowenien – Serbien	1:1
Dänemark – England	1:1
Dänemark – Serbien	0:0
England – Slowenien	0:0

1. England	3	2:1	5
2. Dänemark	3	2:2	3
2. Slowenien	3	2:2	3
4. Serbien	3	1:2	2

Gruppe D

Polen – Niederlande	1:2
Österreich – Frankreich	0:1
Polen – Österreich	1:3
Niederlande – Frankreich	0:0
Niederlande – Österreich	2:3
Frankreich – Polen	1:1

1. Österreich	3	6:4	6
2. Frankreich	3	2:1	5
3. Niederlande	3	4:4	4
4. Polen	3	3:6	1

Gruppe E

Rumänien – Ukraine	3:0
Belgien – Slowakei	0:1
Slowakei – Ukraine	1:2
Belgien – Rumänien	2:0
Slowakei – Rumänien	1:1
Ukraine – Belgien	0:0

1. Rumänien	3	4:3	4
2. Belgien	3	2:1	4
3. Slowakei	3	3:3	4
4. Ukraine	3	2:4	4

Gruppe F

Türkei – Georgien	3:1
Portugal – Tschechien	2:1
Georgien – Tschechien	1:1
Türkei – Portugal	0:3
Georgien – Portugal	2:0
Tschechien – Türkei	1:2

1. Portugal	3	5:3	6
2. Türkei	3	5:5	6
3. Georgien	3	4:4	4
4. Tschechien	3	3:5	1

Achtelfinale

1 Schweiz – Italien	2:0
2 Deutschland – Dänemark	2:0
3 England – Slowakei	2:1 n.V.
4 Spanien – Georgien	4:1
5 Frankreich – Belgien	1:0
6 Portugal – Slowenien	3:0 i.E.
7 Rumänien – Niederlande	0:3
8 Österreich – Türkei	1:2

Viertelfinale

1 Spanien – Deutschland	2:1 n.V.
2 Portugal – Frankreich	3:5 i.E.
3 England – Schweiz	5:3 i.E.
4 Niederlande – Türkei	2:1

Halbfinale

1 Spanien– Frankreich	2:1
2 Niederlande – England	1:2

Finale

Spanien – England	2:1

Prinz William und Kate loben englisches Team

Anerkennung nach schmerzhafter Finalpleite

Prinz William und seine Frau Kate haben die Leistung der englischen Fußball-Nationalmannschaft nach deren Niederlage im EM-Finale gelobt. „England, euer Teamwork, euer Durchhaltevermögen und eure Entschlossenheit waren eine Inspiration für uns alle, jung und alt“, hieß es in einer Botschaft des britischen Thronfolgerpaars auf X. Sie fügten hinzu: „Glückwünsche an Spanien“. Unterzeichnet war die Nachricht mit „W & C“, den Anfangsbuchstaben ihrer Vornamen William und Catherine. Das gilt als Zeichen, dass sie die Nachricht selbst verfasst haben.

Dazu postete der Palast ein Foto, das Prinzessin Charlotte und Prinz Louis im Trikot der Three Lions zeigte mit ihren Vornamen und ihrem Alter als Rückennummer. Die beiden sind nur von hinten zu sehen, wie sie ein Fußballspiel auf dem Fernseher anschauen. Der älteste Spross des Prince und der Princess of Wales, Prinz George (11), war mit seinem Vater für das Finalspiel nach Berlin gereist und durfte dort live dabei sein. Kate hatte sich am Sonntag dafür beim Wimbledon-Finale gezeigt und von Prinzessin Charlotte begleiten lassen.

Prinz William ist Präsident des englischen Fußballverbands FA (Football Association). Er gilt als glühender Anhänger des Birminghamer Premier-League-Klubs Aston Villa. Auch sein Vater König Charles III. hatte sich mehrfach zum Verlauf des Turniers geäußert. Nach der Niederlage zeigte er sich anerkennend: Allein das Erreichen des Endspiels sei eine großartige Leistung gewesen, so der Monarch. Er fügte hinzu: „Viele Triumphe, da bin ich mir sicher, liegen noch vor uns.“ dpa

Tränen, Leiden – und doch die nächste Messi-Krönung

Argentinien gewinnt die Copa América. Aber der Superstar des Landes verletzt sich im von Zwischenfällen überlagerten Endspiel

Lionel Messi weinte hemmungslos und litt unter seiner Hilflosigkeit. Mit Schmerzen im dicken Knöchel und seiner Fußball-Seele musste sich der Kapitän der argentinischen Nationalmannschaft beim dritten großen Titel der Albiceleste seit 2021 auf seine Mitspieler verlassen. Mit Erfolg. „Eine mehr“, postete Messi nach dem Finale der Copa América bei Instagram – links und rechts in den Armen eine riesige Copa-Trophäe.

1100 Tage nach dem ersten Triumph bei der Copa América gewann Argentinien am Sonntag (Ortszeit) in Miami mit Messi auf der Bank ab der 66. Minute erneut die Südamerika-Meisterschaft. „Leo wurde geboren, um auf dem Fußballplatz zu stehen“, sagte Nationaltrainer Lionel Scaloni. „Er will nie rausgehen, weil er seine Teamkollegen nicht im Stich lassen will.“ Gegen Kolumbien musste er es notgedrungen, Bilder seines schwer geschwollenen rechten Knöchels lassen nichts Gutes erahnen.

In Messis neuer Fußball-Wahlheimat krönte der achtmalige Weltfußballer ein weiteres Mal seine einzigartige Karriere. Mit 1:0 (0:0) siegte Argentinien in einem Finale, das von bedenklich chaotischen Zuständen begleitet wurde. Fast 90 Minuten später konnte das Spiel erst angepfiffen werden, weil Fans ohne Ticket versuchten, ins Hard Rock Stadium zu gelangen. Die teilweise erschreckenden Bilder lösten umgehend Sicherheitsbedenken mit Blick auf die Fußball-WM 2026 in den USA, Kanada und Mexiko aus. Ob Messi dann noch für Argentinien spielen wird, blieb erst mal offen. „Das sind die letzten Schlachten. Wir sollten alles genießen, was wir als Nationalmannschaft erleben“, hatte er vor dem Finale gesagt. Im Sommer 2026 wird Messi 39 Jahre alt. Nach dem Finalsieg äußerte er sich dazu erst mal nicht.

Lange war die Copa so etwas wie ein Alptraum für Messi, 2016 verkündete er nach einem erneuten Scheitern im Finale sogar seinen Rücktritt aus der Nationalmannschaft. Was folgte, war seine Rückkehr und eine WM zum Vergessen 2018 in Russland, ehe Lionel Scaloni die Mannschaft übernahm und Argentinien zur erfolgreichsten Ära führte mit dem absoluten Höhepunkt des WM-Gewinns 2022 in Katar. „Ich weiß nicht, ob wir eine Ära geprägt haben, aber die Mannschaft überrascht immer wieder. Sie übersteht alle Schwierigkeiten“, sagte er nach dem erneuten Copa-Titel.

Nach seinem siebten Südamerika-Finale stemmte Messi mithilfe seiner langjährigen Mitstreiter Ángel di Mariá bei dessen letztem Länderspiel und Nicolás Otamendi die riesige Trophäe in den Himmel von Miami. Den einzigen Treffer einer hart geführten Partie hatte Lautaro Martínez in der 112. Minute erzielt. „Alle für einen“, schrieb der Sender „TyCSports“. „Ohne Messi, mit Drama“, hieß es bei „Clarín“. Auch in Messis ehemaliger Wahlheimat Spanien machten die Szenen des so angefassten Stars auf der Bank schnell die Runde – trotz des eigenen EM-Triumphs am Sonntag in Berlin (*siehe Text oben*). „Messis ungeheure Trostlosigkeit: Er bricht zusammen… und kann selbst auf der Bank nicht aufhören zu weinen“, schrieb die Sportzeitung „Marca“. Doch allerspätestens mit dem Schlusspfiff waren es nur noch Freudentränen.

Lionel Messi verlässt verletzt den Platz

DPA/JULIO CORTEZ

Lange umarmten sich Messi und Trainer Scaloni. Keinem Coach vor dem 46-Jährigen, der bei der WM 2006 in Deutschland als Spieler mit Messi im Kader gestanden hatte, war es je gelungen, Messi in der Nationalmannschaft so zur Entfaltung kommen zu lassen. Während über viele Jahre der FC Barcelona immer Messis Ort der Fußballverwirklichung war, blühte er allerspätestens seit seinem notgedrungenen Weggang im Sommer 2021 von Barça zu Paris Saint-Germain in der Auswahl der Südamerikaner richtig auf. Und er holte die Titel, die ihm schon fast für immer verwehrt schienen. Dass er nun in Miami, wo er seit einem Jahr spielt, wieder einen großen Pokal in den Händen hielt, passt in die finale Traumkarriere des Ausnahmekönners mit nunmehr insgesamt 45 Titeln auf Vereins- und Länderspielebene. dpa

Die Pronomen-FALLE

Am 1. August tritt in Deutschland das neue Selbstbestimmungsgesetz in Kraft. Droht nun eine Flut kryptischer Pronomina die Sprache zu verkomplizieren?

Am 1. August tritt das sogenannte „Selbstbestimmungsgesetz“ in Kraft. Dann darf jeder durch eine Anmeldung sein Geschlecht und seinen ihm von den Eltern gegebenen Vornamen ändern lassen. Ab November löst dann das neue Gesetz endgültig das alte Transsexuellengesetz von 1980 ab. Von den gesellschaftlichen Konflikten, die uns damit bevorstehen, gibt es schon jetzt erste Vorahnungen.

Nicht nur am Zutritt zu Umkleidekabinen, Toiletten und anderen bisher ausschließlich biologischen Frauen vorbehaltenen Räumen könnten sich demnächst juristische Konflikte entzünden. Ein viel allgemeinerer Kampfplatz droht das sogenannte „Misgendern“ zu werden.

VON MATTHIAS HEINE

Das sogenannte „Offenbarungsverbot“ besagt laut Paragraf 13 des Selbstbestimmungsgesetzes: „Sind Geschlechtsangabe und Vornamen einer Person nach § 2 geändert worden, so dürfen die bis zur Änderung eingetragene Geschlechtsangabe und die bis zur Änderung eingetragenen Vornamen ohne Zustimmung dieser Person nicht offenbart oder ausgeforscht werden.“ Damit hat es aber eine Bewandtnis, die verschiedene Deutungen und Auslegungen zulässt.

Inwieweit es künftig zu einem Bußgeld führen kann, eine Person zu misgendern – also ihr unerwünschtes abgewähltes Geschlecht sprachlich zu enthüllen, ist umstritten. Im Gesetzesentwurf der Bundesregierung steht unter Paragraf 14: „(1) Ordnungswidrig handelt, wer entgegen §13 Absatz 1 Satz 1 die Geschlechtszugehörigkeit oder einen Vornamen offenbart und dadurch die betroffene Person absichtlich schädigt (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden“.

Aber verstößt schon bloßes misgendern gegen das Offenbarungsverbot? Drohen juristische Konsequenzen bereits, wenn man unerwünschte Pronomen gebraucht – also eine Person, die jetzt Frau ist, mit *er* bezeichnet? Das Bundesfamilienministerium versucht, entsprechende Bedenken zu entkräften: „Ein generelles Verbot des sogenannten ‚Misgenderns‘ oder ‚Deadnamings‘ ist im Selbstbestimmungsgesetz nicht geregelt.“ Bußgeldbewehrt sei nur, wenn eine „Person durch die Offenbarung absichtlich geschädigt“ würde. Auch das Justizministerium stellt gegenüber WELT klar: „Das Selbstbestimmungsgesetz enthält kein Verbot des Mis-Genderns.“

Doch in der aktivistischen queeren Szene zeichnet sich schon jetzt ab, dass man das neue Gesetz offensiv im eigenen Sinne zu interpretieren gedenkt. Die Webseite „Siegessäule“ berichtete beispielsweise: „Darüber hinaus bewertet das im Gesetz enthaltene ‚Offenbarungsverbot‘ erstmals Deadnaming, Zwangsouting und Misgendern als Ordnungswidrigkeit. Bei Verstoß drohen Strafen von bis zu 10.000 Euro.“ Keine Rede davon, dass Vorsatz, jemanden absichtlich zu schädigen, im Spiel sein muss. Die Auslegung wird spezialisierte Anwälte mutmaßlich jahrelang beschäftigen.

Komplizierter wird die Lage, weil es ja nicht mehr nur zwei traditionelle Identitäten gibt, sondern viele. Facebook bot schon 2014 die Möglichkeit an, zwischen 60 verschiedenen Geschlechtern zu wählen. Seitdem sind es nicht weniger geworden.

Die Vielzahl der sexuellen Zwischenstufen wird natürlich durch die Dreizahl der deutschen Personalpronomen *er/sie/es* für die dritte Person Singular nicht abgebildet. Längst ist es üblich geworden, in Social-Media-Profilen anzugeben, mit welchem Pronomen man angeredet werden will – wer es nicht tut, gilt manchen schon als passiv-aggressiv queerfeindlich. Der Linguist John McWhorter charakterisierte die Pronomen kürzlich in der „New York Times“: „Die winzigsten Wörter verursachen den größten Aufschrei.“

Noch wird dieser Pronomen-Hype belächelt. Auch das Justizministerium beruhigt mit dem Hinweis darauf, was nicht im Gesetz steht: „Das Selbstbestimmungsgesetz schreibt niemandem vor, Neo-Pronomen wie ‚dey‘ oder ‚xier‘zu verwenden.“ Was ein rein fachjuristischer Standpunkt außer Acht lässt: *Misgendern* ist ein Begriff der gesellschaftlich bedingtem Bedeutungswandel unterworfen ist. Es gibt ihn erst seit Mitte der Zehnerjahre im Deutschen. Häufiger gebraucht wird das Verb erst in jüngster Zeit. Schon heute wird der bloße Gebrauch falscher Pronomen darunter verstanden. Auf einer Seite der FU Berlin berichten „diverse“ Personen darüber, dass es für sie eine demütigende alltägliche Erfahrung sei, auf diese Weise misgegendert zu werden.

Mit dem neuen Gesetz ist denkbar, dass künftig alle Arten des Misgenderns Anlass für juristische Verfahren werden könnten. Nur wer die Kulturkämpfe der jüngsten Zeit ignoriert, kann hoffen, dass nicht irgendwelche aktivistischen Anzeigenhauptmeister und „Betroffenen“ versuchen werden, das Offenbarungsverbot vor Gericht in diesem, ihrem Sinne zu umzudeuten.

Beispiele für ähnliche Verfahren gibt es genug: So ist es bis heute nicht verboten, jemanden mit *Fräulein* anzureden. Trotzdem hat eine junge Frau 2019 ihre Vermieterin verklagt, die sie auf dem Putzplan *Fräulein* nannte. Auch gendern ist bis heute keine Pflicht, vielmehr ist es eines der wichtigsten Argumente der Gender-Befürworter, dass niemand dazu gezwungen wird. Dennoch ging 2020 eine andere Frau bis vors Bundesverfassungsgericht, um Sparkassen zu zwingen, nicht nur die neutrale Bezeichnung *Kunde* in ihren Formularen zu nutzen.

Niemand kann garantieren, dass es ähnliche Klagen nicht auch um Pronomen geben wird. Wer solche Eventualitäten durch angepasste Pronomen-Verwendung von vornherein ausschließen will, müsste die infrage kommenden „richtigen“ Wörter aber alle kennen. Und da wartet eine Menge Lernstoff.

In Deutschland hat sich nämlich noch keineswegs ein einziges Pronomen für nonbinäre Menschen durchgesetzt – so wie im Englischen *they* oder im Schwedischen *hen* längst etabliert sind. Wer

DIENSTAG

ARD

5.30 HD **MoMa** 9.00 HD **Tagesschau** 9.05 HD **Hubert ohne Staller** Krimi-Serie. Der Bartmeister. Mit Christian Tramitz 9.55 HD **Tagesschau** Magazin 10.00 HD **Meister des Alltags** Show. Moderation: Florian Weber 10.30 HD **Gefragt – Gejagt** Show. Moderation: Alexander Bommes 11.15 HD **ARD-Buffet** Magazin. Rezept: Gemüsesalat mit gebackenem Camembert von Antonina Müller / Ratgeber: Insektenstichen vorbeugen und behandeln. Mit Ruth Küpper, Apothekerin. Moderation: Johannes Zenglein 12.00 HD **Tagesschau** Magazin 12.10 HD **ZDF-Mittagsmagazin**
14.00 HD **Tagesschau** Mit Wetter
14.10 HD **Radsport: Tour de France** 16. Etappe: Gruissan – Nîmes. Mod. M. Antwerpes
18.00 HD **Gefragt – Gejagt**
18.45 **Fußball: Europameisterschaft der Frauen** Qualifikationsspiel: Deutschland – Österreich. Aus Hannover Moderation: Claus Lufen
21.10 HD **In aller Freundschaft** Arzt-Serie. Realitäten
21.55 **Report München** U.a.: Der Shisha-Krieg der Clans: Herausforderung für Stadt und Land
22.25 **Tagesthemen**
23.00 **Notfall Rettung – Wenn die Hilfe versagt** Doku
23.45 HD **Nie wieder obdachlos – Als Schiedsrichter zurück ins Leben** Dokumentation
0.15 HD **Tagesschau**

ZDF

5.30 HD **MoMa** 9.00 **heute Xpress** 9.05 HD **Volle Kanne** Magazin 10.30 HD **Notruf Hafenkante** Die Frau aus Ipanema 11.15 HD **SOKO Stuttgart** 12.00 **heute** 12.10 **ZDF-Mittagsmagazin**
14.00 HD **heute – in Deutschland**
14.15 HD **Die Küchenschlacht** Show
15.00 HD **heute Xpress**
15.05 HD **Bares für Rares** Magazin
16.00 HD **heute – in Europa**
16.10 HD **Die Rosenheim-Cops** Eine geliebte Schwester
17.00 HD **heute** Nachrichten
17.10 HD **hallo deutschland**
18.00 **SOKO Köln** Krimi-Serie Ruhe sanft. Mit Sonja Baum
19.00 HD **heute** Mod.: B. Hahlweg
19.25 HD **Die Rosenheim-Cops** Krimi-Serie. Jeder will Mai. Mit Dieter Fischer, Vanessa Eckart
20.15 HD **Prinzessin Kate und das Drama der Windsors** Seit Bekanntgabe ihrer Krebserkrankung kann Prinzessin Kate Middleton die britische Monarchie nicht unterstützen
21.00 HD **frontal** Magazin
21.45 HD **heute journal**
22.15 **Die Anstalt** Mod.: M. Uthoff, Claus von Wagner, Maike Kühl
23.00 HD **Markus Lanz** Talkshow
0.15 HD **heute journal update**
0.30 HD **Showdown in den Bergen** Actionfilm (F 2021)
2.00 HD **Dan Sommerdahl – Tödliche Idylle: Alte Träume** TV-Krimi (DK/D 2021)

SAT.1

5.30 HD **SAT.1-Frühstücksfernsehen** Magazin. Zu Gast: Elena Gruschka, Tina Becher, Dr. med. Lüder Warnken 10.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap. Modern Stalking 11.00 HD **Auf Streife** 12.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap. Scharfe Waffe im Müll 13.00 HD **Auf Streife – Die Spezialisten** In schwindelerregender Höhe
14.00 HD **Auf Streife – Die Spezialisten** Doku-Soap. Die Reise zum Mittelpunkt der Erde
15.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap
16.00 HD **Auf Streife** Doku-Soap
17.00 HD **Lebensretter hautnah**
17.30 HD **Lebensretter hautnah – Wenn jede Sekunde zählt**
18.00 HD **Notruf** Reportagereihe
19.00 HD **Die Landarztpraxis** Drama-Serie. Doppeltes Spiel
19.45 HD **SAT.1 :newstime**
20.15 HD **Navy CIS** Krimi-Serie Fremd in einem fremden Land Das NCIS-Team untersucht den Mord an William Huxley.
21.15 HD **Navy CIS: Hawaii** Krimi-Serie. Im Rampenlicht
22.15 HD **FBI: Special Crime Unit** Krimi-Serie. Personenschutz. Mit Missy Peregrym
23.15 HD **FBI: Most Wanted** Krimi-Serie. Familienbetrieb
0.10 HD **Navy CIS** (Wh.)
1.05 HD **Navy CIS: Hawaii** Krimi-Serie. Im Rampenlicht. Das Team macht Jagd auf einen gefährlichen Ex-Soldaten.
1.50 **FBI: Special Crime Unit** (Wh.)

RTL

5.20 HD **CSI: Den Tätern auf der Spur** 6.00 HD **Punkt 6** Magazin 7.00 HD **Punkt 7** Magazin 8.00 **Punkt 8** 9.00 **GZSZ** 9.30 **Unter uns** 10.00 **Ulrich Wetzel – Das Strafgericht** 11.00 **Barbara Salesch – Das Strafgericht** 12.00 HD **Punkt 12** Magazin
15.00 HD **Barbara Salesch – Das Strafgericht** Doku-Soap
16.00 HD **Ulrich Wetzel – Das Strafgericht** Doku-Soap
17.00 HD **Verklag mich doch!**
17.30 **Unter uns** Soap. Familienduell Mit Julius Dombrink
18.00 HD **Explosiv – Das Magazin**
18.30 HD **Exclusiv – Das Star-Magazin** Mod.: Bella Lesnik
18.45 HD **RTL Aktuell**
19.05 **Alles was zählt** Soap Große Pläne. Mit Suri Abbassi
19.40 **GZSZ** Feuerpause
20.15 HD **Raue – Der Restaurantretter** „Hollwigger Bistrorant“ in Köln. Moderation: Tim Raue, Katharina Raue. Beim „Hollwigger Bistrorant“ herrscht Betriebsblindheit und mangelnder Führungskompetenz.
22.15 HD **RTL Direkt**
22.35 HD **Extra** Das große Stau-Experiment / Mücken-Extremtest / Schwanger mit 50!
0.00 HD **RTL Nachtjournal**
0.25 HD **RTL Nachtjournal Spezial: Hapag-Chef Rolf Habben Jansen im Interview**
0.45 HD **CSI: Miami** Krimi-Serie Narziss & Psyche / Fightclub

3SAT

14.00 HD **Wunderbares Wales – Von den Bergen bis ans Meer**
14.45 HD **Entlang der Cambrian Coast in Wales – Ein Gleis und viele Drachen** Doku
15.30 HD **Inas Reisen**
16.15 HD **Mit dem Zug ...** Dokumentationsreihe
17.00 HD **Eisenbahn-Romantik**
17.30 HD **Fjorde, Nordkap und Polarlicht – Norwegens legendäre Hurtigruten** Dokumentarfilm (D 2018)
19.00 HD **heute**
19.20 HD **Das Geheimnis der Meister** Paula Modersohn-Becker
20.00 HD **Tagesschau**
20.15 HD **Die Toten vom Bodensee: Der Wiederkehrer** TV-Krimi (D/A 2017)
21.45 HD **Erlebnisreisen**
22.00 HD **ZIB 2**
22.25 **Maria Wern, Kripo Gotland: Sturmfront** TV-Krimi (S 2020)
23.50 HD **Alles finster** Comedy-Serie. Mit Maria Hofstätter
0.35 HD **Die Frauenfussball-Chefin – Tatjana Haennis neues Leben in New York** Reportage
1.10 HD **10vor10**

ARTE

14.15 HD **Für eine Frau** Drama (F 2013) Mit Benoît Magimel, Mélanie Thierry, Nicolas Duvauchelle. Regie: Diane Kurys
16.05 **Mission** Drama (GB/F 1986) Mit Robert De Niro, Jeremy Irons. Im 18. Jahrhundert versucht der Jesuitenpater Gabriel, einen Indio-Stamm vor der Versklavung zu beschützen.
18.05 HD **Mit Kompass und Köpfchen auf hoher See**
18.35 HD **Die Adria**
19.20 **Arte Journal** Nachrichten
19.40 **Preiskämpferinnen – Leben auf dem Polenmarkt** Doku
20.15 HD **Der Bruderkrieg – Deutsche und Franzosen 1870/71** Dokumentationsreihe
22.55 HD **Außenpolitik in Krisenzeiten – Welche Rolle spielt Europa?** Dokumentation
23.50 HD **Marokkos einsamer König** Dokumentation
0.55 HD **Die Braut trug schwarz** Kriminalfilm (F/I 1968) Mit Jeanne Moreau, Jean-Claude Brialy, Michel Bouquet
2.40 HD **Meine Garage, mein Paradies.** Dokumentation

PRO SIEBEN

5.25 HD **Galileo** (Wh.) 6.25 HD **How I Met Your Mother** 6.50 **Die Simpsons** 7.45 HD **The Big Bang Theory** 9.00 HD **Friends** Sitcom. Prinzessin Consuela / Paris oder New York? / Die Abschiedsparty / Auf Wiedersehen (1+2) 11.25 HD **How I Met Your Mother** Sitcom. Wir sind nicht von hier / Angst vorm Dreirad / Kleine Jungs / Irre heiß / Das bin nicht ich 13.45 HD **Two and a Half Men** Sitcom
15.40 HD **Big Bang Theory** Sitcom. Die Verzögerungstaktik / Der Verführungskünstler / Das Freund-Feind-Dilemma Mit Johnny Galecki
17.00 **taff** Magazin
18.00 HD **ProSieben :newstime**
18.10 **Die Simpsons**
19.05 **Galileo** How to Make Money Fast – Marinko Marjanovic
20.15 HD **Darüber staunt die Welt** Show. Die abgedrehtesten Feier-Fauxpas. Pleiten, Pech und Pannen vor laufender Kamera sorgen für gute Laune.
22.45 HD **Wer isses?** Show. Rateteam: Ralf Schmitz, Chris Tall, Vanessa Mai, Eko Fresh. Moderation: Steven Gätjen. Ralf Schmitz und Chris Tall werden zu konkurrierenden Detektiven.
1.10 HD **ProSieben :newstime**
1.15 HD **Das Duell um die Welt – Team Joko gegen Team Klaas** Mit Joko Winterscheidt, Klaas Heufer-Umlauf
4.30 HD **taff** Magazin

KABEL 1

5.40 HD **Hawaii Five-0** Krimi-Serie
10.05 HD **Navy CIS** Serie. Beweise / Auf der Lauer / Hundeleben / Lang lebe die Königin / Grüne Zone. Die Leiche des muslimischen Marines Abdul Bakr wurde in der Nähe einer Moschee entdeckt.
14.55 HD **Castle** Krimi-Serie
15.50 HD **Kabel Eins :newstime**
16.00 HD **Castle** Krimi-Serie. In guten wie in schlechten Zeiten Mit Nathan Fillion, Stana Katic
16.55 HD **Abenteuer Leben täglich** Braucht man das? Moulinette
17.55 HD **Mein Lokal, Dein Lokal – Der Profi kommt** Reportagereihe. „MitBaaaart“, Kiel
18.55 HD **Achtung Kontrolle!** Reportagereihe. Kampfansage den Männerhaaren – Barbierausbildung in Hamburg
20.15 HD **Urlaubsreif** Komödie (USA 2014) Mit Adam Sandler, Drew Barrymore, Kevin Nealon. Regie: Frank Coraci. Das erste Date von Witwer Jim und Single Lauren führt zum gemeinsamen Wunsch, sich nie wiederzusehen. Doch unverhofft werden sie mit ihren Kindern für den Südafrikaurlaub auf dasselbe Zimmer gebucht.
22.40 HD **Mädelstrip** Actionkomödie (USA 2017) Mit Amy Schumer, Goldie Hawn
0.25 HD **Urlaubsreif** Komödie (USA '14) Mit A. Sandler (Wh.)
2.30 **Kabel Eins :newstime**

NDR

17.10 **Leopard & Co.** 18.00 **Ländermagazine** 18.15 HD **Rentner im Job – Der Ruhestand kann warten** 18.45 HD **DAS!** Magazin 19.30 **Ländermagazine** 20.00 HD **Tagesschau** Magazin 20.15 HD **Visite** 21.15 HD **Panorama 3** 21.45 HD **NDR Info** 22.00 HD **Tatort: Was bleibt** TV-Krimi (D 2023) Mit Wotan Wilke Möhring 23.30 HD **Kreuzfahrt auf neuem Kurs – Schrottplatz oder Jungfernfahrt?** Reportage 0.00 HD **Tanja – Terroristin oder Freiheitskämpferin?** Dokufilm (D 2023)

STREAMING-TIPP

Das perfekte Geheimnis (Komödie) Wie viele Geheimnisse verträgt eine Freundschaft? In seiner Komödie zeigt Bora Dagtekin, dass gute Freunde wenig voneinander wissen, ihre Mobiltelefone dafür umso mehr: Rocco begrüßt seine Kumpel nebst Ehefrauen zum Abendessen. Kaum sitzen alle beisammen, kommt die Psychologin Eva auf die Idee, dass an diesem Abend alle eingehenden Handynachrichten laut vorgelesen werden. Zögerlich lassen sich alle darauf ein. Der Abend gerät zum Desaster. **Amazon Prime**

ZDF INFO

7.30 HD **Von der Keule zur Rakete – Die Geschichte der Gewalt** Dokumentationsreihe. Krieg zur See / Waffen für jedermann / Nahkampf / Kraft der Zerstörung / Angriff aus dem Hinterhalt / Angriff aus der Luft / Zivilisten im Fadenkreuz. Das griechische Feuer verbreitete in antiken Seeschlachten Angst und Schrecken, doch das Rezept ist verloren. 12.45 HD **Mythos Belagerung** Akkon – Der Kampf um das Königreich Jerusalem / Konstantinopel – Der Untergang des Byzantinischen Reiches / Malta – Die Niederlage des Osmanischen Reiches / Rhodos – Die Vertreibung des Johanniterordens
15.45 **Burgen – Mythos und Wahrheit** Festungen und Kanonen / Die Zeit der Ritter / Bollwerke der Macht / Feste Mauern
18.45 **Große Völker** Dokureihe
20.15 HD **Aufstieg und Fall großer Völker** Dokumentationsreihe. Die Geburt einer Zivilisation / Der Weg zur Macht / Das Streben nach Reichtum / Der Kampf ums Überleben / Die Macht des Staates / Das Vermächtnis
0.30 HD **heute-journal** Magazin Moderation: Marietta Slomka

MDR

17.00 HD **MDR um 4** 17.45 HD **MDR aktuell** Magazin 18.05 HD **Wetter für 3** Magazin 18.10 HD **Brisant Classix** 18.54 HD **Unser Sandmännchen** 19.00 HD **MDR Regional** 19.30 HD **MDR aktuell** Magazin 19.50 HD **Mit Herz und Land – Mitteldeutsche Hofgeschichten** 20.15 HD **Umschau** 21.00 HD **Ein Erdrutsch und die langen Folgen: Der Concordiasee** 21.45 HD **MDR aktuell** 22.10 HD **Angela Merkel – Im Lauf der Zeit** 23.40 **Polizeiruf 110: Die letzte Kundin** TV-Krimi (DDR 1987)

RBB

16.00 HD **rbb24** 16.15 HD **In aller Fr. – Die jungen Ärzte** Orientierungshilfe 17.05 HD **Panda & Co.** 17.53 HD **Sandmann** 18.00 HD **rbb24** 18.15 HD **Raus aufs Land** 18.45 HD **Brisant** 19.30 HD **rbb24 Abendschau** Magazin 20.00 HD **Tagesschau** 20.15 HD **Wir wollen reden – Der rbb-Bürgertalk** Talkshow 21.15 HD **24h Rummelsburger Bucht** 21.45 HD **rbb24** 22.00 HD **Blue Moon** Talkshow 0.00 **Ohjaaa! Sex lieben** 0.30 **Der Antenne Stammtisch – Die Gesprächsrunde in der Region**

WELT

6.00 HD **Die Welt am Morgen**
9.00 HD **WELT-Newsroom**
9.50 HD **Börsenflash**
10.00 HD **WELT-Newsroom**
10.50 HD **Börsenflash**
11.00 HD **WELT-Newsroom**
11.50 HD **Börsenflash**
12.00 HD **Die Welt am Mittag**
12.45 **Börse am Mittag**
13.00 HD **Die Welt am Mittag**
13.30 HD **WELT-Spezial**
14.00 HD **WELT-Newsroom**
15.55 HD **Börsenflash**
16.00 HD **WELT-Newsroom**
16.55 HD **Börsenflash**
17.00 HD **WELT-Newsroom**
17.10 HD **WELT-Spezial**
17.45 **Börse am Abend**
18.00 HD **Die Welt am Abend**
20.10 HD **Meine WELT – Meine Meinung** Magazin
20.15 HD **Gefängnisse** Dokureihe
22.05 HD **Die Verurteilten – Warten auf den Henker** Doku
23.05 HD **Die Bundespolizei**
1.45 HD **Gefängnisse** Dokureihe
3.10 HD **Die Verurteilten**

23.05 Beleuchtet werden unterschiedliche Aufgabenbereiche und Einsatzgebiete der Bundespolizei, z.B. der Grenz- und Küstenschutz mit dem Einsatzschiff BP82 Bamberg.

WDR

16.00 HD **WDR aktuell** 16.15 HD **Hier und heute** 18.00 HD **WDR aktuell / Lokalzeit** 18.15 HD **Hogräfer & Binkenstein** 18.45 HD **Aktuelle Stunde** 19.30 HD **Lokalzeit** Magazin 20.00 HD **Tagesschau** 20.15 HD **Tatort: Verrat** TV-Krimi (D/A/CH 2002) Mit Klaus J. Behrendt. Regie: Hans Noever 21.45 HD **WDR aktuell** 22.15 HD **Polizeiruf 110: Mörderische Dorfgemeinschaft** TV-Krimi (D 2019) Mit Claudia Michelsen. Regie: Philipp Leinemann 23.40 HD **Tatort: Schussfahrt** TV-Krimi (D 1980)

HR

16.00 **hallo hessen** 16.45 **hessenschau** Magazin 17.00 **hallo hessen** 17.45 **hessenschau** 17.55 **hessenschau Sport** 18.00 **Maintower** 18.25 **Brisant** 18.45 **Die Ratgeber** 19.15 **alle wetter** 19.30 **hessenschau** 20.00 **Tagess.** 20.15 **Kochs anders** 21.00 **Der Camping-Check** 21.45 HD **Tobis Urlaubstrip** Dokureihe 22.15 **hessenschau** 22.30 HD **Das Netz – Prometheus** 0.00 **Denen man nicht vergibt** Western (USA 1960) Mit Burt Lancaster, Audrey Hepburn, Audie Murphy. Regie: John Huston

BR

16.00 **BR24** 16.15 **Wir in Bayern** 17.30 **Regional** Magazin 18.00 **Abendschau** 18.30 **BR24** 19.00 **Gesundheit!** 19.30 **Dahoam is Dahoam** 20.00 **Tagesschau** 20.15 **Tatort: Zwischen den Fronten** TV-Krimi (A 2013) Mit Harald Krassnitzer, Adele Neuhauser, Susanne Wuest. Regie: Harald Sicheritz 21.45 **BR24** 22.00 **Der Usedom-Krimi: Der lange Abschied** TV-Krimi (D 2021) Mit Katrin Sass. Regie: Ralf Huettner 23.30 **Martin Frank – Live auf der Bühne!** Show. Höhepunkte aus „Einer für alle – Alle für keinen“

SWR

15.10 **Elefant, Tiger & Co.** 16.00 HD **Aktuell** Magazin 16.05 HD **Kaffee oder Tee** 17.00 HD **Aktuell** 17.05 HD **Kaffee oder Tee** 18.00 HD **Aktuell** 18.15 HD **Landesschau BW** 19.30 HD **Aktuell** 20.00 HD **Tagesschau** 20.15 **Marktcheck** Magazin. Reiserecht – wie können Reisende ihre Ansprüche durchsetzen? 21.00 **Was kostet...** Reportagereihe 21.45 HD **Aktuell** 22.00 **Hannes und der Bürgermeister** 22.30 **Richling #2024** 23.15 **kabarett.com** Show 0.00 **Babbel Net!** Show

VOX

8.30 HD **CSI: Den Tätern auf der Spur** Meisterdetektive 9.25 HD **CSI: Den Tätern auf der Spur** Spiel mir das Lied vom Tod / Schwarzes Grab 11.10 HD **CSI: Miami** Kein Kinderspiel / Deluca Motel / Sumpfblüten 13.55 **nachrichten**
14.00 HD **Mein Kind, dein Kind – Wie erziehst du denn?** Soap
15.00 HD **Shopping Queen** Soap
16.00 HD **Das Duell – Zwischen Tüll und Tränen** Soap. Melanie Schmidt vs. Vanessa Huber
17.00 HD **Zwischen Tüll und Tränen** Dokumentation. U.a.: Heidelberg, „Mein Brautkleid“
18.00 HD **First Dates – Ein Tisch für zwei** Doku-Soap
19.00 HD **Das perfekte Dinner** Doku-Soap. U.a.: Tag 2: Stella, Zürich / Motto: Una Stella in Cucina
20.15 HD **And Just Like That ...** Comedy-Serie. Die Met-Gala / Erst Chopin, dann Chanel / Kapitel drei. Mit Sarah Jessica Parker
23.05 HD **Hot oder Schrott – Die Allestester** Doku-Soap U.a.: Bluetooth Handschuh / Enthaarungs-Zuckerpaste
0.05 HD **vox nachrichten**
0.25 HD **Medical Detectives**

PHOENIX

16.00 **Rätselhaftes Paris** Dokumentationsreihe 17.30 **der tag** 18.00 **Dokumentation** 18.30 **1491 – Amerika vor Kolumbus** Dokumentationsreihe. Die ersten Menschen / Jäger und Bauern 20.00 **Tagesschau** Magazin 20.15 **1491 – Amerika vor Kolumbus** Dokumentationsreihe. Wissen und Macht / Verlorene Welt 21.45 **heute-journal** Magazin 22.15 **Shattered – Reise in eine stille Vergangenheit** Dokumentarfilm (A 2016) 23.45 **Die einsamen Helden – Lebensretter in Zeiten des Todes** Doku

EUROSPORT1 / SPORT1

Eurosport: 12.45 **Radsport: Tour de France** 17.45 **Velo Club** Die Radsport-Show 18.15 **Radsport: Tour de l'Ain** 3. Etappe der Herren (Wh.) 19.00 **Chasing Glory** Magazin (Wh.) 22.00 **Radsport** (Wh.) 23.30 **Motorsport: FIA-Langstrecken-WM** 6 Stunden von São Paulo
Sport1: 15.30 **Normal** Magazin (Wh.) 16.00 **Storage Hunters** Dokumentationsreihe (Wh.) 16.45 **Die Drei vom Pfandhaus** (Wh.) 18.15 **Highway Patrol** 19.15 **Highway Cops** 20.15 **Highway Patrol** Soap 1.00 **Highway Cops** Soap

nicht unabsichtlich misgendern möchte, sollte den ganzen Katalog verinnerlichen. Eine Instagram-Kachel des Wissenschaftsfernsehmagazins „Quarks“ nannte neulich ein paar Beispielsätze, in denen die Pronomen gleich dekliniert sind: „They ist begeistert von Wissenschaft. Their Lieblingsthema ist Chemie“, „Xier ist begeistert von Wissenschaft. Xies Lieblingsthema ist Chemie“, „Dey ist begeistert von Wissenschaft. Deren Lieblingsthema ist Chemie“.

Doch diese drei Pronomen sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der Vielfalt der zur Verfügung stehenden Pronomen, über die etwa die Seite „Nichtbinär-Wiki“ aufklärt. Dazu gehören *per* (abgeleitet von Person), *ind* (von Individuum) *A* (ausgesprochen wie ey), *rhei* (wie in „pantha rhei“ – alles fließt–, eine Option für philosophisch Gebildete), *sei* oder *sey* als eingedeutschte Form von *they*.

Einen nicht unbeträchtlichen Teil der deutschen Pronomen hat Illi Anna Heger entwickelt. Heger bezeichnet sich mit dem Pronomen *xier* und beschreibt den Entwicklungsprozess der Pronomen so: „Ich stellte 2009 fest, dass mir im Deutschen eine geschlechtsneutrale Option fehlt. Das gab es einfach eine Lücke in der Sprache. Ich dachte, dass es nicht so schwer sein kann, Pronomen zu entwickeln, und stellte fest, dass die deutsche Grammatik mehr Anforderungen an Pronomen stellt als die englische. Die Pronomen entwickelten sich von Version zu Version weiter.“

Bekannter als Heger ist Lann Hornscheidt, eine Person, die 2014 überregionale Prominenz erlangte, als über einen von Hornscheidt und der „AG für feministisches Sprachhandeln“ der Berliner Humboldt-Uni erarbeiteter Leitfaden in den Medien berichtet wurde. Hornscheidt und Co schlugen darin vor, Endungen auf X im Deutschen einzuführen und mit ihnen geschlechtsneutrale Substantive zu schaffen. Statt *Professorin* oder *Professor* oder *Student* und *Studentin* könnte man etwa von *Professx* oder *Studierx*, Plural *Professxs* und *Studierxx*, sprechen. Das Fragepronomen, mit dem man nach diesen Menschen fragen würde, wäre dann *Wex?*

Heute schlägt Lann Hornscheidt neben der Alternative *Y* („verweist auf das englische ‚why?‘, deutsch: ‚warum?‘ und fragt damit auch nach dem warum von Zweigenderung“) immer noch eine leicht modifizierte Form der ursprünglichen X-Idee von 2014 vor: „Ex steht für Exit Gender, das Verlassen von Zweigeschlechtlichkeit. Die Form drückt aus, dass die Person, die so bezeichnet wird, sich als entzweigendernd versteht, als nicht weiblich oder männlich. Ex kann als Personalpronomen in der 3. Person Singular verwendet werden. Die Form ist identisch in allen Fällen. Ein Beispielsatz: ‚Lann liebt es, mit anderen zu diskutieren. Ex lädt häufig dazu ein, einen Roman zu besprechen.‘“

Auch Kim de l’Horizon, die berühmteste non-binäre Person des deutschsprachigen Literaturbetriebs, hegt eine Abneigung gegen Pronomen: „Pronomen sind eine Interpretation eines Körpers. Sie sind Flüche, mit denen die Menschheit in eine binäre Form gebracht wird.“ Im Roman „Blutbuch“, für den Kim de l’Horizon 2022 den Deutschen Buchpreis gewann, wurden Pronomen, wenn möglich, vermieden. Kims Credo lautet: „Wenn statt ‚er’ oder ‚sie’ einfach Kim zur Anwendung kommt, dann entspannt das die Geschlechteraufregung.“ Darüber hinaus arbeitete de l’Horizon auch mit Sternchen und mit dem Neo-Pronomen *jemensch*. Weil *Mensch* seine etymologischen Wurzeln in *Mann* habe, kündigte Kim aber an, in neuen Projekten nach einem anderen Ausdruck zu suchen. Für sich persönlich bevorzugt Kim, wenn sich Pronomen gar nicht vermeiden lassen, die Form *dey/dem*.

John McWorther hat darauf hingewiesen, dass dem Kampf um Pronomen – so wie der ganzen Debatte um „genderneutrale“ Sprache möglicherweise eine falsche Annahme darüber, wie Sprache funktioniert, zugrunde liegt. Sprache ist kein Gefängnis, dass dem menschlichen Denken notwendigerweise Grenzen setzt. McWhorter schreibt: „Gender ist in der Thai-Sprache komplett binär — ‚er’ und ‚sie’ — doch die Personen, die als Kathoey bekannt sind und manchmal als ‚drittes Geschlecht’ beschrieben werden, haben einen festen Platz in der thailändischen Kultur. In Wahrheit haben die fünf Länder, von denen das Williams Institut der U.C.L.A. festgestellt hat, dass dort die höchste Akzeptanz von L.G.B.T.I.-Personen herrscht, Sprachen, die nur zwischen ‚er’ und ‚sie’ unterscheiden.“

Solche linguistischen Erkenntnisse könnten dazu beitragen, den aktuell allgegenwärtigen Sprachkampf abzukühlen und beide Seiten zu beruhigen. Doch die Pronomenfrage ist wie das Gendern längst eine reine Gesinnungsangelegenheit geworden, die von wissenschaftlichen Erkenntnissen nicht mehr berührt wird.

Erst wurde gegrummelt, jetzt wird geklotzt

Vor dem Start der Opernfestspiele in der bayrischen Hauptstadt gab es viel Ärger um die Staatsopern-Leitung. Am Ende waren alle Verlierer – bis auf ein bestens ausgelastetes Haus

Das personalpolitische Grummeln am Münchner Max-Joseph-Platz war gerade rechtzeitig vor Beginn der Opernfestspiele wieder verstummt. Hatte doch der bayerische Kunstminister Markus Blume ohne jeden wirklichen Grund und unter freudiger Spekulationsmithilfe der Lokalpresse Intendant Serge Dorny und Generalmusikdirektor Vladimir Jurowski, das Leitungsteam des Nationaltheaters, zum medialen Abschuss freigegeben – indem er einfach deren Vertragsverlängerung ungebührlich hinauszögerte. Ohne freilich irgendein Nachfolgeass im Anzugärmel zu haben.

VON MANUEL BRUG

Kandidaten wurden zerredet, mögliche und unmögliche. Wie überall fanden sich einzelne Mitarbeiter, die ihre Chefs schlechtredeten – zu autoritär, zu entscheidungsschwach, zu wenig teamfähig. Das übliche Geplänkel, bei dem am Ende gar nichts rauskam, aber alle irgendwie beschädigt waren. Zum Glück am wenigsten das bestens ausgelastete Haus. Im Ergebnis bleibt nun Dorny (62) bis zu seiner Pensionierung 2031 in München, Jurowski (52) hat nur bis 2028 verlängert. Ihm scheinen sieben GMD-Jahre eine gute Zeit. Option danach: offen.

Jetzt aber endlich Vorhang auf für das große Saisonfinale: Schließlich leistet sich kein anderes Opernhaus weltweit einen ähnlichen Spielzeitendspurt. Da wird an der Isar von Ende Juni bis Ende Juli geklotzt, da versammeln sich alle Premieren der Spielzeit plus zwei weitere Novitäten noch einmal, und man bietet Tag für Tag Repertoire in Spitzenbesetzung. 13 Operntitel insgesamt, dazu Ballett, Liederabende, Kammerkonzerte – das ist weltweit einmalig.

Und natürlich ist Serge Dorny keineswegs konzilianter geworden. Er fordert sein Publikum heraus, die beiden Premieren in National- wie Prinzregententheater gelten György Ligetis etwas in die Jahre gekommenem Bürgerschreckspektakel „Le Grand Macabre“ sowie Claude Debussys sanftmütigem Symbolismusspiel „Pélleas et Mélisande“.

Der Ligeti von 1978 war hier noch nie zu sehen. Es stand auch nicht der GMD am Pult, sondern dessen Vorgänger Kent Nagano, der für solche flächig aufzudröselnde Moderne schon immer ein Händchen hatte. Und auch hier tröten die Sirenen und Klingeln, wird viel gepflegter, bestens organisierter und vom Staatsorchester akustisch veredelter Altherren-Lärm gemacht – der trotzdem noch einige Premierenbesucher in die Flucht treibt.

Cbristian Gerhaher und Sabine Devieilhe als Golaud und Mélisande

Keine Überraschung eigentlich auf der Bühne des hier dauerbeschäftigten Regisseurs Krzysztof Warlikowski, der mal wieder einen seiner bedeutungsvagen Wartesäle variiert hat. Diesmal sieht der ein wenig nach Turnhalle oder Heizungskeller aus, er ist von Gittern und Stacheldraht verschlossen. Erst am Ende ahnt man – Ligetis Verwandtschaft kam durch die Nazis um – das könnte ein KZ sein, in dem nun seltsame Rüsseltiere die Herrschaft übernommen haben.

Dafür, so ist man das in München gewohnt, gibt es eine erlesen besetzte Vignettenreihung vokaler Kabinettstückchen: Da ist der diesmal sehr jung besetzte, aber sängerisch wie darstellerisch beste Prophetenfigur machende Bariton Michael Naghy, da ist der famose Penner Piet des glockig-lockeren Benjamin Bruns. Sarah Aristidou gleißt sich geschmackvoll durch das Koloraturgekreisch des Polizeichefs Gepopo, der tolle Counter John Holiday gibt dem gelangweilten Fürsten Go-Go Witz und Persönlichkeit.

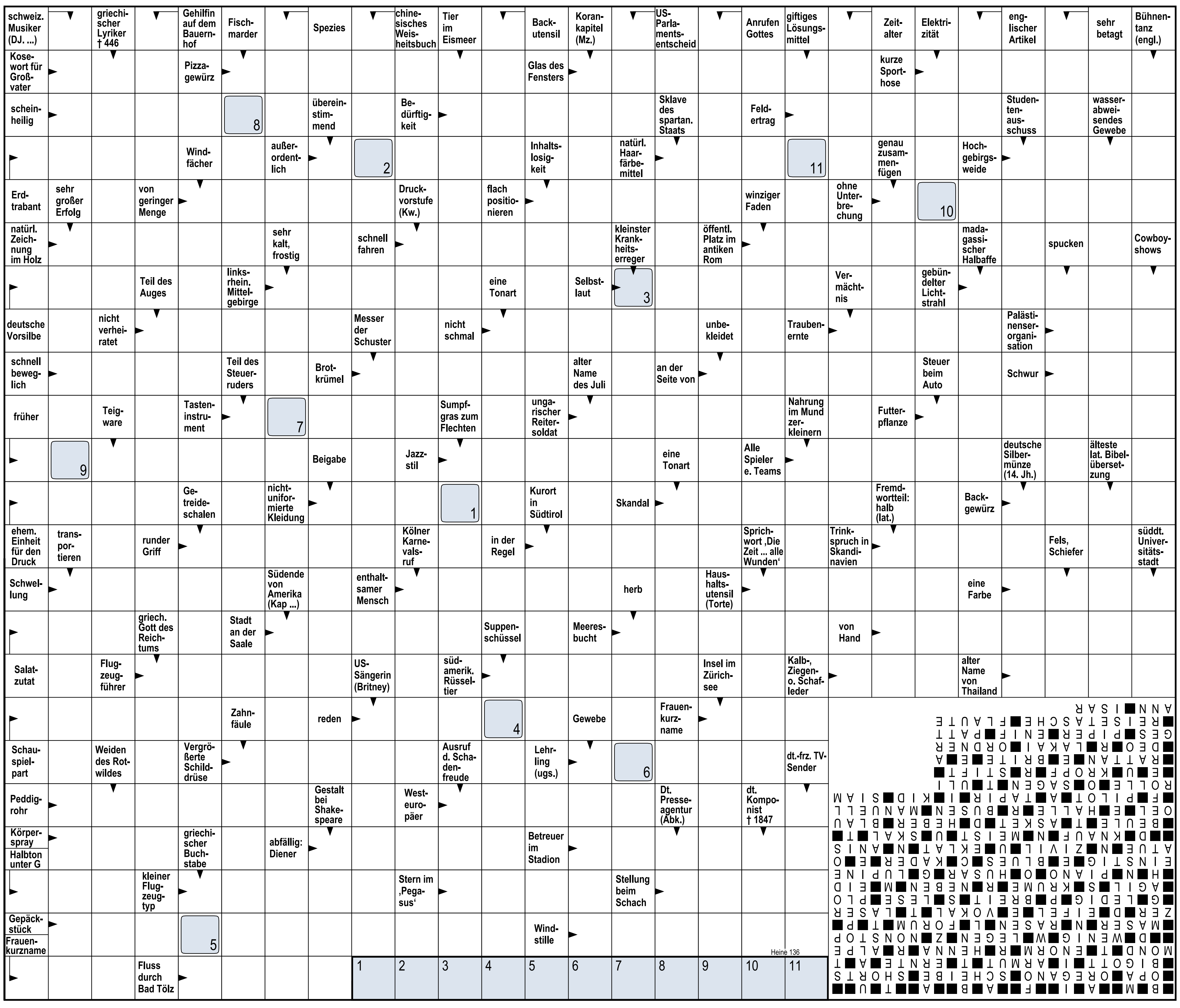
Und weil heute alles genderfluid sein muss, wird das Liebespaar Armanda (Seonwoo Lee) und Amanda (Avery Armeau) zum Lesbenduo, und der sich von seinem Wuchtweib Mescalina (Lindsay Aman) züchtigen lassende Sternendeuter Astradamors (Sam Carl) kommt selbstredend im Damenfummel. Alles hübsch harmlos und queer pittoresk; hoffentlich verschwindet dieses staubig gewordene Stück jetzt in der Abteilung für Altlasten.

Ungebrochen aktuell und spannend bleibt es hingegen bei der dystopischen Familienaufstellung im Debussy/Maeterlinckschen Jahrhundertwende-Schloss Allemonde. Regisseurin Jetske Mijnssen streicht jeden Märchenzauber und Grottenflair. Nur die diffusen Wasserschattierungen bleiben in Ben Baurs minimalistischer Ausstattung erhalten. Die beschränkt sich auf einen schmalen Parkettbodengrat, auf dem diese Gefährdeten und Gramvollen wandeln und tänzeln.

Golaud (der grandios grobe Christian Gerhaher) nähert sich der seltsam einsamen Mélisande als Ballbekanntschaft zwischen Tanzenden, anschließend sind alle in der erstickenden Atmosphäre einer Jahrhundertwendevilla gefangen. Hier blüht die weibliche Hysterie der Entstehungszeit, aber die Männer reagieren wenig verständnisvoll. Im Grunde ist jeder für sich allein: die hilflosen Alten Arkel (sehr präsent: Franz-Josef Selig) und Geneviève (die liegt der verlässlichen Sophie Koch zu tief), der sich schnell verliebende Halbbruder Pélleas (mit schmalem, aber plastischem Tenor: Ben Bliss) und Golauds traumatisierter Sohn Yniold (der starke Tölzer Knabe Henrik Brandstetter).

Zwischen ihnen allerdings leuchtet, bis sie zartest verlischt, ja verdampft, mit erst spitzem, dann sphärisch klagendem Sopranton Sabine Devieilhes Mélisande in einem makellos faszinierenden Rollendebüt. Und unter ihr lässt es Hannu Lintu am Münchner Pult vehement orchestral grummeln, auch mal dröhnen. So bekommt Debussys oft diffus versoßte Partitur Kontur und Klarheit, auch Vehemenz. Dieser dichte Debussy hat Zähne und beißt auch zu, man muss sich ihm ausliefern, dann ist das ein psychologisch sehr starker Musiktheaterabend. Bayerische Staatsoper *at its best* eben.

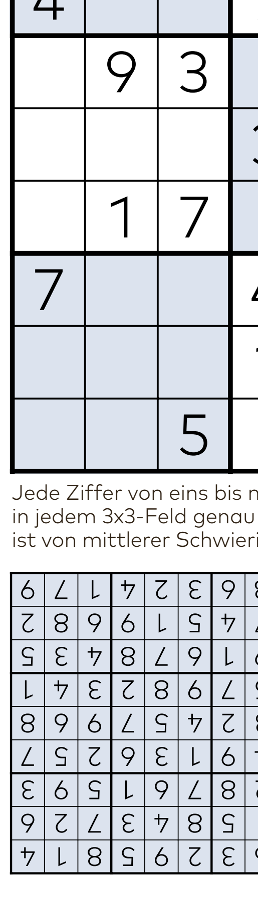
RÄTSEL UND SUDOKU VON STEFAN HEINE

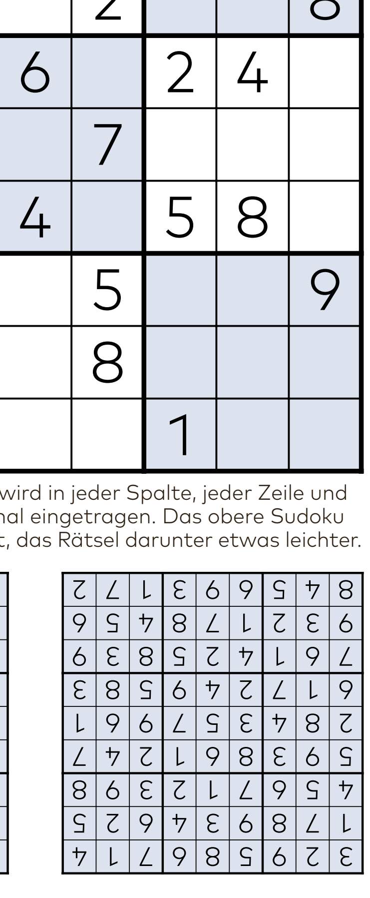


							1	4
		5					2	
			7	6				
							5	
		2	4					
			9			3		
	9							
3	7					6		
				2	4			

		9				7		
			9		4			
4			7		2			8
	9	3		6		2	4	
			3		7			
	1	7		4		5	8	
7			4		5			9
			1		8			
		5				1		

Jede Ziffer von eins bis neun wird in jeder Spalte, jeder Zeile und in jedem 3x3-Feld genau einmal eingetragen. Das obere Sudoku ist von mittlerer Schwierigkeit, das Rätsel darunter etwas leichter.





ZU GUTER LETZT

Schade um den Leisefuchs

Die Fußball-Europameisterschaft hat einen Gewinner. Spanien heißt er. Zu ihren Verlieren zählen die Deutsche Bahn und, weitaus verblüffender, ein pädagogisches Handzeichen, das in Kitas und Grundschulen verwendet wird. Der Leisefuchs, manchmal auch Schweige-, Flüster- oder Lauschefuchs genannt, spitzt die Ohren – Zeigefinger und kleiner Finger sind aufgestellt – und schließt den Mund – Mittel- und Ringfinger liegen auf dem Unterkiefer des Daumens.

Lehrer und Erzieher machen den Leisefuchs, wenn der Lärmpegel in der Klasse oder Gruppe mal wieder ein gewisses Maß übersteigt, zum Beispiel, um einem übertönten Kind Gehör zu verschaffen. Ein nonverbales Zeichen ordnet verbales Durcheinander; statt noch lauter zu werden als alle anderen, wechselt der Pädagoge den Kommunikationskanal: eine zauberhafte Idee mit einem mythischen Tier, wie gemacht für die berühmte „magische Phase“ der Kindheit, in der alles lebt und einfach jede Verwandlung möglich ist.

Doch weil es nicht so wahnsinnig viele Möglichkeiten gibt, mit den Fingern einen Caniden darzustellen, ist der Leisefuchs jetzt in Verruf geraten. Er ähnele dem rechtsextremen Wolfsgruß, heißt es, den ein türkischer Torschütze, bei der EM gezeigt hat. Der Mann heißt Merih Demiral und zählt, anders als seine Einflüsterer, die den Wolfsgruß propagieren, nach zwei Spielen Sperre vermutlich auch zu den Verlieren des gerade zu Ende gegangenen Fußballfestes. Anders als der Leisefuchs allerdings hat er sich das selber zuzuschreiben.

Der Leisefuchs aber soll dennoch gesperrt werden, zumindest in Bremen, sonst nicht gerade als pädagogisches Vorzeigeland bekannt. Wie zuerst der örtliche „Weserkurier“ berichtete, soll der Leisefuchs dort nicht mehr verwendet werden, zuvor hatte sich bereits der Deutsche Lehrerverband mit Sorgen getragen: Wolfsgruß und Leisefuchs – da bestehe Verwechslungsgefahr!

Wirklich? Zieht das Gedankenschlecht der grauen Wölfe allen Ernstes in den Stuhlkreis der gelben Gruppe ein, wenn über den kleinen Köpfen der Leisefuchs erscheint? Wird in der Wolkengruppe so viel Zeitung gelesen wie im Lehrerverband? Muss man die Sau der medialen Aufmerksamkeit jetzt auch noch durch die Spielecken von Kindertagesstätten treiben? War es nicht schlimm genug, dass sie tagelang über den Fußballplatz lief?

Haben hier Erwachsene, die 24/7 am Newsfeed hängen, vergessen, dass es vor- und unpolitische Räume gibt, in denen Füchse wichtiger als politische Vorfeldorganisationen sind? Und wüsste, sollte eine Debatte wie die um den Wolfsgruß zufällig doch einmal ihren Weg in die Wolkengruppe der Kita finden, der Pädagoge vor Ort es nicht zuerst?

Und überhaupt: Was ist das denn für eine Botschaft, wenn eine Geste des Respekts einer der Respektlosigkeit weicht – und die Angst vor einem Shitstorm größer ist als der Glaube an ein pädagogisches Konzept? So wie die Menschwelt nämlich derzeit beschaffen ist, wird viel zu viel mit den Wölfen geheult. Leisefüchse hingegen gibt es viel zu wenige. Statt sie zu vergrämen, stellte man sie besser unter Artenschutz.

WIELAND FREUND

2024 MACK MAGIC / WARNER BROS. ENTERTAINMENT GMBH

Das deutsche Disney

Es war einmal ein höchst erfolgreiches Filmunternehmen in Hollywood, das kam irgendwann auf die Idee, seine Trickfiguren von der zweidimensionalen Leinwand in eine dreidimensionale Realität zu verpflanzen – in einem Themenpark namens „Disneyland“. Nun macht sich eine hocherfolgreiche Freizeitparkfirma in Deutschland daran, diese Idee umzukehren: Ihr erster großer Film kommt nächstes Jahr in die Kinos, und der erste soll nicht der letzte bleiben. Plötzlich ist da ein neuer Player, und das (fast) ohne Filmförderung.

VON HANNS-GEORG RODEK

PICTURE ALLIANCE/UNITED ARCHIVES

„Back to Gaya“ (u.) war einer der ersten großen deutschen Animationsfilme, der erste große aus Rust heißt „Grand Prix of Europe“ (o.)

Walt Disney machte aus seinen Trickfilmen einen Vergnügungspark, der Europapark Rust geht jetzt den umgekehrten Weg. Der erste große Animationsfilm ist schon fertig. Die Inhaberfamilie Mack kehrt damit zu ihren jahrhundertealten Wurzeln zurück

Alle Medien wachsen zusammen, die alten und die neuen, sagt man. Aber manchmal kehren sie erstaunlicherweise auch an ihren Ausgangspunkt zurück, wie das Kino. Populär wurde es an der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert als Jahrmarktsattraktion. Schausteller entdeckten die laufenden Bilder und zogen mit ihren Apparaturen von Ort zu Ort. Die „lebenden Fotografien“ stellten eine der großen Kirmes- und Varieté-Attraktionen dar: Im Sommer kamen die Reisekinematografen mit bemalten Zelten, im Winter mieteten sie Gasthaussäle.

Ihre Apparaturen transportierten sie auch auf Wagen der Firma Mack aus dem badischen Waldkirch, die schon seit mehr als 100 Jahren Kutschen und Fuhrwerke baute, für Orgeln, für Leichentransporte und für die Schausteller. In den 1920ern trennten sich die Wege wieder, das Kino errichtete sich immer prächtigere Paläste, und die Macks konstruierten immer waghalsigere Achterbahnen. Aber, tief in seiner DNS, ist das Kino immer eine Jahrmarktsattraktion geblieben: Was sind die „Indiana Jones“- und „Marvel“-Filme anderes als Berg- und Talfahrten?

Ein Jahrhundert lang strebten die Entwicklungsstränge auseinander, das Kino erkämpfte sich kulturelle Respektabilität, die Jahrmärkte wurden als Themenparks sesshaft. Dann berührten die Stränge sich wieder, Freizeitparks bauten Imaxe und 360-Grad-Rundum-Leinwände. Der Europapark Rust, mit dem die Wagenbauerdynastie Mack 1975 den Schritt vom Lieferanten zum Veranstalter gemacht hatte, richtete im Jahr 2002 ein 4D-Kino ein. Die kurzen Filme dafür kaufte man in Amerika ein, wo sonst. Bis, ja bis Michael Mack – in achter (!) Generation Chef des Unternehmens – in einem Media-Markt auf eine DVD von „Back to Gaya“ stieß, beworben als „erster großer deutscher Animationsfilm“. Der deutsche Trickfilm steht, noch mehr als der deutsche Realfilm, unter der Knute der großen Produktionen aus Hollywood; die meisten Trickfirmen geben nach ein oder zwei Langfilmen auf. Nicht so Ambient Entertainment, von denen „Gaya“ kam (und „Urmel aus dem Eis“ und „Konferenz der Tiere“ und „Happy Family“). Deren Gründer Holger Tappe war ein leidenschaftlicher Skiläufer, und auf dem Weg von Hannover in die Schweiz machte er gern Zwischenstation im 4D-Kino des Europaparks; er hatte immer geträumt, dafür mal einen Film drehen zu können. Dann rief Michael Mack an.

Ambient hat für Mack ein paar von diesen Kurzfilmen gedreht, wie man sie aus Spezialkinos kennt, „Das Geheimnis von Schloss Balthasar“ und „Das Zeitkarussell“, technisch ausgefeilte Zehn- oder Fünfzehnminüter – mit schnell vergessenen Geschichten. In Rust gibt es auch „Flying Theatre Filme“ wie „Fly over Europe“ oder „Fly over Mexico“, mit Spezialhubschraubern gefilmte Überflüge in großer Auflösung, bei denen man in einer Art Skiliftsessel sitzt, der auf einen Lenkarm montiert ist, welcher einen „im Bild herumfährt“, bei Neigungen von bis zu elf Grad; „Wackelkino“ wurde das früher genannt, als der Sitz noch fest am Kinoboden montiert war. Entwicklungsgeschichtlich, was Umgebung, Publikum und Sujets angeht, ist dies ein Zurück in die Kinderjahre des Kinos, als die Schausteller ebenfalls kurze Komödien oder Naturfilme vorführten.

Es wirkt wie eine Rückkehr zu den Wurzeln und ist doch eine Fortentwicklung. Am Eingang zu dem spektakulärsten Ritt, dem „Alpenexpress“, bekommen die Thrillsüchtigen VR-Brillen. Nun könnte man argumentieren, das Auf und Ab sei Aufregung genug, doch 80 Prozent der Fahrgäste sind Wiederholungstäter, der durchschnittliche Rust-Besucher ist in seinem Leben schon 15-mal mit dem „Alpenexpress“ gefahren. Man setzt also einen neuen Nervenkitzel auf den alten drauf.

Der Film-Goldstandard ist trotzdem weiterhin der abendfüllende 100-Minüter. Daran hängt Renommee, auch bei Ambient Entertainment (inzwischen Mack Animation), die besten Leute kommen nur für Langfilme. Was will ein Rummel, wo alles um physische Präsenz geht, mit einem Langfilm? „Wir wollen Content erzählen“, sagt Mack. „Wir wollen digitale Ebenen entwickeln“, sagt Mack. Das wollen allerdings gerade alle.

Eine wichtige Rolle dabei spielt eine Weltkarte mit mehr als zweihundert Nadeln von Alaska über Afrika bis Australien. Die Firma Mack stellt nämlich – als MackRides – weiterhin Achterbahnen jeglicher Art her und exportiert sie in alle Welt. Sie hat beste Kontakte. Filme für Themenparks, ein weit offenes, weitgehend unbeackertes Geschäftsfeld. Der Türöffner sind große, abendfüllende Langfilme.

Der erste aus Rust heißt „Grand Prix of Europe“, wird kommenden Sommer vom Großverleih Warner in die Kinos gebracht und hat die Rust-Maskottchen Ed und Edda als Hauptfiguren. Der Film, inspiriert von „Cars“ und „Zootopia“, beginnt auf einer Kirmes und endet auf einer solchen, und zwischendurch muss sich die Maus Edda, Tochter eines Jahrmarktbetreibers, im Cockpit bewähren.

„Grand Prix“ hat an die 20 Millionen Euro gekostet. Das ist einerseits ein Klacks, verglichen mit den 200 Millionen Dollar des neusten „Ich einfach unverbesserlich“, andererseits kann man damit durchaus konkurrenzfähig sein; nur ein deutscher Trickfilm, „Tarzan“, schwang sich bisher in solche Höhen. „Wenn Sie meinen Vater fragen, der den Park gegründet hat, würde er wahrscheinlich sagen: ‚20 Millionen ist zu teuer! Dafür bekommt man mindestens drei Achterbahnen!‘“, lacht Michael Mack. Es geht seinem Park nicht schlecht, obwohl der Alpenexpress nach einem Brand ein Jahr nicht fahren konnte. Die US-Fachzeitschrift „Amusement Today“ wählte Rust achtmal in Folge zum besten Freizeitpark der Welt, in diesem Jahr erwartet man rund sechs Millionen Besucher, mehr als vor der Pandemie.

Dazu trägt auch der neue Wasserpark „Rulantica“ bei, für den Mack an die 180 Millionen Euro ausgegeben hat – ziemlich genauso viel wie einst Kevin Costner für seine „Waterworld“. Wer weiß, dass der Coppenrath-Verlag bisher 600.000 Exemplare seiner Kinderbuchreihe über die mystische Insel Rulantica verkauft hat, kann sich denken, wovon das Drehbuch zum zweiten Mack-Spielfilm handeln könnte. Am Script wird bereits gearbeitet.

Der Star, der um seine Lieder kämpfte. Und gewann

John Fogertys Songs, die jeder kennt, gehörten lange gar nicht ihm. Jetzt durfte er sie spielen. In einem legendären Konzert in Berlin

Es gehört zu den ziemlich seltsamen Ausprägungen der Kulturindustrie, dass Künstler die Urheberrechte an ihren Werken verkaufen können – und diese dann als Ware gehandelt werden. George Lucas verkaufte für rund vier Milliarden Dollar die Rechte an „Star Wars“ – seitdem hat der neue Rechteinhaber Disney unter dem Logo von Lucasfilm hauptsächlich identitären und schlecht geschriebenen Müll veröffentlicht, der Lucas das Herz brechen dürfte.

VON JÖRG WIMALASENA

Selten gelingt es Künstlern, die Kontrolle über ihr Werk zurückzugewinnen. Die Popikone Taylor Swift nahm ihre alten Alben einfach neu auf – und John Fogerty, Frontman der legendären Rock-Gruppe Creedence Clearwater Revival (für Eingeweihte: CCR) gelang es 2023 nach mehr als 50 Jahren, die damals leichtfertig veräußerten Rechte an seinen Songs zurückzugewinnen.

Die Freude darüber war ihm beim Konzert in Berlin anzumerken. „Ich habe meine Songs zurück“, rief er mit hörbarer Erlösung in der Stimme dem Berliner Publikum zu – „und ich werde jeden einzelnen davon für euch spielen“. Apropos Fogertys Stimme. Mit 79 Jahren klang der Sänger immer noch so bluesig und rockig, als ob er die legendären Creedence Clearwater Revival--Alben erst gestern aufgenommen hätte – dabei hat sich die Band vor 52 (sic!) Jahren aufgelöst.

Man mag kaum glauben, dass Fogerty nur zweieinhalb Jahre jünger ist als US-Präsident Joe Biden. Rock ’n’ Roll hält offenbar jung. Im Karohemd arbeitete er sich in der Uber Arena mühelos durch seine Hits – und davon gibt es viele. Creedence Clearwater Revival ist die ultimative „Ach-das-Lied-ist-von-denen?“-Band. „Bad Moon Rising“, „Lookin Out My Back Door“, „Have You Ever Seen the Rain?“ – um nur einige zu nennen. Jeder, der je auch einmal aus Versehen bei einem Rock-Radiosender gelandet ist, kennt Musik von Creedence Clearwater Revival.

Die Band steht für das Lebensgefühl Amerikas. Fogerty singt von Bayous im Süden, vom naturbelassenen Westen, aber auch von harter Arbeit und Krieg. Ein popkultureller Streifzug durch die amerikanische Kultur, der jetzt in der Berliner Arena am Mercedesplatz bewies, wie sehr Musik verbinden kann. Da sang ein ergrautes Ost-Berliner Publikum von Baumwollfeldern im Grenzgebiet von Texas und Louisiana, das die meisten vermutlich nie besuchen werden – dank Fogertys Musik fühlen sie sich dem Süden der USA aber so nah, als seien sie selbst dort.

Dazu passend wurden auf der Bühne hinter der Band Videoausschnitte gezeigt, die den jeweiligen Song untermalen sollten. Das gelang mal besser und mal schlechter. Bei „Fight Fire“ erschienen Flammen auf der Leinwand, die aussahen, wie der Bildschirmschoner auf einem veralteten Windows-PC. Natürlich tauchten in dem Moment, in dem Fogerty bei „Proud Mary“ von New Orleans sang, ein Straßenschild der berühmten Bourbon Street und ein Mississippi-Dampfer auf der Leinwand auf. Bei „Rockin All Over The World“ wurden unter anderem die Brooklyn Bridge, das Taj Mahal und die Chinesische Mauer eingeblendet, wie im Vorspann einer Reisesendung.

DAVIDS/CHRISTINA KRATSCH

Frontman von Creedence Clearwater Revival: John Fogerty in Berlin

Jedem anderen Künstler würde man vermutlich einen Hang zum Kitsch unterstellen, aber bei Fogerty funktionierte die visuelle Untermalung – weil die Musik mitreißt. Auf den Rängen wurde Luftgitarre gespielt und die Security musste überenthusiastische Fans davon abhalten, auf die Sitze zu klettern, während die Band auf der Bühne eine Gitarrenhals-Laola-Welle veranstaltete. Nie war Americana-Musik schöner.

Und natürlich erzählte Fogerty Geschichten aus der guten alten Zeit. Von seinem Auftritt in Woodstock, von seinen Treffen mit Jeff, Eric und Jimi. An dieser Stelle hatte Fogerty sich vermutlich Applaus erhofft, aber das Berliner Publikum verstand offenbar nicht, dass damit Jeff Beck, Eric Clapton und Jimi Hendrix gemeint waren. „Fragt mal euren Großvater (wer das ist)“, rief er sarkastisch – nun verstanden die Fans, wer gemeint war.

Gegen Ende des Konzerts stimmte John Fogerty noch jenen Hit an, den bis heute jeder mit Vietnamkriegs-Filmen verbindet (obwohl er nur in „Forrest Gump“ mit Tom Hanks gespielt wird). „Fortunate Son“ ist ein Anti-Kriegs-Song, der die Klassenungerechtigkeiten thematisiert. Arme müssen in den Krieg ziehen, die Kinder der Reichen hingegen bleiben verschont. In der aktuellen sicherheitspolitischen Debatte noch immer ein wichtiger künstlerischer Beitrag.

Wer Rock ’n’ Roll lebt, muss gegen „The Man“ sein. Für John Fogerty sind das nicht nur Kriegsplaner, sondern auch die „bösen Anwälte“ und die „schlimmen Plattenfirmen-Leute“, wie er in Berlin erzählte. Jene, die er für den jahrzehntelangen Verlust seiner Werke verantwortlich macht. Am Ende aber hat er eben doch gewonnen. Seine Söhne spielen mit ihm in seiner Band. Seine Frau, der Fogerty ein Lied gewidmet hat, stand neben der Bühne. John Fogerty ist glücklich. Das merkte man ihm an. Und man gönnt es ihm von Herzen.